

Skepsis und Zuversicht

Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge?



SOZIALWISSENSCHAFTLICHES
INSTITUT

der Evangelischen Kirche in Deutschland 

Die deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Skepsis und Zuversicht - Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge?

ISBN 978-3-9465250-2-8

Jede Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung, Verbreitung und jede Art der Verwertung sowie jegliche Speicherung und Verarbeitung in datenverarbeitenden Systemen außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts bedürfen der schriftlichen Zustimmung des jeweiligen Urhebers. Es ist nicht gestattet, Abbildungen zu digitalisieren.

Fotos (Titelcover): shutterstock © Jazzmany, shutterstock © dominika zarzycka, shutterstock © Spectral-Design,
shutterstock © rkl_foto

© creo-media, Hannover · 2017

creo-media GmbH
Agentur · Druckerei · Verlag
Bischofsholer Damm 89
30173 Hannover
www.creo-media.de

Layout, Satz, Typographie und Bildbearbeitung bei: creo-media, info@creo-media.de

Petra-Angela Ahrens:

Skepsis und Zuversicht

Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge?

Herausgeber:

Sozialwissenschaftliches Institut der EKD (SI)

Arnswaldtstraße 6, 30159 Hannover

Telefon 0511-554741-0

e-mail: info@si-ekd.de

Redaktion:

Gabriele Arndt-Sandrock

Skepsis und Zuversicht

Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge?

Zur Studie

Inzwischen ist mehr als ein Jahr vergangen, seitdem Deutschland die Grenzen für die nach Europa geflüchteten Menschen geöffnet hat.

Man geht davon aus, dass sich ihre Zahl auf etwa eine Million beläuft – genaue Daten liegen nicht vor. Seit Herbst 2015 wird über ein „Kippen“ der anfangs noch weit überwiegenden „Willkommenskultur“ debattiert. Mittlerweile ist sogar von einer Spaltung der Gesellschaft die Rede.

Das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD ist der Stimmungslage in der Bevölkerung zur Flüchtlingssituation in Deutschland zwischen November 2015 und August 2016 in vier repräsentativen telefonischen Befragungswellen nachgegangen. Im November 2015 und im Mai 2016 fanden Interviews mit jeweils etwas mehr als 2.000 Personen statt. Im Zentrum standen dabei die konkreten Sorgen und auch die positiven Erwartungen, die mit der Aufnahme der Flüchtlinge verbunden werden. Die Befragungen zielen darauf herauszufinden, welche Bedeutung solche Perspektiven für die Stimmungslage in Deutschland haben. Darüber hinaus geht es aber auch um die konkreten Erfahrungen im direkten Kontakt zu geflüchteten Menschen und das Engagement der Bevölkerung in diesem Bereich. Last but not least stehen schließlich die Erwartungen an die evangelische Kirche im Fokus, die sich klar für die Aufnahme von Flüchtlingen positioniert hat.

Im Februar und August 2016 wurden Kurzbefragungen mit jeweils 1.000 Personen durchgeführt, um Veränderungen über die Zeit beobachten zu können. Aus aktuellem Anlass – die islamistischen Terroranschläge im Juli 2016 in Bayern – wurde in der jüngsten Befragungswelle das Thema „Angst vor Terroranschlägen“ ergänzt.

Mit dieser Veröffentlichung liegen nun die kommentierten Ergebnisse aus allen Befragungswellen vor: Welche Sicht hat die Bevölkerung zur Flüchtlingsthematik, wie hat sie sich zwischen November 2015 und August 2016 entwickelt, und auf welche Faktoren kommt es an, wenn es um Skepsis oder Zuversicht, also um die Einschätzung geht, ob Deutschland die damit verbundenen Herausforderungen bewältigt?

Die Ergebnisse auf einen Blick

- Die Stimmung in der Bevölkerung zur Flüchtlingssituation in Deutschland ist nicht ‚gekippt‘. Die Meinungen darüber, ob Deutschland die damit verbundenen Herausforderungen bewältigen wird, waren bereits im November 2015 geteilt, und daran hat sich bis August 2016 praktisch nichts geändert. Im westlichen Bundesgebiet tendiert die Stimmungslage leicht zum Positiven, im östlichen Bundesgebiet überwiegt die Skepsis.
- Die Mehrheit der Bevölkerung verbindet nach wie vor auch positive Entwicklungen mit der Aufnahme der Geflüchteten. An erster Stelle steht die humanitäre Hilfe, die Deutschland damit leistet: Mehr als vier Fünftel der Befragten unterstützen dieses Handeln. Einen direkten Nutzen für die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland oder durch den Gewinn qualifizierter Arbeitskräfte sieht nur eine Minderheit. Deutlich überwiegend wird jedoch die Meinung vertreten, dass die zugereisten Menschen eine kulturelle Bereicherung darstellen, die auch die Chance eröffnet, Neues für den eigenen Alltag zu entdecken. Unter den positiven Entwicklungen trägt genau diese Sicht auch am meisten zu einer zuversichtlicheren Perspektive auf die Bewältigung der Herausforderungen bei.
- Gleichzeitig sind die meisten der mit der Flüchtlingsaufnahme verbundenen Sorgen über die Befragungswellen hinweg geblieben. Hier zeichnet sich keine Entspannung in der Sicht der Lage ab. Am weitesten verbreitet ist nach wie vor die Sorge vor wachsendem Rechtsextremismus (über 80 %), gefolgt von der befürchteten Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt, den geringen Chancen der Geflüchteten auf dem Arbeitsmarkt, finanziellen Einsparungen in anderen Bereichen und einem Anstieg der Zahl extremistischer Muslime (zwischen 69 und 79 %).
- Steht die Frage nach der Relevanz der Sorgen für die Stimmungslage zur Bewältigung der Herausforderungen im Fokus, ergibt sich allerdings eine andere Reihenfolge: Hier steht unter den mehrheitlich geteilten Befürchtungen die Gefährdung der staatlichen Handlungsmacht im Vordergrund: steigende Kriminalität, mangelnde Bewältigung der Situation durch Behörden und Polizei und eingeschränkte Bewegungsfreiheit in bestimmten Gegenden. Der besonders weit verbreiteten Sorge vor wachsendem Rechtsextremismus kommt in diesem Zusammenhang überhaupt keine Bedeutung zu. Sie scheint unter den Befragten kaum als wirkliche Herausforderung für Deutschland präsent zu sein.
- Der direkte Kontakt zu Flüchtlingen wird häufiger: Im November 2015 verfügte noch weniger als die Hälfte der Bevölkerung über eigene Erfahrungen im Umgang mit ihnen. Im August 2016 waren es unter allen Befragten schon zwei Drittel – im östlichen Bundesgebiet 60 Prozent. Herauszustellen ist, dass bei den Befragten mit Kontakt der Anteil der positiven Erfahrungen die negativen um ein Mehrfaches übersteigt. Weitergehend zeigt sich, dass es diese positiven Erfahrungen in der individuellen Begegnung sind, die am stärksten zu einer zuversichtlichen Perspektive auf die Bewältigung der Herausforderungen beitragen. Sie dürfen aber nicht als einfaches Gegenüber der Befürchtungen betrachtet werden; denn die eigenen positiven Erfahrungen hebeln deren Bedeutung keineswegs aus.

- Das Engagement für Flüchtlinge ist noch gewachsen: Im November 2015 setzten sich bereits 10,9 Prozent aktuell auf die eine oder andere Weise für sie ein, im Mai 2016 waren es 11,9 Prozent. Ohne Berücksichtigung von Sach- oder Geldspenden waren im November 2015 7,3 Prozent der Bevölkerung aktuell engagiert, im Mai 2016 8,7 Prozent. Darüber hinaus erklären in diesen beiden Befragungswellen insgesamt etwa drei Viertel der Befragten ihre Bereitschaft zum Engagement. Die Ergebnisse unterstreichen, dass das beeindruckende Engagement der Bevölkerung keineswegs als Strohrefuer einer nur anfänglichen ‚Willkommenskultur‘ zu betrachten ist. Vielmehr bedarf es der Würdigung und weiteren Förderung. Dies gilt besonders im östlichen Bundesgebiet, wo die Engagierten weniger auf soziale Anerkennung rechnen können.
- Der Großteil der Bevölkerung votiert dafür, dass sich die evangelische Kirche für die Aufnahme der Flüchtlinge einsetzen soll. Dieses Ergebnis gilt für alle vier Befragungswellen. Allerdings hat sich die Dominanz dieser Position im August 2016 erstmals von drei Vierteln auf zwei Drittel der Befragten abgeschwächt. Die Befragungen vom November 2015 und Mai 2016 zeigen, dass die Position für die Aufnahme der Flüchtlinge unter anderem mit dem Wunsch einhergeht, dass die evangelische Kirche die Verständigung mit den nicht-christlichen Religionen vorantreibt. Für diese Verständigung sprechen sich im Mai 2016 mehr als vier Fünftel sowohl der Mitglieder der beiden großen Kirchen als auch der Konfessionslosen aus; bei den zumeist muslimischen Zugehörigen nicht-christlicher Religionen fällt die Zustimmung nachweislich geringer aus.
- Mit fast zwei Fünfteln fordert allerdings auch eine beachtliche Minderheit der Befragten eine stärkere Abgrenzung der Kirche gegen den Islam. Weitergehende Analysen zeigen, dass mit dieser Erwartung häufig ein politisches Votum verbunden ist: Die Parteipräferenz für die Alternative für Deutschland (AfD) steigt bei dieser Minderheit um ein Mehrfaches.
- Die Befragung im August 2016 ermittelt, dass die Hälfte der Bevölkerung Angst vor islamistischen Terroranschlägen persönlich spürt. Unter den offenen Angaben zu den Möglichkeiten, diese Angst zu verringern, dominiert der Wunsch nach stärkeren Sicherheitsmaßnahmen – allen voran eine höhere Polizeipräsenz.
- Die Angst vor Terroranschlägen steht in klarer Verbindung zur Einschätzung, inwieweit Deutschland die Herausforderungen durch die Aufnahme der Flüchtlinge bewältigen wird: Menschen mit dieser Angst äußern sich hier eher skeptisch. Gleichzeitig spielt sie jedoch eine erheblich geringere Rolle für die Stimmung in der Bevölkerung, als dies beim Vertrauen in die staatliche Handlungsmacht und bei den individuellen Erfahrungen im direkten Kontakt zu geflüchteten Menschen der Fall ist.

Inhaltsverzeichnis

11	1	Einleitung
13	2	Stimmung in der Bevölkerung kaum verändert
14		Bevölkerung im östlichen Bundesgebiet skeptischer
16		Bei den Jüngsten stärkere Zuversicht
18		Wirtschaftlich schlechter Gestellte sind skeptischer
19	3	Breite Anerkennung der Flüchtlingsaufnahme als humanitäre Hilfeleistung
21		Bezug auf das Christliche unserer Gesellschaft nicht nur bei Kirchenzugehörigen
23		Das Empfinden einer kulturellen Bereicherung trägt am stärksten zur Zuversicht bei
25	4	Die Sorgen: Keine Entspannung in der Sicht der Lage
26		Sorgen im östlichen Bundesgebiet zumeist stärker verbreitet
29		Gefühl der Unsicherheit und fürsorgliche Perspektive bei Frauen häufiger
30		Sorge vor Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnungsstrukturen von größter Bedeutung
33	5	Der direkte Kontakt
34		Positive Erfahrungen dominieren
36		Zahlenmäßige Relation von Flüchtlingen und Einheimischen wichtig für gelingende Begegnungen
37		Positive Erfahrungen mit Flüchtlingen kein Garant für zuversichtliche Perspektive
41	6	Engagement für Flüchtlinge noch angestiegen
43		Soziale Lage gewichtiger Faktor beim Engagement
45		Religionszugehörige häufiger engagiert
49	7	Wie sich die evangelische Kirche verhalten sollte
49		Position zur Aufnahme von Flüchtlingen
50		Kaum veränderte Erwartungen zwischen November 2015 und Mai 2016
52		Abweichende Haltungen nach Religionszugehörigkeit
53		Exkurs zur Abgrenzung gegen den Islam: Spielt die Religionszugehörigkeit bei der Parteipräferenz „AfD“ eine Rolle?
57	8	Thema: Angst vor Terroranschlägen
58		Wunsch nach stärkeren Sicherheitsmaßnahmen dominiert
60		Überwiegend skeptische Perspektive bei Angst vor Terroranschlägen

63	9	August 2016: Ängste vor Terroranschlägen nicht im Vordergrund
65	10	Resümee
68		Literatur

1 Einleitung

Anfang November 2015 wurde die erste Befragungswelle der bundesweiten Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD zur Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland durchgeführt¹: Die Debatte über das „Kippen“ der im August und September des Jahres noch weit überwiegend positiven Grundhaltung („Willkommenskultur“) in der Bevölkerung hatte bereits Fahrt aufgenommen. Es stellte sich nicht nur die Frage, inwieweit der von der Bundeskanzlerin ausgegebene Leitsatz „Wir schaffen das“ angesichts der anhaltend hohen Zahlen nach Deutschland einreisender Flüchtlinge noch auf positive Resonanz in der Bevölkerung rechnen konnte. Es galt auch herauszufinden, welche konkreten Sorgen und welche positiven Perspektiven mit der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland verbunden werden.

Im Ergebnis zeigte sich, dass die Flüchtlingsaufnahme als humanitäre Hilfeleistung: „Damit steht Deutschland Menschen in existenzieller Not zur Seite“ den allerhöchsten Stellenwert innehat – 88% der Befragten stimmten dem zu und drei Viertel nahmen auch die evangelische Kirche in die Pflicht, sich für die Flüchtlinge einzusetzen. Die Meinungen zur Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen waren allerdings geteilt, was auch den Ausschlag für den Titel der ersten Ergebnisveröffentlichungen gegeben hat: „Skepsis oder Zuversicht?“² Insbesondere die Sorgen vor finanziellen Einsparungen und einer Schwächung der gesamtgesellschaftlichen Ordnungsstrukturen trugen zu einer skeptischeren Perspektive bei. Gleichzeitig ermittelte die Befragung ein beeindruckendes aktuelles Engagement für Flüchtlinge und eine noch sehr viel breitere Bereitschaft dafür.

Angesichts der sich entwickelnden Dynamiken wurde schnell klar, dass es nicht bei dieser ersten Momentaufnahme bleiben sollte: Um den Veränderungen in der Stimmungslage nachgehen und dabei Trends erkennen zu können, wurde im Februar 2016 eine Zwischenbefragung mit einer kleinen Auswahl von Fragen (2. Welle) durchgeführt. Nun liegen auch die Ergebnisse der ausführlichen Folgeumfrage (3. Welle) vor, die Ende Mai 2016 stattfand.

In der Zeit zwischen der ersten und dieser dritten Befragungswelle, nur etwas mehr als ein halbes Jahr, war viel geschehen: von den Terroranschlägen in Paris am 13. November 2015 über die „Silvesternacht“ in Köln und anderen Städten, die weitgehende Schließung der so genannten Balkanroute Ende Februar/Anfang März 2016, die Wahlerfolge der AFD bei den Landtagswahlen am 13. März (Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz), die Anschläge in Brüssel am 22. März bis hin zum EU-Türkei-Abkommen („Türkei-Deal“), mit dem seit Ende März 2016 der von Schleusern betriebene Fluchtweg via griechische Inseln schon von der Türkei aus weitgehend abgeschnitten wird. Und die Situation in Deutschland hat sich während dieser Zeit deutlich verändert. Durch die stark rückläufigen Zahlen steht die Neuaufnahme von Flüchtlingen in Deutschland nicht mehr im Vordergrund der öffentlichen Debatte. Im Fokus sind vor allem Fragen zur Integration.

Eine weitere Kurzbefragung (4. Welle) im August 2016 sollte der Absicherung der Ergebnisse dienen. Doch abermals schien geradezu ein Wandel der Situation eingetreten zu sein: Die kurz aufeinanderfolgenden Anschläge im Juli

¹ Insgesamt gab es vier Wellen für die telefonische Repräsentativbefragung der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland: 1. Welle (Nov. 2015) mit 2.021 Befragten, 2. Welle (Kurzbefragung, Febr. 2016) mit 1.010 Befragten, 3. Welle (Mai 2016) mit 2.033 Befragten und 4. Welle (Kurzbefragung) mit 1.007 Befragten.

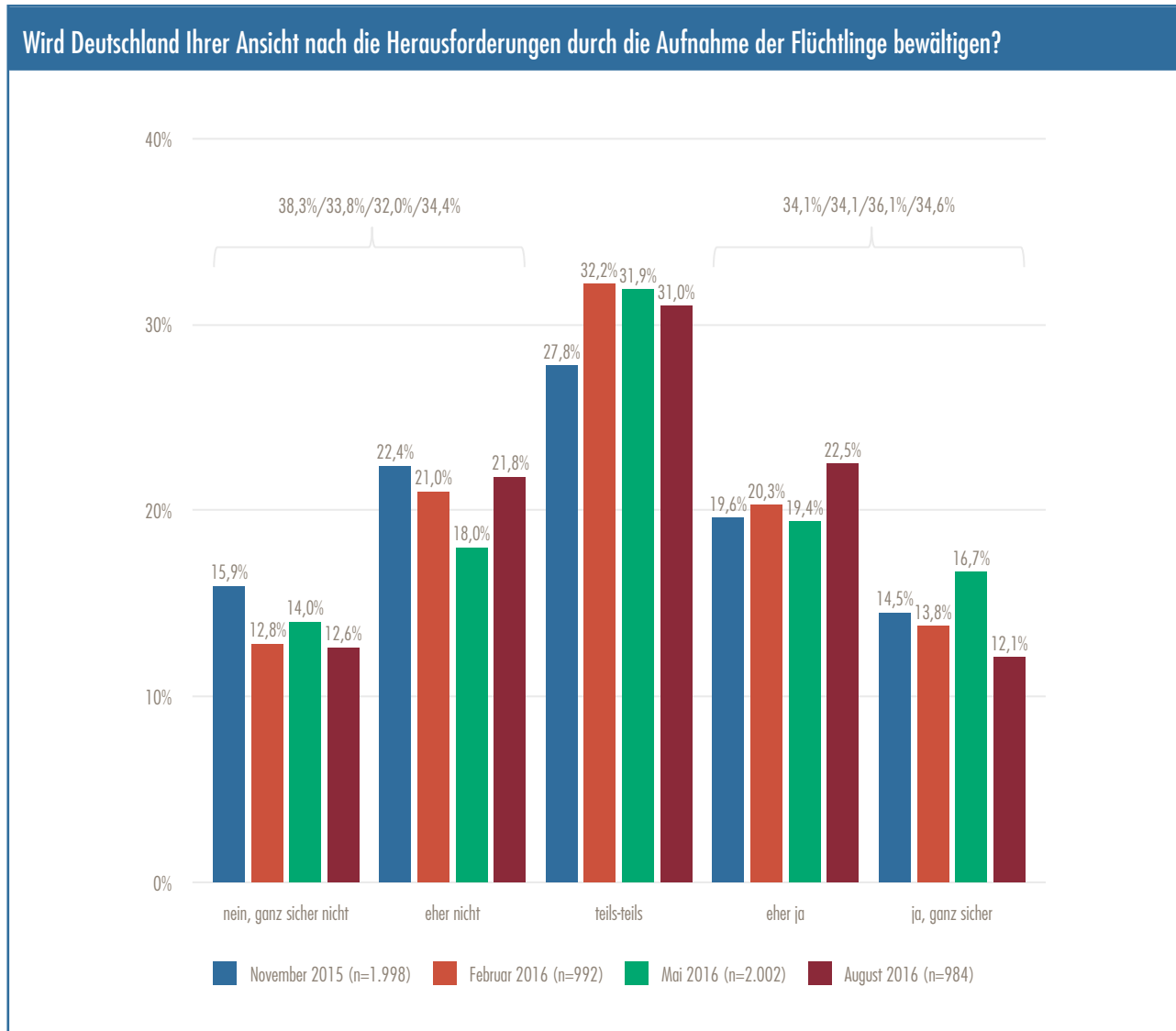
² Vgl. Ahrens, 2016a; dies., 2016b.

2016 in Bayern haben der Terrorgefahr in Deutschland ein konkretes Gesicht gegeben, die damit im Bewusstsein der Bevölkerung angekommen ist. Es war davon auszugehen, dass sich dies in den Einschätzungen der Bevölkerung niederschlagen könnte. Deshalb wurde die Kurzauswahl von Fragen leicht verändert und um das Thema Terrorangst ergänzt.

Wie urteilt die Bevölkerung über die Bewältigung der Herausforderungen? Ist sie eher skeptischer oder zuversichtlicher geworden? Hat sich die Bedeutung der positiven Erwartungen und der Sorgen verändert? Und wie steht es inzwischen um das Engagement für die nach Deutschland geflüchteten Menschen?

2 Stimmung in der Bevölkerung kaum verändert

Die Stimmungslage in der Bevölkerung wurde in allen vier Befragungswellen erhoben: „Wird Deutschland Ihrer Ansicht nach die Herausforderungen durch die Aufnahme der Flüchtlinge bewältigen?“ Das Ergebnis hat sich im Zeitvergleich kaum verändert: Zwar sind die Anteile der (eher) Zuversichtlichen von Anfang November 2015 (34 %) bis Ende Mai 2016 (36 %) leicht gestiegen, und im August 2016 (knapp 35 %) kaum merklich gesunken, während die Anteile (eher) Skeptischen wieder etwas gewachsen sind (34 %). Doch fallen diese Veränderungen zu gering für einen statistischen Nachweis aus.



Die ambivalente beziehungsweise unentschiedene Haltung „teils/teils“ hat sich zwischen November 2015 und Februar dieses Jahres verstärkt und liegt nun nahezu unverändert bei einem knappen Drittel. Die Meinungen zur Bewältigung der Herausforderungen sind also nach wie vor geteilt³.

Im Herbst 2015 wurde in Medien und Politik das „Kippen“ der Stimmung häufig an die anhaltend hohen Zahlen einreisender Flüchtlinge gekoppelt. Jedoch hat das Abebben des „Stroms“, der „Woge“, der „Lawine“ oder gar des „Tsunami“ von Flüchtlingen allein nur wenig zu einer größeren Zuversicht bis Mai 2016 beigetragen. Und schließlich bleibt die Stimmungslage in der Bevölkerung auch von den Anschlägen im Juli praktisch unberührt. Offensichtlich kommen für die Einschätzung zur Bewältigung der Herausforderungen durch die Flüchtlingsaufnahme andere Faktoren ins Spiel. Von daher stellt sich die Frage, welche positiven Erwartungen und welche Sorgen für diese Einschätzung zu veranschlagen sind, noch genauso dringlich wie schon im Herbst 2015.

Bevölkerung im östlichen Bundesgebiet skeptischer

Die Aufgliederung der Ergebnisse für das westliche und östliche Bundesgebiet bildet erhebliche Unterschiede zwischen den Einschätzungen ab: Im Westen sind die Zuversichtlichen schon seit Februar 2016 stärker vertreten als die Skeptischen, auch wenn sich ihr Anteil von 38 Prozent im Mai auf 36 Prozent im August 2016 etwas – aber nicht nachweislich – verringert hat. Im Osten gestalten sich die Relationen aber nach wie vor umgekehrt – und das mit noch größerem Abstand: In der jüngsten Befragungswelle votieren hier 29 Prozent positiv – das ist sogar der bisher höchste Wert. Dem stehen aber fast 46 Prozent gegenüber, die sich (eher) negativ äußern. Und auch dieser Wert ist im Vergleich zum Mai 2016 wieder gestiegen.

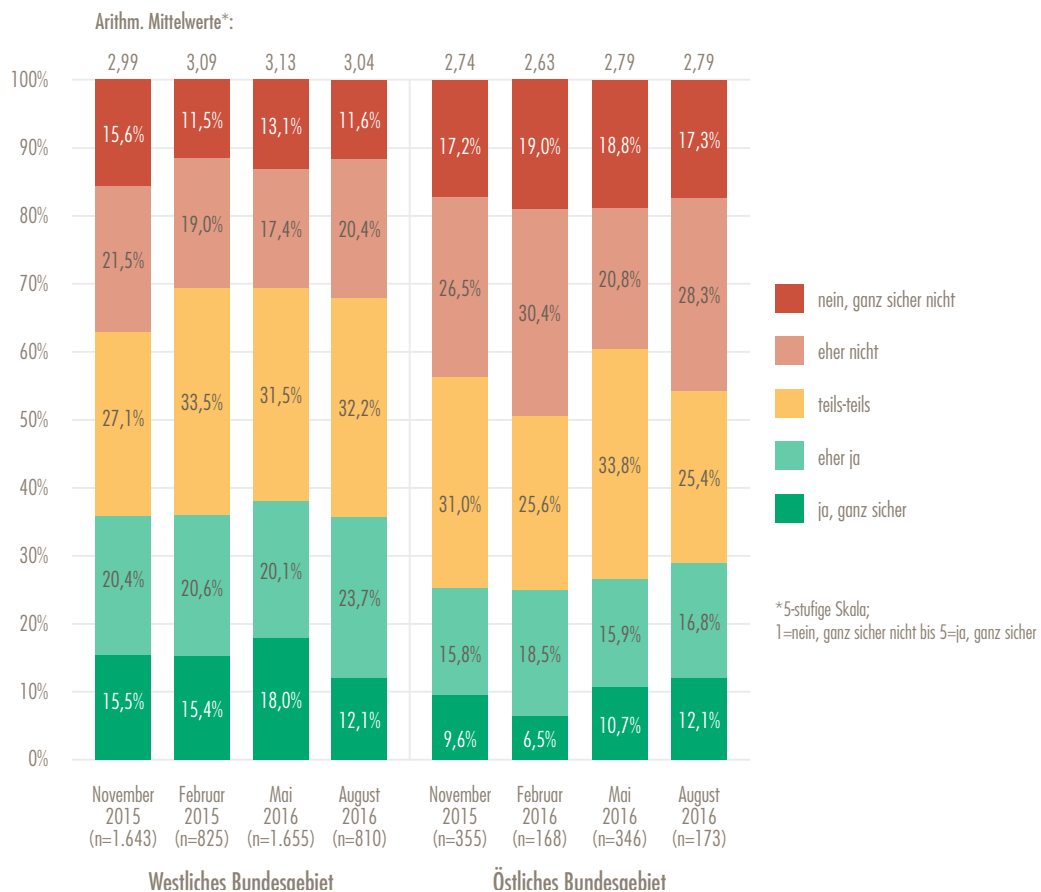
Im Zeitvergleich fällt das Februar-Ergebnis für das östliche Bundesgebiet mit seinem besonders hohen Anteil Skeptischer ins Auge: Hier ging praktisch die Hälfte der Bevölkerung davon aus, dass Deutschland die Herausforderungen nicht bewältigen wird, und nur ein Viertel äußerte sich positiv. Es ließe sich darüber spekulieren, inwieweit sich darin angewachsene Ängste niederschlagen wie zum Beispiel infolge der Berichte über die sexuellen Übergriffe vornehmlich nordafrikanischer Männer in der Silvesternacht 2015/16. Dafür spricht auch das schon im Vorfeld der Landtagswahlen am 13. März 2016 (Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg) deutliche Aufstreben der Alternative für Deutschland (AfD) – besonders im östlichen Bundesgebiet – und deren mediale Prominenz. Zudem waren die Teilnahmezahlen bei den Pegida-Veranstaltungen kurzfristig wieder deutlich angeschwollen⁴. Solche Überlegungen lassen sich im Rahmen unserer Befragungen letztlich nicht belegen. Doch so viel sei schon an dieser Stelle gesagt: Die Sorgen, die mit der Aufnahme der Flüchtlinge einhergehen können, sind im östlichen Bundesgebiet zumeist stärker verbreitet.⁵

³ Ebd., 4.

⁴ Vgl. Forschungsgruppe Durchgezählt, Statistik, o. Jg.

⁵ Vgl. auch den Punkt „Sorgen im östlichen Bundesgebiet zumeist stärker verbreitet“.

Bewältigung der Herausforderungen nach Bundesgebiet

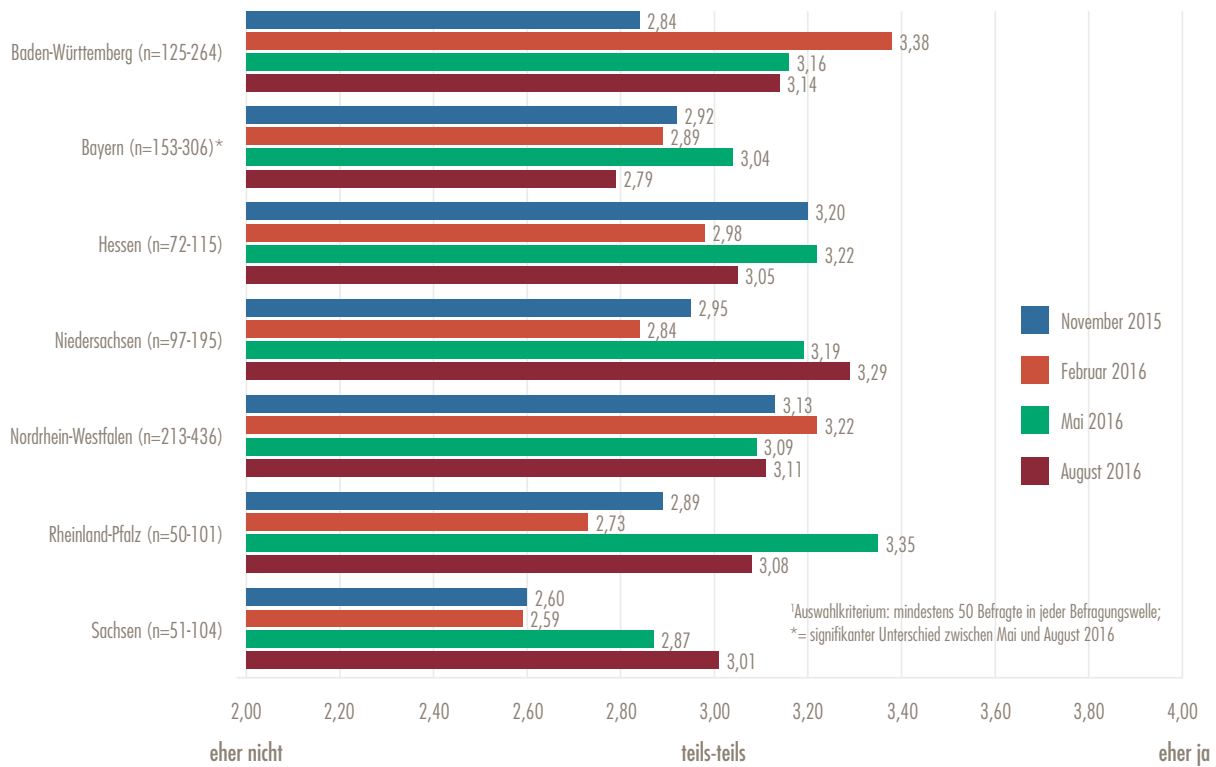


Eine Differenzierung der Ergebnisse nach verschiedenen bevölkerungsreichen Bundesländern⁶ macht deutlich, dass sich Abweichungen in der Stimmungslage nicht auf den West-Ost-Unterschied beschränken. So überwiegt auch in Bayern im August 2016 eine eher skeptische Sicht. Und nur hier lässt sich ein im Vergleich zum Mai dieses Jahres signifikanter Rückgang des Durchschnittswertes nachweisen. Es liegt nahe, dies mit den dortigen Anschlägen im Juli 2016 in Verbindung zu bringen.

In Sachsen hingegen hat sich die Stimmung über die Befragungswellen hinweg deutlich verbessert. Hier überwiegt im Unterschied zu allen anderen Ländern im östlichen Bundesgebiet inzwischen sogar knapp eine eher zuversichtliche Einschätzung. Auch in Niedersachsen ist im August 2016 die bisher – und dabei im Vergleich zu den anderen berücksichtigten Bundesländern – beste Stimmung zu verzeichnen. In Nordrhein-Westfalen hat sich an der schon im November 2015 eher positiven Sicht über die Zeit praktisch nichts geändert.

⁶ Nur für diese lag die Zahl der Befragten bei mindestens fünfzig Personen, was als Auswahlkriterium herangezogen wurde.

Bewältigung der Herausforderungen nach ausgewählten Bundesländern¹



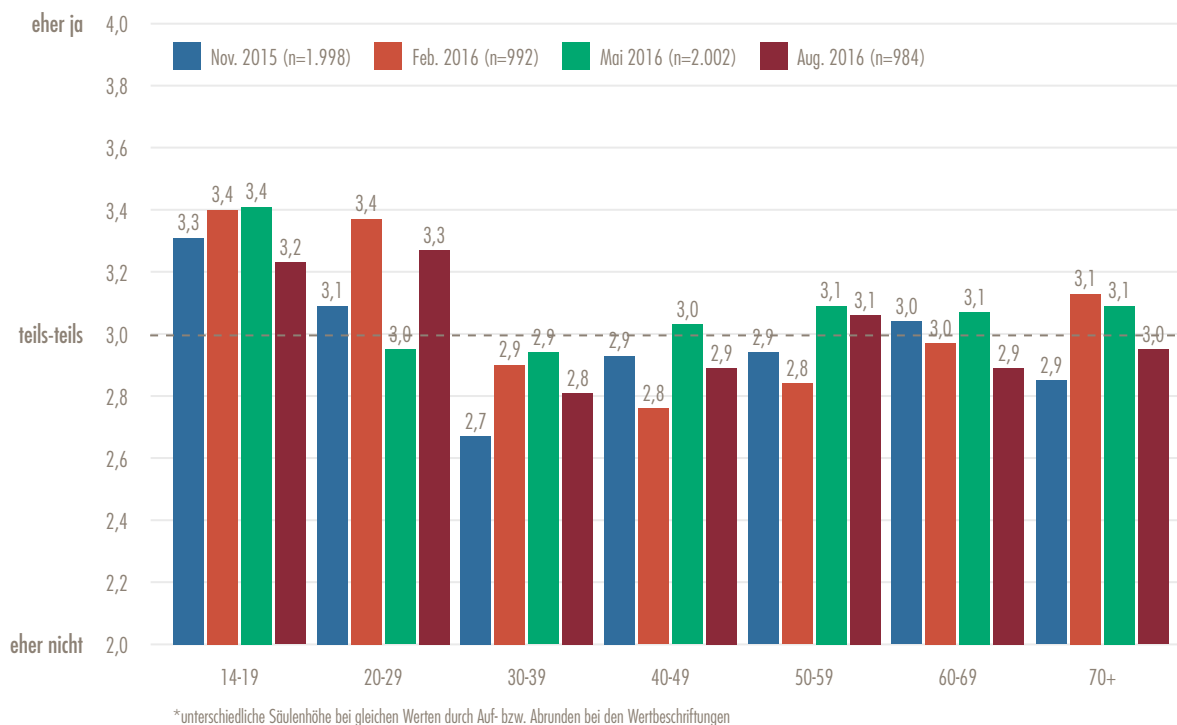
Bei den Jüngsten stärkere Zuversicht

Schon in den Ergebnissen der ersten Befragungswelle war die überwiegend optimistische Haltung unter den Jüngsten (14-29 Jahre) aufgefallen, während bei den meisten anderen Altersgruppen im Durchschnitt die Skepsis überwog. Der mit Abstand niedrigste Wert ergab sich für die 30- bis 39-Jährigen.

Die 14- bis 19-Jährigen haben über die Befragungswellen hinweg ihre im Vergleich besonders positive Einschätzung beibehalten, auch wenn der Durchschnittswert im August 2016 wie bei den meisten Altersgruppen ein wenig – aber nicht signifikant – gesunken ist.

Die stärksten Bewegungen bilden sich bei den 20- bis 29-Jährigen ab, und zwar nachweislich für jede Befragungswelle: Nach einem deutlichen Anstieg des Wertes im Februar 2016 ist im Mai ein sehr starker Abfall, und im August schließlich ein neuerlicher Anstieg erkennbar.

Bewältigung der Herausforderung nach Alter (Arithmetische Mittelwerte*)



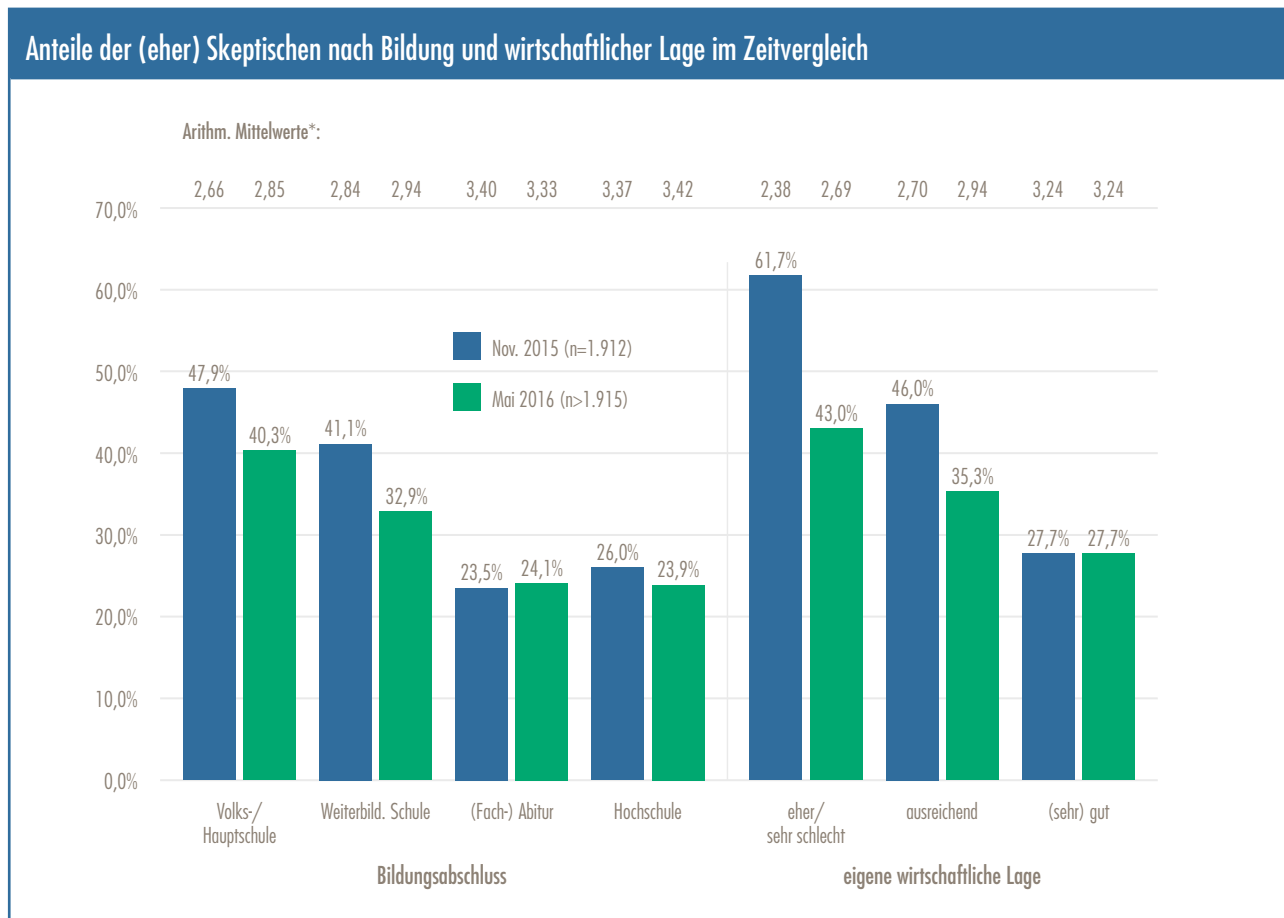
Dies hat nicht zuletzt mit den vor allem in dieser Altersgruppe hohen Schwankungen in den geschlechtsspezifischen Einschätzungen zu tun: Bei den Frauen hat sich die – im Unterschied zu den Männern – anfänglich klar überwiegende Zuversicht (arithmetischer Mittelwert [MW]: 3,38) bis Mai 2016 in eine eher skeptische Sicht (MW: 2,68) gewandelt. Das könnte auf ein bei den Frauen – gerade in dieser Altersgruppe – stärker werdendes Gefühl der Unsicherheit bzw. Angst in Bezug auf zunehmende Gewalt beziehungsweise Kriminalität hindeuten.⁷ Allerdings erreicht ihre durchschnittliche Einschätzung im August 2016 – trotz der Anschläge im Juli – den bisher höchsten Wert (MW: 3,53). Bei den Männern überwog die Zuversicht am deutlichsten im Februar 2016 (MW: 3,54), was möglicherweise mit den in dieser Zeit stark rückläufigen Zahlen bei der Flüchtlingsaufnahme zusammenhängt. Auf jeden Fall verweisen diese Ergebnisse darauf, dass sich offenbar gerade in dieser jungen Altersgruppe geschlechtsspezifisch unterschiedliche Wahrnehmungen zur jeweiligen Gesamtlage abbilden.

Die 30- bis 39-Jährigen liegen mit ihrer durchschnittlichen Einschätzung zur Bewältigung der Herausforderungen nach wie vor unter den Werten aller anderen Altersgruppen. Ein Grund dafür mag darin liegen, dass unter ihnen viele junge Eltern sind: Erwachsene Befragte, die in Haushalten mit Kindern unter 14 Jahren leben, äußern sich nachweislich skeptischer als andere.

⁷ Vgl. auch Info-Center der R+V Versicherung, 2016, 4.

Wirtschaftlich schlechter Gestellte sind skeptischer

Für die Einschätzung, inwieweit Deutschland die mit der Aufnahme von Flüchtlingen verbundenen Herausforderungen bewältigen wird, spielen der formale Bildungsstand und die subjektive Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage eine besondere Rolle. Dies macht ein Vergleich der Ergebnisse aus der ersten und der dritten Befragungswelle deutlich: Höher Gebildete und wirtschaftlich besser Gestellte äußern sich zuversichtlicher beziehungsweise weniger skeptisch als formal geringer Gebildete und wirtschaftlich schlechter Gestellte.

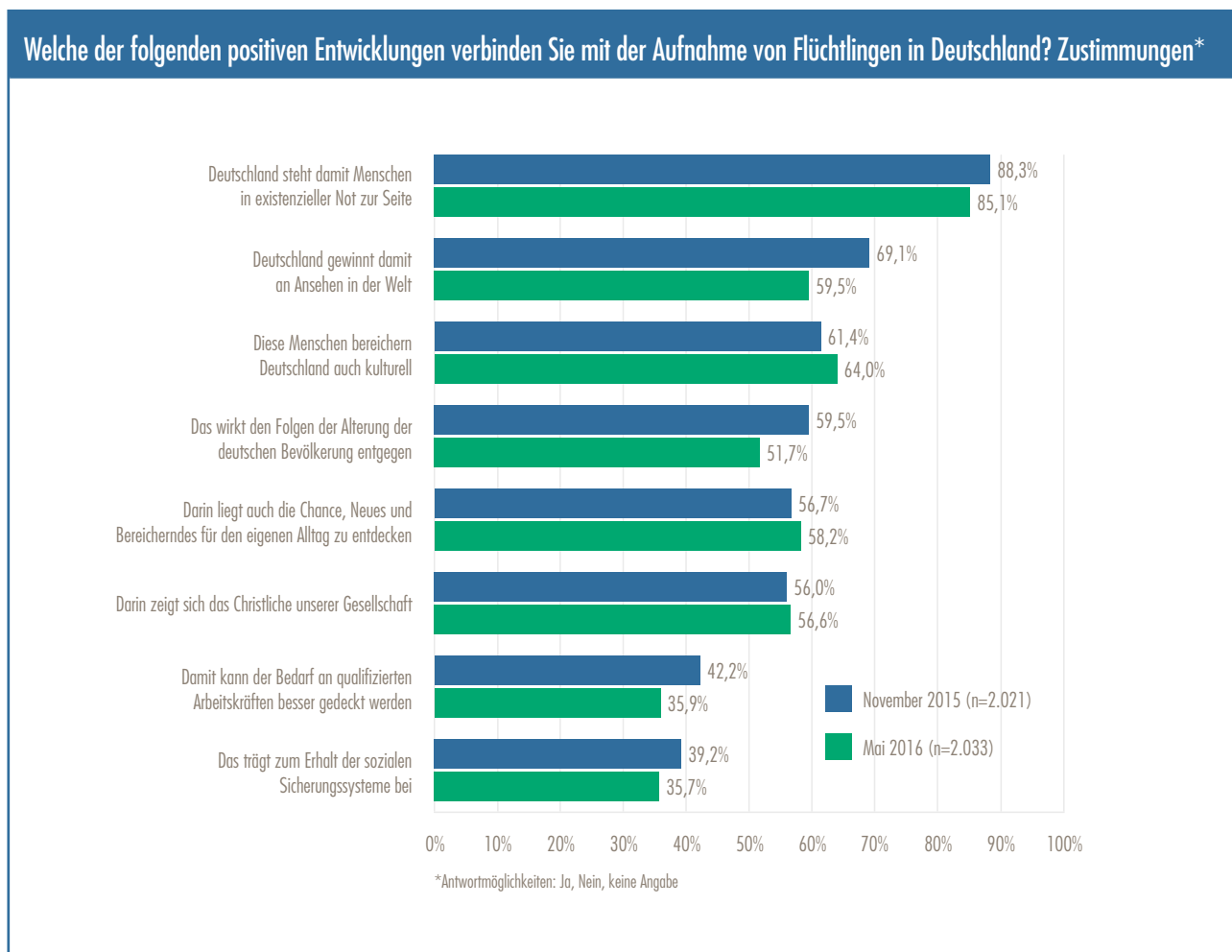


Und doch hat sich etwas geändert: Denn die anfangs hohen Anteile der Skeptischen insbesondere unter den Befragten mit Hauptschulabschluss (48%) und den wirtschaftlich schlechter Gestellten – mit sogar 62 Prozent – sind im Mai 2016 erheblich gesunken. Zwar schlägt das Pendel bei diesen Teilgruppen im Schnitt immer noch erkennbar zur skeptischen Seite aus, dies aber deutlich weniger weit. Zumindest für den Bildungsstand kann dieses Ergebnis im August 2016 bestätigt werden mit 41,2 Prozent (eher) Skeptischen unter den Befragten mit Hauptschul- und 24,8 Prozent unter denen mit Hochschulabschluss.

3 Breite Anerkennung der Flüchtlingsaufnahme als humanitäre Hilfeleistung

Im November 2015 und im Mai 2016 wurden jeweils acht verschiedene positive Entwicklungen nachgefragt, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen verbunden werden können. Nach wie vor erreicht die Aussage: „Deutschland steht damit Menschen in existenzieller Not zur Seite“ mit 85 Prozent die mit Abstand breiteste Anerkennung.

Für diese Antwortvorgabe ist ein Zeitvergleich über alle vier Befragungswellen möglich: Seit November 2015 hat sich an der überaus hohen Zustimmung zu dieser Sicht nichts geändert. Sie ist insgesamt um knapp drei Prozentpunkte (Februar 2016: 87,1 %, Mai: 85,1 %, August: 85,4 %) kaum merklich gesunken. Nach wie vor erreicht sie die höchste Zustimmungquote, die in der Befragung überhaupt ermittelt werden kann.



Der deutliche Abstand zu den weiteren hier aufgeführten positiven Entwicklungen mag auch mit dem normativen Gehalt dieser Aussage zusammenhängen, der sie von anderen unterscheidet: Menschen in existenzieller Not zu helfen. Als Norm ist dies bei den Allermeisten anerkannt, selbst wenn andere konkrete Einstellungen oder Verhaltensrichtungen ihr entgegen stehen mögen.⁸

Ein deutlicher Rückgang der Zustimmung zwischen November 2015 und Mai 2016 ist bei solchen Aussagen zu beobachten, die auf einen direkten Nutzen für Deutschland abstellen. Im Besonderen gilt dies für den Gewinn an Ansehen in der Welt durch die Aufnahme von Flüchtlingen: Zwar bestätigt dies mit mehr als 59 Prozent noch immer eine klare Mehrheit. Allerdings fällt ihr Anteil im Mai 2016 zehn Prozentpunkte niedriger aus. Womöglich schlägt sich darin die Berichterstattung über die Kritik an der deutschen Flüchtlingspolitik aus europäischen und anderen Staaten nieder.

Auch der Zuspruch zu konkreten positiven Effekten für die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung im Blick auf den demografischen Wandel, den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme hat sich etwas verringert. Dabei waren die beiden letztgenannten Punkte schon in der ersten Befragungswelle die einzigen, die nur von einer Minderheit in der Bevölkerung bestätigt wurden.

Leichte Zugewinne sind hingegen bei den Aussagen zur kulturellen Bereicherung Deutschlands sowie zum individuellen Alltag zu verbuchen. Mit 64 beziehungsweise 58 Prozent bewerten klare Mehrheiten die mit den aufgenommenen Schutzsuchenden einziehenden neuen oder auch fremden Lebensweisen und Gepflogenheiten positiv. Die Chance, Neues und Bereicherndes für den eigenen Alltag zu entdecken, wurde auch in der jüngsten Befragungswelle erhoben: An der mehrheitlichen Zustimmung zu dieser Aussage (57,4 %) hat sich nichts geändert.

Allerdings macht sich gerade für diesen thematischen Zusammenhang ein erheblicher Altersunterschied in der Beurteilung bemerkbar: Zwar betrachtet in allen Altersgruppen eine Mehrheit diese kulturellen Entwicklungen als Bereicherung. Bei den unter 30-Jährigen liegt der Anteil der Ja-Stimmen aber deutlich höher: zwischen 70 und 79 Prozent.

Praktisch durchgehend stimmen wirtschaftlich besser Gestellte sowie höher Gebildete den positiven Entwicklungen häufiger zu. Wie schon bei der Bewältigung der Herausforderungen fällt es Menschen mit höherem sozialen Status offensichtlich leichter, eine positive Sicht auf die mit der Aufnahme von Flüchtlingen verbundenen Veränderungen zu entwickeln. Für die Aussage: „Darin zeigt sich das Christliche unserer Gesellschaft“ gilt dies allerdings nicht. Hier liegen die wirtschaftlich weniger gut Gestellten vorn.

⁸ Vgl. auch Gerhards, Jürgen/Hans, Silke/Schupp, Jürgen, 2016, 470.

Bezug auf das Christliche unserer Gesellschaft nicht nur bei Kirchengehörigen

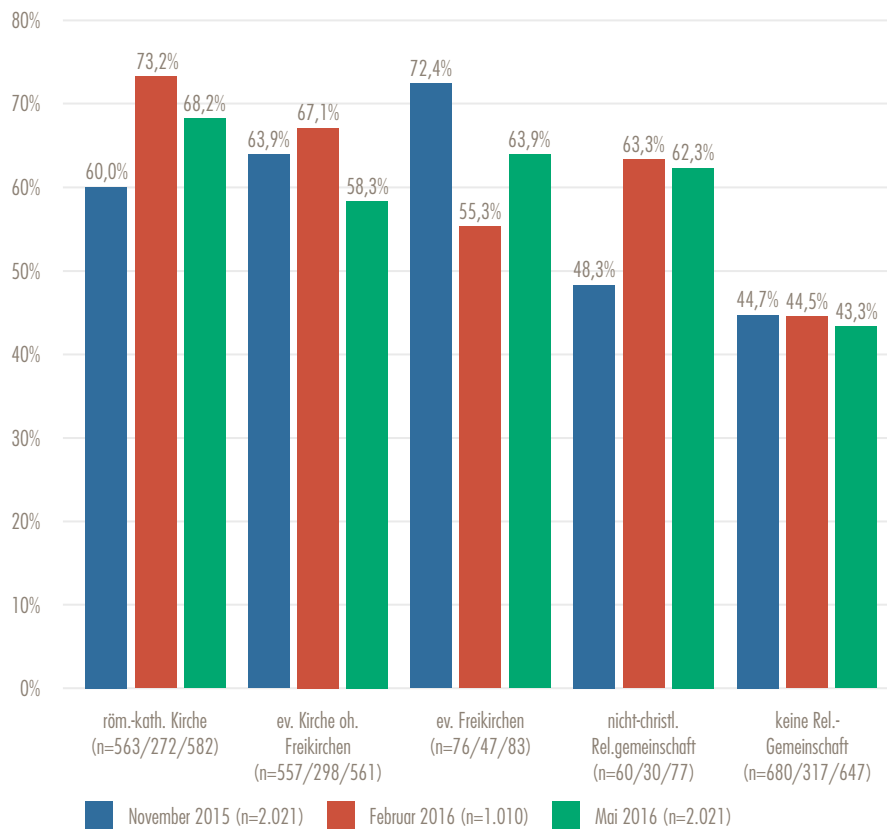
Für die Aussage zum „Christlichen in unserer Gesellschaft“ liegen Daten aus den drei Befragungswellen bis Mai 2016 vor. In der Aufgliederung der zustimmenden Antworten nach Religionszugehörigkeit bilden sich unterschiedliche Entwicklungen ab. Im November 2015 ergab sich die breiteste Zustimmung für die Sicht „Darin zeigt sich das Christliche unserer Gesellschaft“ unter den Mitgliedern evangelischer Freikirchen – bei sehr niedriger Fallzahl. Im Februar 2016 stieg die Zustimmung bei den Katholiken auf den Spitzenwert von 73 Prozent, und sie liegen auch in der dritten Befragungswelle vorn (68%). Bei den evangelischen Kirchenmitgliedern aber ist der Anteil positiver Voten nach leichtem Anstieg auf 67 Prozent im Februar 2016 im Mai dieses Jahres mit 58 Prozent der niedrigste unter den Konfessionszugehörigen.

Schlagen sich darin zunehmende Bedenken gegen die weitgehend eingeschränkten Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge nieder oder gegen ihre teilweise schwierigen Lebensbedingungen in Deutschland? Immerhin zeigt sich auch bei den Katholiken ein leichter Abfall der Werte im Mai 2016. Oder hat sich bei manchen das Verständnis des Christlichen in unserer Gesellschaft in Richtung einer abgrenzenden Haltung zum Islam verschoben?⁹ Jedenfalls wird es kaum die Zustimmung zur christlichen Fundierung unserer Gesellschaft selbst sein, die in diesem recht kurzen Zeitraum so deutlich nachgelassen hat.

Im Vergleich zu diesem Ergebnis ist die im Mai 2016 mehrheitliche Zustimmung bei den Zugehörigen nicht-christlicher Religionen, die überwiegend muslimisch sind, bemerkenswert. Zwar kann der genaue Prozentwert angesichts der kleinen Datenbasis nicht direkt verwendet werden. Dennoch: Er liegt höher als bei den Evangelischen. Womöglich könnte dies als Votum für die generelle Relevanz einer religiös fundierten ethischen Orientierung in der Gesellschaft zu verstehen sein.

⁹ Vgl. hierzu auch den Punkt „Exkurs zur Abgrenzung gegen den Islam: Spielt die Religionszugehörigkeit bei der Parteipräferenz ‚AfD‘ eine Rolle?“

„Darin zeigt sich das Christliche unserer Gesellschaft“ – nach Religionszugehörigkeit (Zustimmungen)



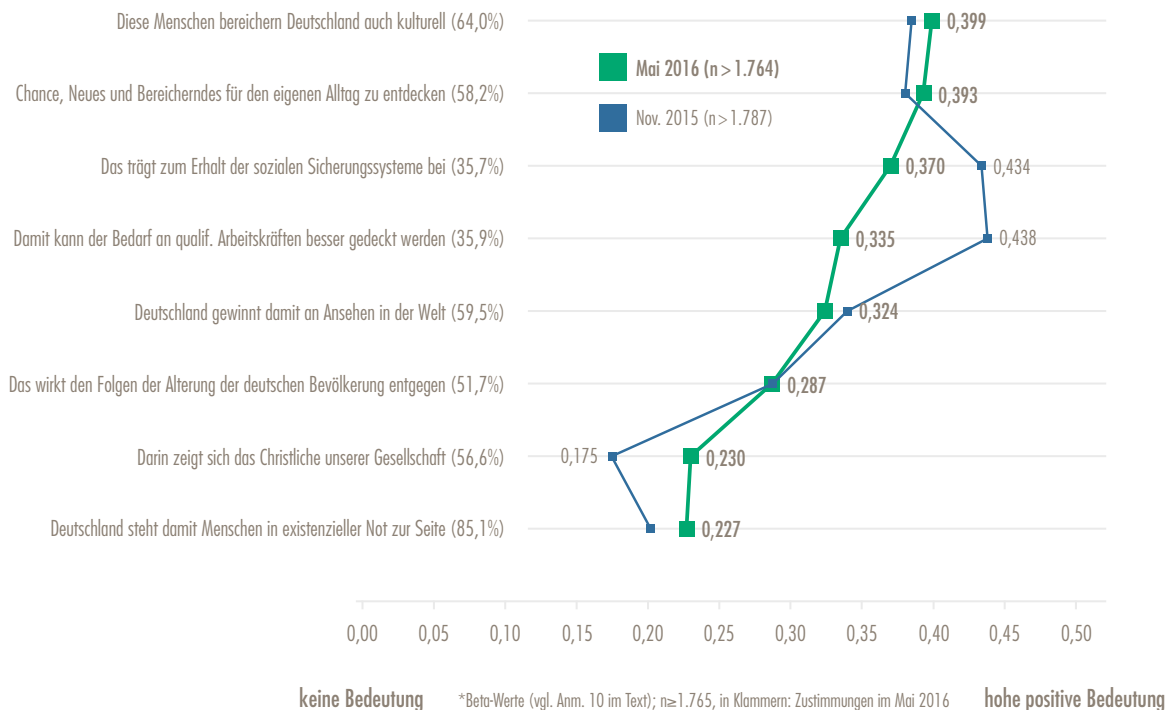
Im Unterschied zu den anderen Teilgruppen erbringt der Zeitvergleich bei den Konfessionslosen im Gesamtbild praktisch keine Veränderungen. Selbst unter ihnen findet sich mit 43 bis 45 Prozent ein beachtlicher Anteil, der die Aufnahme der Flüchtlinge positiv mit dem Christlichen verbindet. Allerdings ergibt sich einmal mehr eine auffallende Differenz, wenn gleichzeitig das Bundesgebiet berücksichtigt wird: Im November 2015 fiel die Zustimmung der Konfessionslosen in West (44 %) und Ost (45 %) noch in etwa gleich hoch aus. Im Februar 2016 stieg sie im Westen leicht an (46 %), während sie im Osten etwas rückläufig war (42 %). Im Mai 2016 zeigt sich nur für den Osten eine neuerliche Abweichung: Die Zustimmung sinkt auf 38 Prozent.

Das Empfinden einer kulturellen Bereicherung trägt am stärksten zur Zuversicht bei

Erste Antworten auf die untersuchungsleitende Frage, welche Erwartungen bei der Einschätzung zur Bewältigung der Herausforderungen zu Buche schlagen, liefert eine Analyse, die der Bedeutung der unterschiedlichen positiven Entwicklungen nachgeht und dabei gleichzeitig die Effekte, die sich durch sozialstrukturelle Abweichungen ergeben, in Rechnung stellt.¹⁰ Im November 2015 und Mai 2016 wurden jeweils acht positive Entwicklungen nachgefragt. Voranzustellen ist, dass insbesondere höher Gebildete, aber auch Befragte im westlichen Bundesgebiet durchgehend eine zuversichtlichere Perspektive haben als formal weniger Gebildete beziehungsweise Befragte im östlichen Bundesgebiet – unabhängig von der jeweiligen positiven Entwicklung. Weniger stark, aber immer noch durchgehend nachweisbar ist eine optimistischere Bewertung bei wirtschaftlich besser Gestellten und bei Männern.

Weitaus stärker sind aber die Effekte ausgeprägt, die auf das Konto der jeweiligen positiven Entwicklungen gehen: Sie alle tragen ganz erheblich zu einer zuversichtlicheren Perspektive auf die Bewältigung der Herausforderungen bei.

Mai 2016: Bedeutung* der positiven Entwicklungen für die Einschätzung zur Bewältigung der Herausforderungen



¹⁰ Kontrollierte Korrelationen (Beta-Werte) für jede Aussage getrennt, unter Berücksichtigung von Alter, Geschlecht, Bildung, Bundesgebiet (Ost/West), Ortsgröße (BIK), Haushaltsgröße und wirtschaftlicher Lage. Theoretisch können die Werte zwischen -1 und +1 liegen, was eine völlige Gegenläufigkeit bzw. Deckungsgleichheit anzeigen würde. In der Sozialforschung gelten signifikante Beta-Werte von -0,1/+0,1 bereits als beachtlich.

Gleichwohl fällt ihre Bedeutung unterschiedlich hoch aus: Die Aussage „Deutschland steht damit Menschen in existentieller Not zur Seite“, die bei den Zustimmungen den Spitzenwert erreicht, trägt im Vergleich noch am wenigsten für eine zuversichtlichere Perspektive aus.

Die höchste Bedeutung kommt demgegenüber dem Empfinden einer kulturellen Bereicherung Deutschlands sowie des eigenen Alltags (z. B. aus Umgangsformen oder Lebensweisen)¹¹ zu. Wer diesen Entwicklungen zustimmt, ist auch erheblich zuversichtlicher, wenn es um die Bewältigung der Herausforderungen durch die Aufnahme von Flüchtlingen geht; wer sie ablehnt, äußert sich skeptischer.

Dies mag daran liegen, dass im Unterschied zu den meisten der anderen genannten Entwicklungen jede und jeder Einzelne solche kulturellen Veränderungen selbst direkt spüren kann. Von daher ließe sich für die hohe Bedeutung dieser Bereicherungsperspektive ein stärkeres Commitment veranschlagen. In ähnlicher Weise könnte auch der mit nur geringem Abstand folgende Wert für den sozialpolitischen Nutzen (soziale Sicherungssysteme) interpretiert werden: Die meisten sind in der einen oder anderen Weise von finanziellen Veränderungen im Renten- beziehungsweise Gesundheitssystem oder bei der Absicherung von Arbeitslosigkeit betroffen.

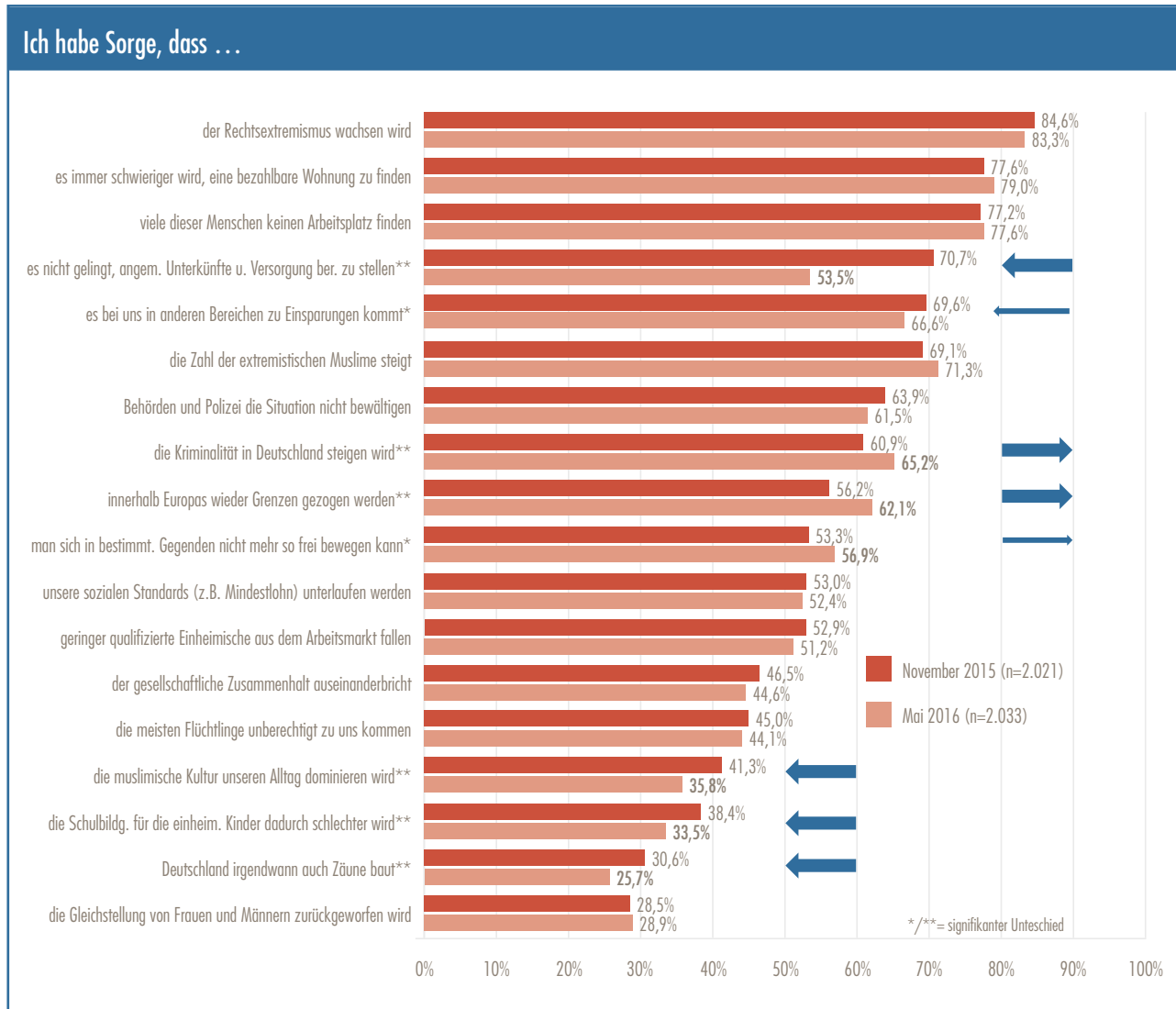
Allerdings zeigt der Vergleich mit den Ergebnissen vom November 2015, dass sich hier einige Verschiebungen vollzogen haben. In der ersten Befragungswelle lagen nämlich die Aussage zur besseren Deckung des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften und die zum Erhalt der sozialen Sicherungssysteme an vorderster Stelle. Doch hat die Bedeutung dieser auf konkreten sozial- beziehungsweise wirtschaftspolitischen Nutzen abstellenden Perspektiven inzwischen nachgelassen, während sich der Effekt der kulturellen Perspektiven eher noch leicht verstärkt hat.

Allein die Aussage “Darin zeigt sich das Christliche unserer Gesellschaft“ hat erkennbar an Bedeutung gewonnen. Wer dem zustimmt, ist auch zuversichtlicher, dass Deutschland die Herausforderungen bewältigen wird – das Ganze gilt auch in umgekehrter Richtung. Zwar ist der Stellenwert dieser Aussage im Vergleich noch immer eher niedrig. Doch bleibt der Zugewinn schon für sich genommen bemerkenswert: Im Kontext der Aufnahme von Flüchtlingen verweist dieses Ergebnis auf eine angestiegene Relevanz des Christlichen, beziehungsweise der ethisch-moralischen Implikationen, die subjektiv damit verbunden werden.

¹¹ Dieser Wert ist in der vierten Befragungswelle noch gestiegen auf 0,401.

4 Die Sorgen: Keine Entspannung in der Sicht der Lage

Nach wie vor ist ein Anwachsen des Rechtsextremismus die mit 83 Prozent meist verbreitete Sorge unter den insgesamt 18 vorgegeben Antwortmöglichkeiten, die im November 2015 und Mai 2016 nachgefragt wurden. Der Wert ist im Vergleich zum November (84,6 %) kaum zurückgegangen und hat sich damit nicht nachweislich verändert. Letzteres gilt auch für die Mehrheit der anderen Sorgen, so dass die zusammenfassende Feststellung zur ersten Befragungswelle: „Am meisten verbreitet sind Sorgen, die sich auf wachsenden Extremismus, mangelnde Integrationsmöglichkeiten und finanzielle Schlechterstellung der Einheimischen beziehen.“, insgesamt gesehen auch heute noch gilt.¹²



¹² Ahrens, 2016a, 18.

Allerdings gibt es eine Einschränkung; denn die stark rückläufigen Zahlen nach Deutschland einreisender Flüchtlinge machen sich sehr deutlich in der Wahrnehmung der Bevölkerung bemerkbar: Die Bereitstellung angemessener Unterkünfte und Versorgung zählte im November 2015 noch zu den weit oben in der Rangfolge angesiedelten Sorgen. Im Mai 2016 hat sich der Anteil der Zustimmungen um mehr als 17 Prozentpunkte verringert: Offenbar steht dabei die so genannte Erstversorgung im Fokus, die nun zu den vergleichsweise weniger prioritären Anliegen gerechnet wird.

Auch die Sorgen um eine Dominanz der muslimischen Kultur, schlechtere Schulbildung einheimischer Kinder und eine Abschottung der Grenzen Deutschlands sind nachweislich zurückgegangen. In der Rangfolge belegten sie allerdings schon im November 2015 die hinteren Positionen.

Signifikante Steigerungen im Mai 2016 sind demgegenüber bei dem erwarteten Anstieg der Kriminalität in Deutschland, der Wiedereinführung von Grenzen innerhalb Europas und in der Tendenz auch bei der Sorge vor der in bestimmten Gegenden eingeschränkten Bewegungsfreiheit zu verzeichnen.

Wie schon im November 2015 erweist sich auch im Mai 2016, dass diejenigen, die Sorgen äußern, zumeist älter und formal geringer gebildet sind – bis auf wenige Ausnahmen. So wird eher von den Jüngeren und den höher Gebildeten eine Wiedereinführung der Grenzen innerhalb Europas oder eine Abschottung Deutschlands befürchtet. Die Sorge vor wachsendem Rechtsextremismus hingegen teilen höher und geringer Gebildete gleichermaßen. Ihre Verbreitung ist demnach keine Frage des sozialen Status.

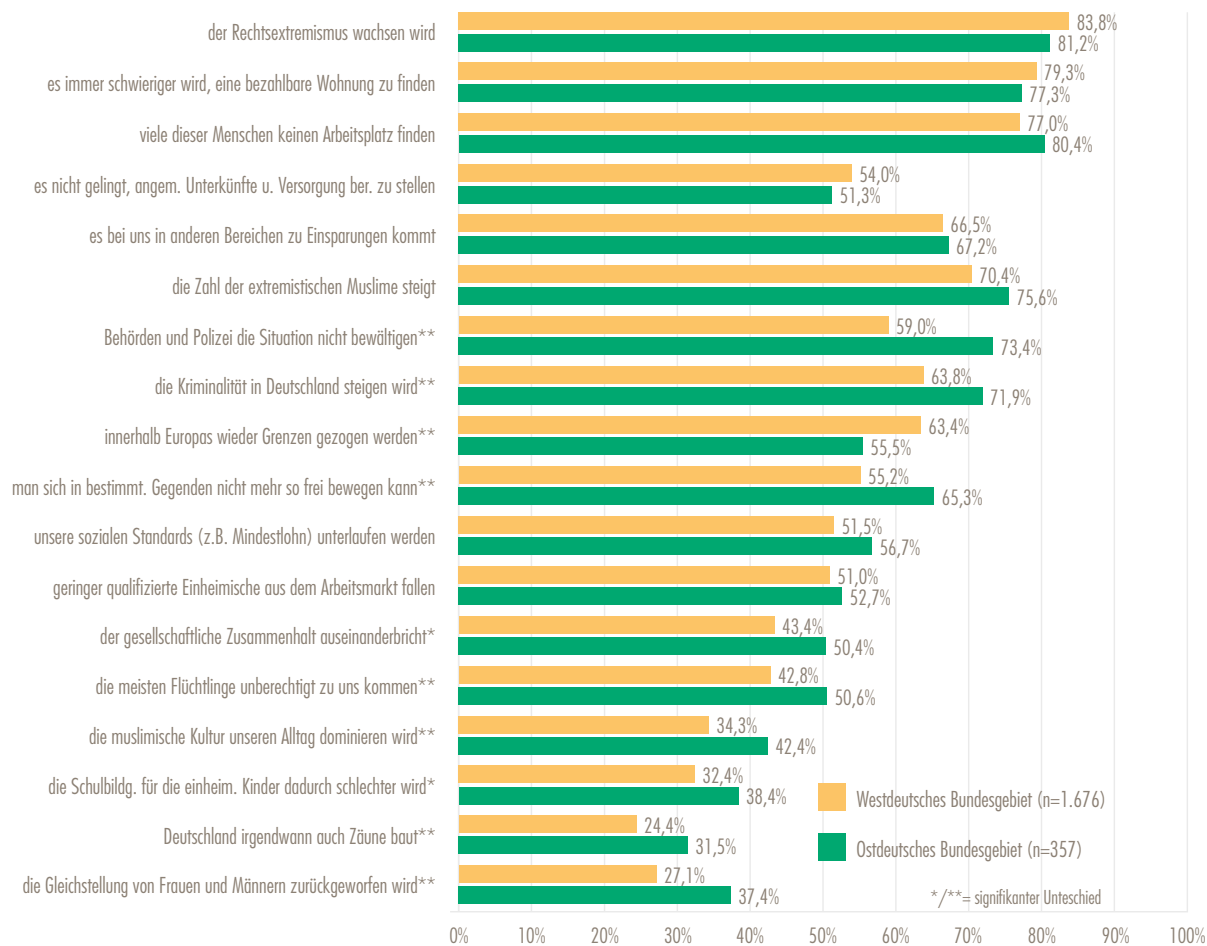
Im Gesamtbild zeigen die Ergebnisse zwar einige Verschiebungen bei den mehr oder weniger stark verbreiteten Sorgen. Eine im Mai 2016 entspanntere Sicht der Lage vermitteln sie jedoch keineswegs.

Sorgen im östlichen Bundesgebiet zumeist stärker verbreitet

In Übereinstimmung mit den bisherigen Ergebnissen fällt auf, dass die meisten Sorgen im östlichen Bundesgebiet stärker verbreitet sind als im westlichen. Eine umgekehrte Relation lässt sich für nur eine Aussage nachweisen: Die Sorge vor einer Wiedereinführung von Grenzen in Europa wird im westlichen Bundesgebiet (63,4 %) häufiger geäußert als im östlichen (55,5 %).

Und diese Sorge ist auch die einzige, bei der sich die Mehrheitsverhältnisse im Vergleich zum November 2015 gedreht haben. In der ersten Befragungswelle wurde sie noch von 55 Prozent der Westdeutschen und 63 Prozent der Ostdeutschen geäußert. Offen bleiben muss an dieser Stelle, inwieweit sich hier eine geringere Sorge vor einer Wiedereinführung der Grenzen ausdrückt oder aber – umgekehrt – deren stärkere Akzeptanz.

Mai 2016: Sorgen nach Bundesgebiet – Ich habe Sorge, dass ...

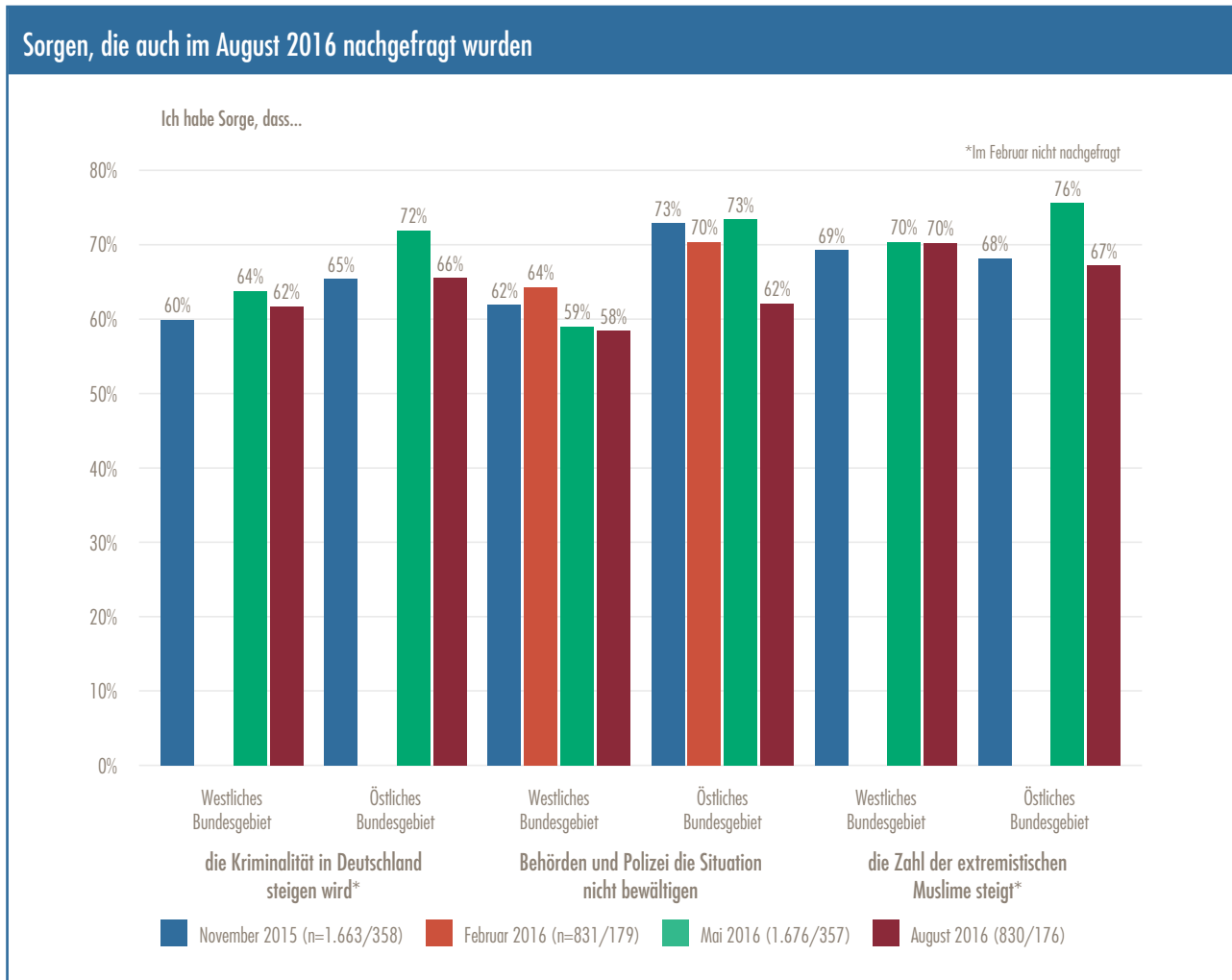


Die mit Abstand größte Differenz zeigt sich im Mai 2016 bei der Sorge, „dass Behörden und Polizei die Situation nicht bewältigen“. Hier liegt die Zustimmung im Osten sogar um mehr als 14 Prozentpunkte höher, gefolgt von den Befürchtungen zu einer zurückfallenden „Gleichstellung von Frauen u. Männern“¹³, zur „in bestimmten Gegenden eingeschränkten Bewegungsfreiheit“ (beide etwas mehr als 10 Prozentpunkte), zur „steigenden Kriminalität in Deutschland“ und einer „Dominanz der muslimischen Kultur“, (beide 8,1 Prozentpunkte). In der Kombination signalisieren diese besonders auffälligen Abweichungen noch etwas anderes als ein im ostdeutschen Bundesgebiet häufiger anzutreffendes Ressentiment gegen diese ‚Fremden‘ und ihre Kultur, das im Allgemeinen auf die hier zu meist geringe Erfahrung im konkreten Umgang mit Zugewanderten zurückgeführt wird.¹⁴ Es vermittelt sich eher ein regelrechtes Bedrohungsgefühl, zumal im Mai 2016 fast drei Viertel der Bevölkerung im östlichen Bundesgebiet kaum auf die Handlungsmacht der staatlichen Instanzen vertrauen.

¹³ Weder im westlichen noch im östlichen Bundesgebiet zeigen sich geschlechtsspezifische Differenzen zu dieser Sorge.

¹⁴ Vgl. hierzu auch Weber, 2016, 412, 422ff.

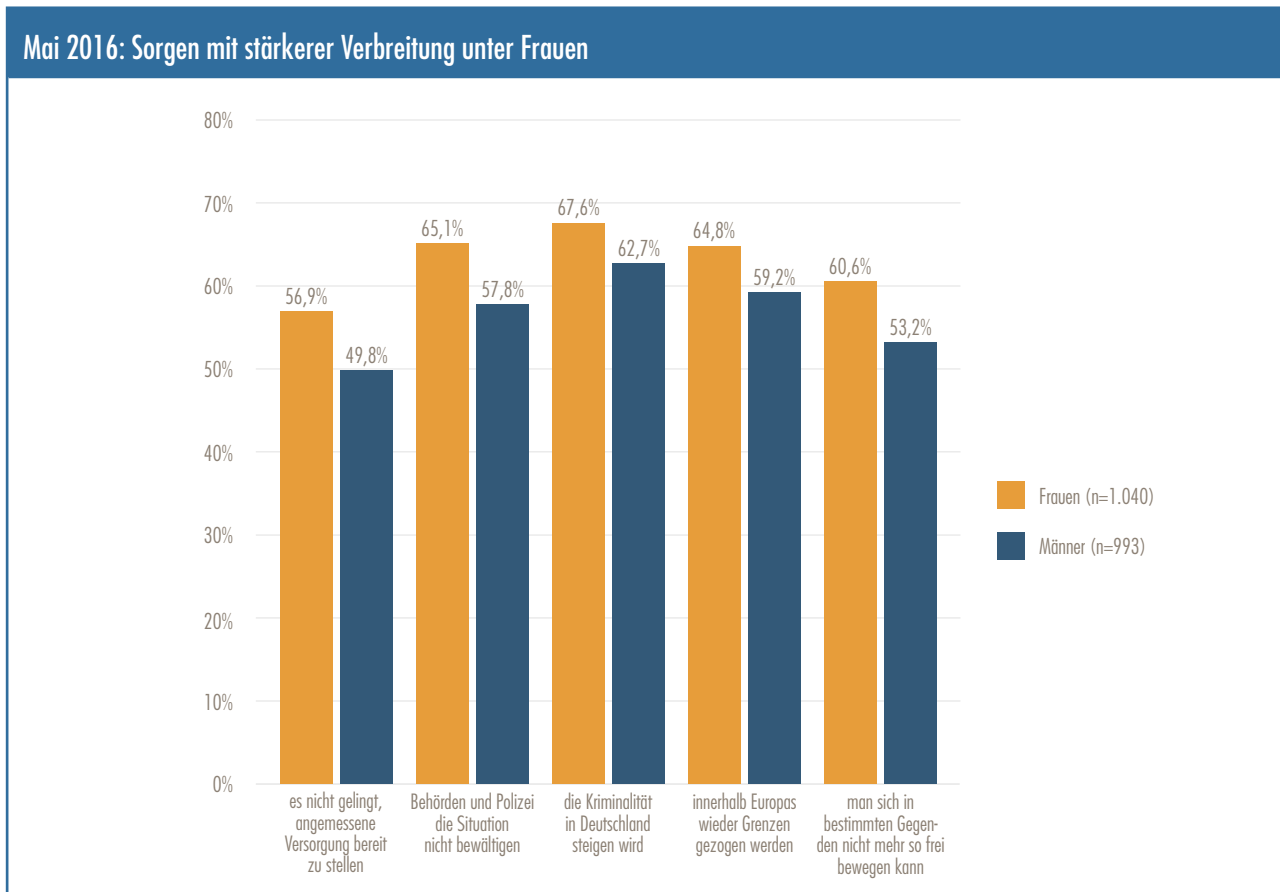
Allerdings scheint sich dieses Bedrohungsgefühl in der Zeit zwischen Mai und August 2016 etwas abgeschwächt zu haben. Darauf verweisen jedenfalls die Werte für die Sorgen, die auch in der vierten Befragungswelle erhoben wurden: zur steigenden Kriminalität, zur Bewältigung der Situation durch Behörden und Polizei sowie zur steigenden Zahl extremistischer Muslime. Dieser Effekt ist nur im östlichen Bundesgebiet zu beobachten, und er fällt mit elf Prozentpunkten Unterschied bei der Aussage zu Behörden und Polizei besonders stark aus. Im Westen hingegen haben sich die Werte kaum beziehungsweise gar nicht verändert. Ob sich damit auch eine nachhaltigere Annäherung zwischen Ost und West ankündigt, kann erst mit weiteren Befragungen geklärt werden.



Unbeschadet dieses durchaus überraschenden Ergebnisses stimmt es nachdenklich, dass die Sorgen in Bezug auf die Handlungsmacht staatlicher Institutionen, aber auch im Blick auf die steigende Zahl extremistischer Muslime in West und Ost so stark verbreitet sind. Denn solche Gefährdungen, auch wenn sie nur gefühlt sind, können an den Grundfesten der Gesellschaft rütteln. Für viele Menschen scheinen sie schon ins Wanken geraten zu sein.

Gefühl der Unsicherheit und fürsorgliche Perspektive bei Frauen häufiger

Zu mehreren Aussagen äußern Frauen im Mai 2016 nachweislich¹⁵ häufiger Befürchtungen, als dies bei Männern der Fall ist. Die größte Differenz ist bei der Sorge (60,6 % / 53,2 %) festzustellen, „dass man sich in bestimmten Gegenden nicht mehr so frei bewegen kann wie heute“ (7,4 Prozentpunkte). Hinzu kommt, dass diese Sorge im Vergleich zu November 2015 nur unter den Frauen erheblich, nämlich um acht Prozentpunkte gewachsen ist. Hier werden nicht zuletzt die Übergriffe in der Silvesternacht 2015/2016 zu Buche schlagen. Aber auch die unter muslimischen Eingereisten häufig eigenen geschlechtsspezifischen Rollenzuordnungen¹⁶ sowie die schon heute vor allem in Großstädten vorfindlichen eher muslimisch geprägten Viertel mögen stärker ins Bewusstsein gerückt sein.



Allerdings stehen steigende Kriminalität (67,6% / 62,7%) und die Bewältigung der Situation durch Behörden und Polizei (65,1 % / 57,8 %) noch etwas stärker im Vordergrund. Gleichzeitig signalisieren Frauen häufiger als Männer eine fürsorgliche Perspektive auf die Schutzsuchenden über die Sorge, dass eine angemessene Versorgung in Deutschland nicht gelingt (56,9 % / 49,8 %).

¹⁵ Signifikante Unterschiede mit Chi-Quadrat-Tests ($p \leq 0,01$) ermittelt.

¹⁶ Vgl. hierzu auch Brücker, et al., 2016, 5f. Die Ergebnisse basieren auf einer qualitativen Studie, in der 123 Geflüchtete befragt wurden.

Es lässt sich hier also zweierlei feststellen: zum einen eine unter Frauen weiter verbreitete Unsicherheit, vielleicht auch Angst im Blick auf die Wahrung von Sicherheit und persönlicher Freiheit, zum anderen eine bei ihnen ebenfalls häufiger anzutreffende fürsorgliche Sicht. Für die unter Frauen stärkere Resonanz auf die Frage zur Wiedereinführung von Grenzen innerhalb Europas könnten beide Aspekte eine Rolle spielen: die damit verbundene Einschränkung der eigenen Mobilität und beziehungsweise oder die damit verringerten Chancen von Flüchtlingen, in Deutschland aufgenommen zu werden.

Schließlich ist noch eine wichtige Ergänzung anzusprechen, die aus dem Ergebnis der jüngsten Befragungswelle hervorgeht: Hier zeigt sich erstmals ein deutlicher Unterschied bei der Sorge vor einer steigenden Zahl extremistischer Muslime. 76 Prozent der Frauen teilen diese Sorge im Vergleich zu 63 Prozent der Männer.

Sorge vor Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnungsstrukturen von größter Bedeutung

Wie schon bei den positiven Erwartungen wurde auch bei den Sorgen geprüft¹⁷, inwieweit sie jeweils dazu beitragen, dass die Bewältigung der Herausforderungen zuversichtlicher beziehungsweise skeptischer eingeschätzt wird.

Zunächst untermauern die Analysen, dass auch unabhängig von den jeweiligen Sorgen fast durchgehend insbesondere der Bildungsgrad und das Bundesgebiet (West/Ost), in geringerem Maß aber auch das Alter, das Geschlecht sowie die wirtschaftliche Lage bei der Sicht auf die Bewältigung der Herausforderungen eigens zu veranschlagen sind: Formal geringer Gebildete, Befragte im östlichen Bundesgebiet, Ältere, Frauen und wirtschaftlich schlechter Gestellte äußern sich skeptischer als ihre jeweiligen Pendants.

Allerdings haben die meisten Sorgen selbst eine noch weitaus größere Relevanz für diese Sicht als die sozialstrukturellen Aspekte: Wer eine Sorge benennt, ist wesentlich skeptischer als jene, die das nicht tun. Es gibt allerdings zwei Ausnahmen: die Befürchtungen, dass der Rechtsextremismus wachsen wird, und dass innerhalb Europas wieder Grenzen gezogen werden. Für beide ergibt sich allenfalls eine leichte Tendenz, dass sie zu einer skeptischeren Perspektive beitragen.

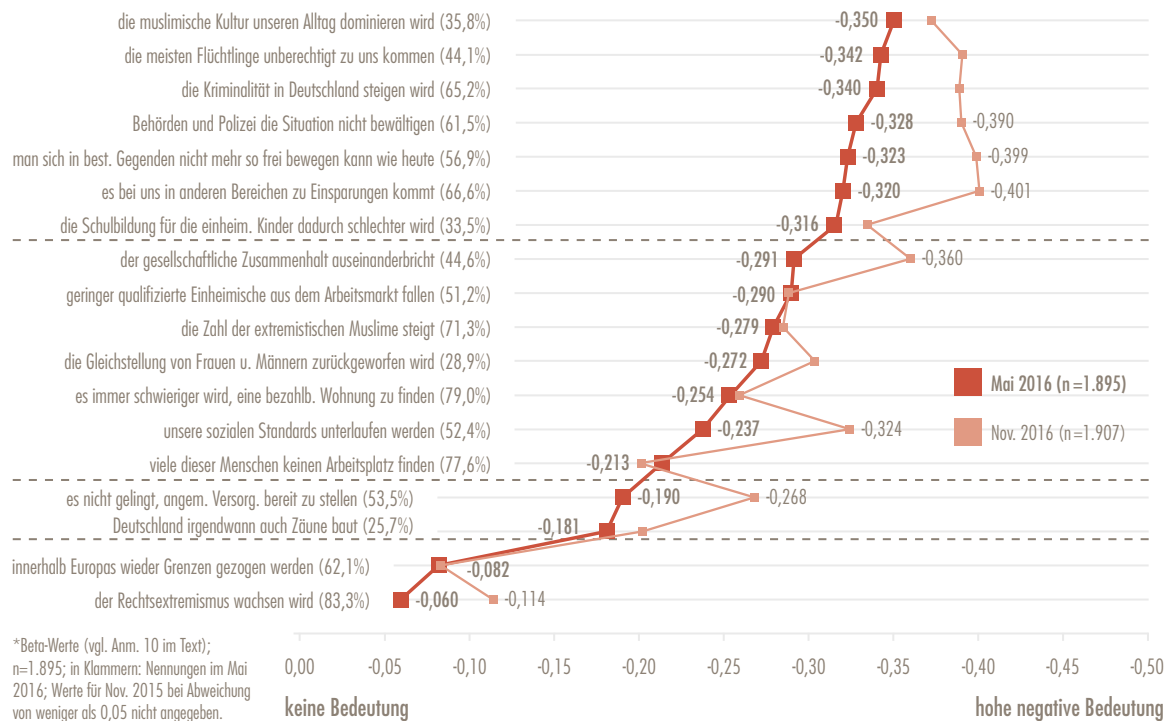
Bei der Wiedereinführung von Grenzen innerhalb Europas könnte man noch argumentieren, dass sie von vielen nur indirekt mit den hiesigen Herausforderungen in Verbindung gebracht wird. Bei der Sorge vor wachsendem Rechtsextremismus in Deutschland gilt dies aber nicht. Ihr scheint eher ein hoher normativer Gehalt zuzukommen: Es ist korrekt und sozial erwünscht, sie zu äußern, zumal in einer Befragung. Für dieses Verständnis spricht auch ihre überaus große Verbreitung in der Bevölkerung, in der sie im Mai 2016 mit 83 Prozent an erster Stelle steht. Immerhin: Damit scheint bei den meisten im Bewusstsein verankert zu sein, dass der zunehmende Rechtsextremismus als Gefahr für unsere Gesellschaft zu betrachten ist. Geht es aber um die Relevanz, die er für die Einschätzung zur Bewältigung der Herausforderungen erlangt, belegt er den letzten Platz. Ganz offensichtlich zählt der Rechtsextremismus nicht zu jenen Sorgen, die Menschen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen besonders umtreiben.

¹⁷ Vgl. hierzu den Punkt: „Das Empfinden einer kulturellen Bereicherung trägt am stärksten zur Zuversicht bei“.

Es stehen vielmehr Befürchtungen im Vordergrund, die eine Gefährdung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnungsstrukturen durch die eingereisten Flüchtlinge signalisieren. Für die Stärkung einer positiven Perspektive ist der Abbau dieser Sorgen – jedenfalls im Rahmen der hier aufgelisteten – zentral.

An vorderster Stelle rangieren dabei eine künftige Dominanz der muslimischen Kultur, die bei vielen unberechtigte Einreise sowie steigende Kriminalität. Für die beiden erstgenannten Sorgen ist in Rechnung zu stellen, dass sie nur von einer – wenn auch beachtlichen – Minderheit der Befragten geäußert werden. Für die Mehrheit der Bevölkerung gilt in diesen Fällen die umgekehrte Betrachtung: Wer diese Befürchtungen nicht teilt, äußert sich erheblich zursichtlicher.

Mai 2016: Bedeutung* der Sorgen für die Einschätzung zur Bewältigung der Herausforderungen



Im Unterschied zu den Ergebnissen für die Verbreitung der Sorgen hat ihre Bedeutung im Mai 2016 überwiegend abgenommen. Die größten Differenzen¹⁸ zeigen sich bei der Erwartung, dass unsere sozialen Standards (z.B. Mindestlohn) unterlaufen werden, dass eine angemessene Versorgung der Flüchtlinge nicht gelingt sowie bei der Befürchtung finanzieller Einsparungen – sie belegte im November 2015 noch den ersten Platz in der Rangfolge – und der in bestimmten Gegenden eingeschränkten Bewegungsfreiheit. Gleichwohl stehen auch diese Sorgen noch immer in beträchtlichem Maß einer zuversichtlicheren Perspektive entgegen, was vor allem für die beiden letztgenannten gilt.

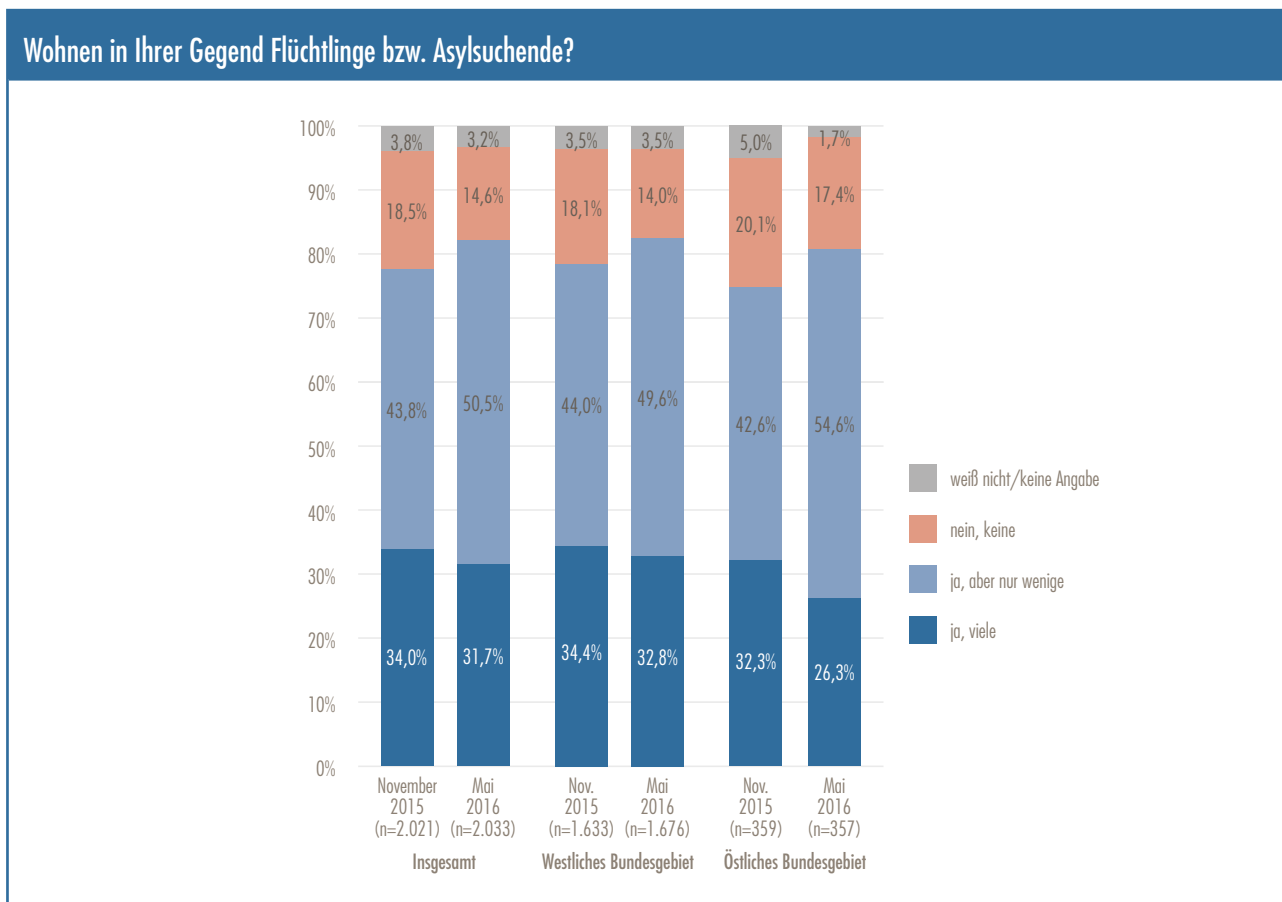
Im Vergleich zu November 2015 praktisch unverändert sind im Mai 2016 jedoch die Negativeffekte, die mit der Annahme einer steigenden Zahl extremistischer Muslime, einer Benachteiligung Einheimischer im Arbeits- oder Wohnungsmarkt sowie der geringen Chancen vieler Flüchtlinge auf einen Arbeitsplatz einhergehen. Und diese Sorgen zählen überwiegend zu denen, die besonders weit verbreitet sind.

Schließlich ergibt die Analyse der im August 2016 nachgefragten Sorgen, dass insbesondere die Befürchtung, dass Behörden und Polizei die Situation nicht bewältigen, inzwischen wieder eine stärkere Rolle spielt. Sie erreicht einen Spitzenwert (Beta-Wert: -0,434), trägt also am stärksten zu einer skeptischen Beurteilung der Gesamtlage bei. Aber auch die Effekte der Sorgen vor steigender Kriminalität (Beta-Wert: -0,348) und einer steigenden Zahl extremistischer Muslime (-0,282) weisen in der Tendenz nach oben.

¹⁸ Zwischen 0,8 und 0,9 (gerundet).

5. Der direkte Kontakt

Die Frage danach, ob Flüchtlinge in der eigenen Gegend wohnen, wurde in den beiden ausführlicheren Befragungswellen gestellt. Schon im November 2015 gab ein Großteil der Befragten an, dass dies der Fall ist. Dieser Anteil ist bis Mai 2016 noch leicht angestiegen auf mehr als vier Fünftel. Die Einschätzung, dass viele Flüchtlinge in der näheren Umgebung untergebracht sind, ist vor allem im östlichen Bundesgebiet zurückgegangen, von einem knappen Drittel auf etwas mehr als ein Viertel.



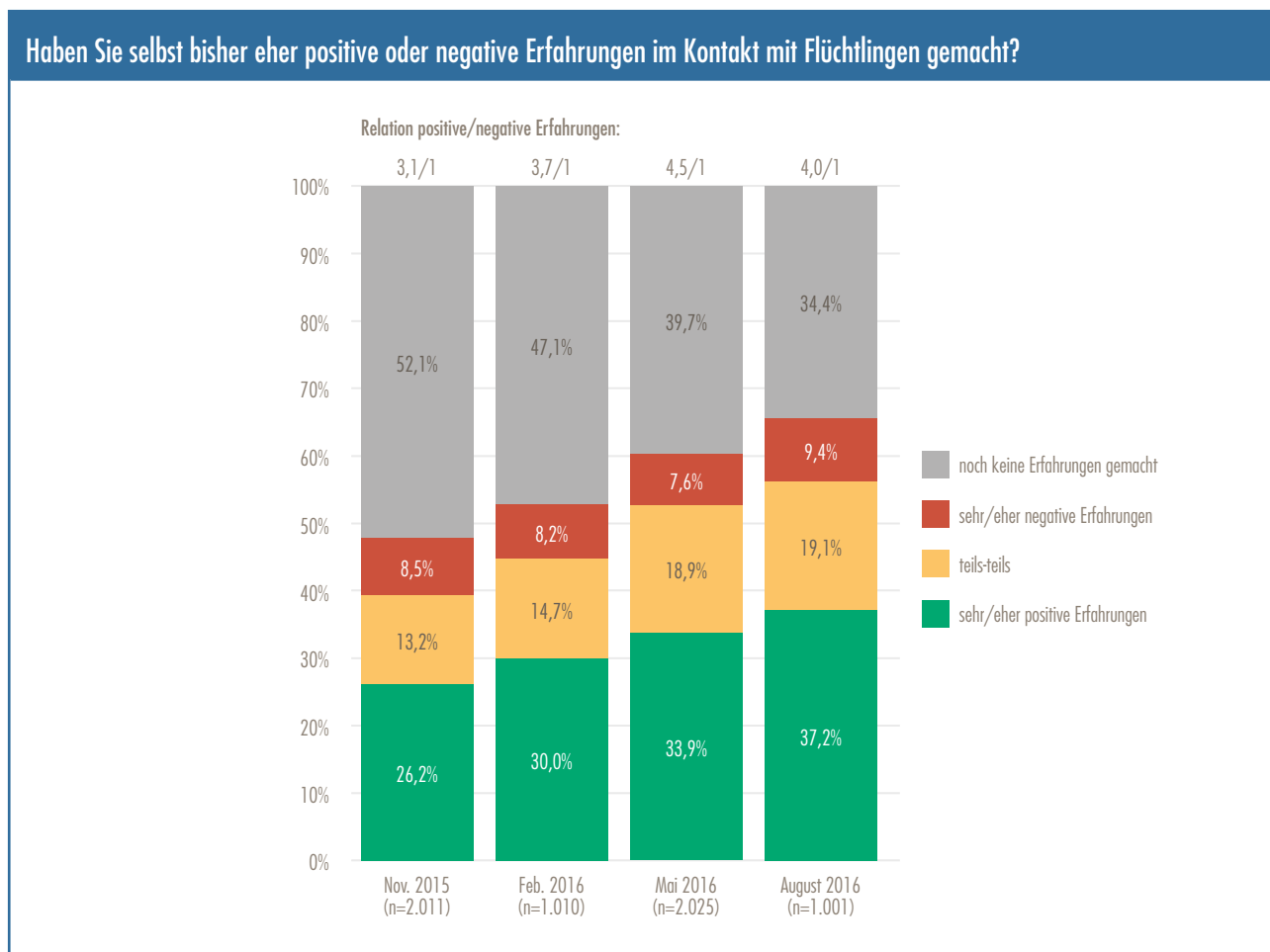
Leider lässt sich nicht ermitteln, was genau sich hier verändert hat: Ist es die subjektive Differenzierung zwischen „viele“ und „wenige“, also die Wahrnehmung, oder werden hier erfolgreiche Bemühungen um eine dezentrale Unterbringung der Schutzsuchenden erkennbar?

Auf direkte Kontakte lassen die Angaben zu den Flüchtlingen in der eigenen Gegend allein jedoch nur eingeschränkt schließen. Die Befragung im November 2015 ermittelte dazu eine deutliche Differenz. Zwar antworteten mehr als drei Viertel der Bevölkerung, dass in ihrer Gegend Flüchtlinge untergebracht sind. Aber weniger als die Hälfte konnte schon über eigene Erfahrungen im direkten Kontakt berichten.

Dieser Anteil hat sich im Zeitvergleich, der hier über alle vier Erhebungswellen möglich ist, durchgehend erhöht auf insgesamt zwei Drittel im August 2016. Inzwischen verfügt also die große Mehrheit der Bevölkerung über eigene Erfahrungen im Umgang mit Geflüchteten.

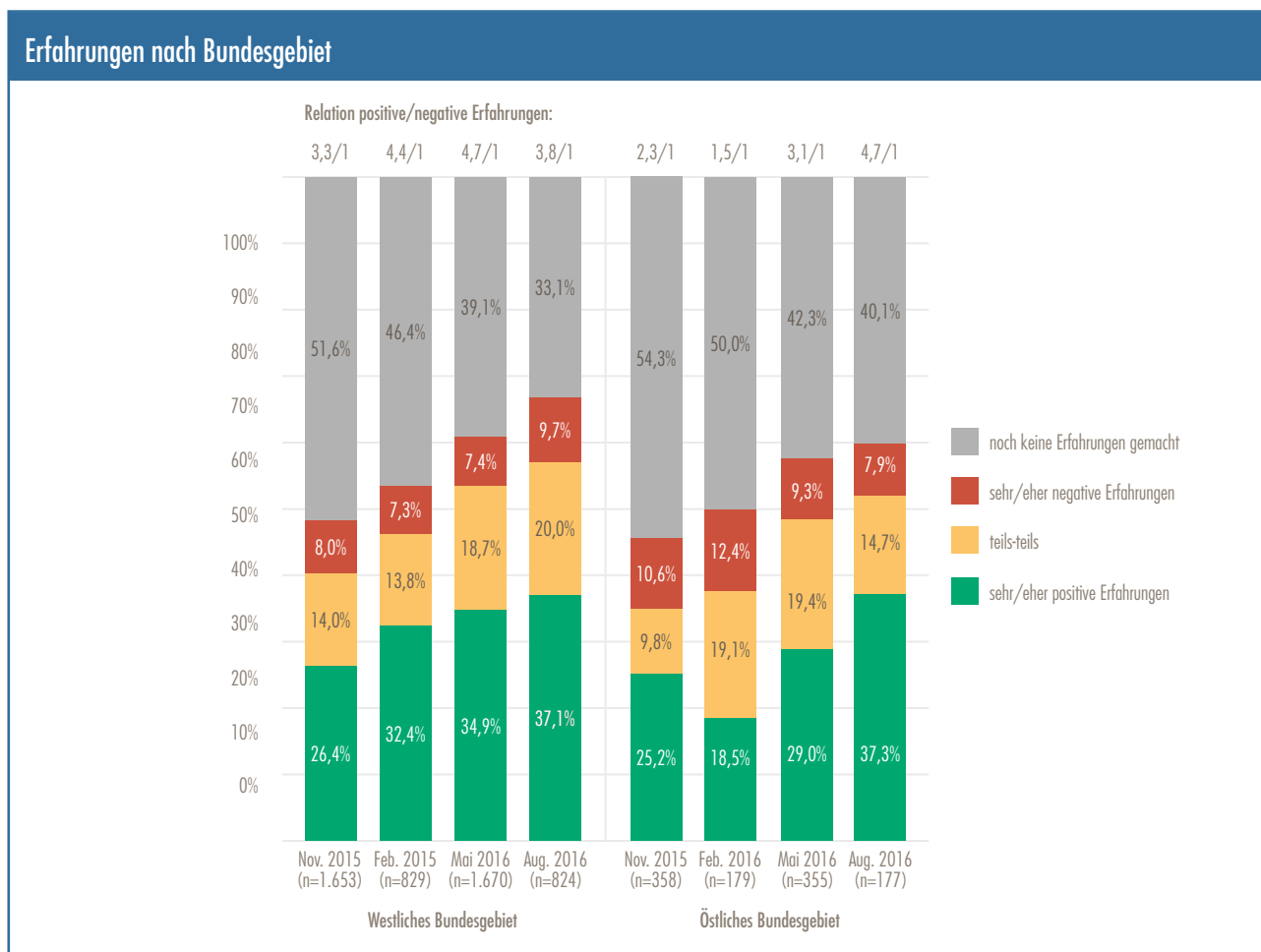
Positive Erfahrungen dominieren

Bei der Bewertung der eigenen Erfahrungen dominieren die positiven Urteile. Dieser Effekt hat sich bis Mai 2016 noch deutlich verstärkt mit einer rechnerischen Relation von 4,5 positiven Erfahrungen zu einer negativen Erfahrung. Allerdings fällt er im August wieder etwas niedriger aus (4,0/1), was nach einer Erklärung verlangt. Sie ergibt sich aus einer Differenzierung der Ergebnisse nach Bundesgebieten. Für alle vier Erhebungszeitpunkte lassen sich nämlich – einmal mehr – erhebliche West-Ost-Unterschiede beobachten.



Zunächst zeigt sich, dass die Anteile der Befragten, die noch nicht über eigene Erfahrungen im konkreten Umgang mit Geflüchteten verfügen, im östlichen Bundesgebiet über alle Befragungswellen hinweg höher ausfallen als im westlichen.

Für die Relation zwischen positiven und negativen Erfahrungen lässt sich feststellen: Die gelingenden Begegnungen dominieren im Osten bis Mai 2016 weniger stark als im Westen. Darüber hinaus sind auch unterschiedliche Entwicklungen über den gesamten Zeitraum zu erkennen. Nur im östlichen Bundesgebiet zeigt sich nämlich im Februar 2016 geradezu ein Einbruch bei den Bewertungen. Die Teils/teils-Einschätzungen verdoppeln sich fast, und die positiven Urteile überwiegen nur noch knapp. Hier bildet sich eine Veränderung ab, wie sie schon bei der Bewältigung der Herausforderungen beobachtet werden konnte.¹⁹ Im östlichen Bundesgebiet scheint sich für diese Zeit tatsächlich ein „Kippen“ der Stimmung abzeichnen, das bis zur Bewertung eigener Erfahrungen reicht, offenbar also konkrete Wahrnehmungen verändert hat. In der dritten Erhebungswelle überwiegen schließlich die positiven Erwartungen auch in diesem Bundesgebiet sehr deutlich (3,1 /1) – deutlich stärker als noch im November 2015.

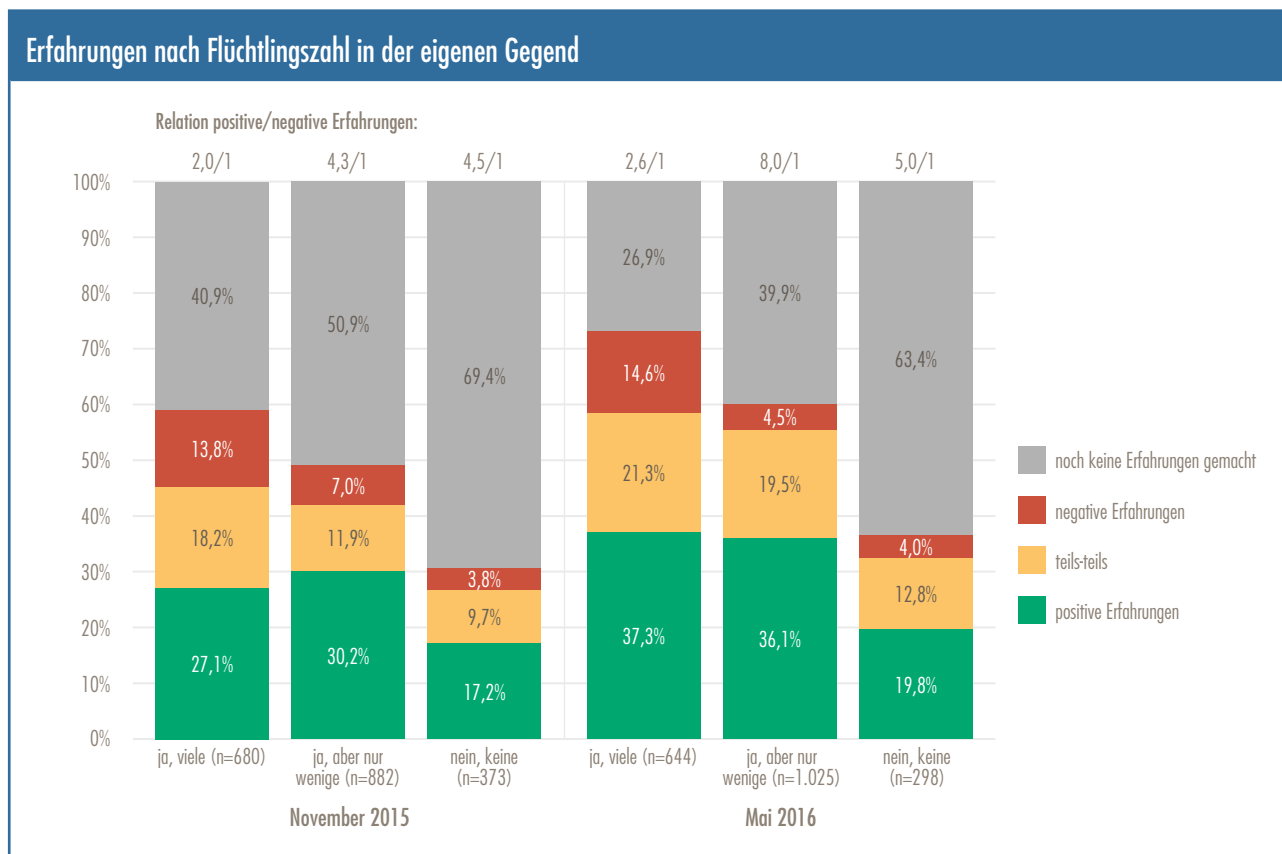


¹⁹ Vgl. Punkt 2 „Bevölkerung im östlichen Bundesgebiet skeptischer“.

Im August 2016 fallen die Differenzen zwischen West und Ost zwar etwas geringer aus. Allerdings erreicht die Dominanz der positiven Erfahrungen nun umgekehrt im östlichen Bundesgebiet ihren mit großem Abstand höchsten Wert (4,7/1), während sie im Westen erheblich geringer ausfällt (3,8/1), auch im Vergleich zu den Werten von Februar und Mai 2016: Die Anteile der ambivalenten Einschätzungen (teils/teils) sind hier durchgehend bis auf ein Fünftel gestiegen; mit einem knappen Zehntel erreichen auch die negativen Erfahrungen ihren bisher höchsten Wert. Und dieser Effekt schlägt sich im geringeren Gesamtwert des Augustergebnisses nieder. Es mag sein, dass diese differenziertere Beurteilung mit dem im Westen besonders deutlich gewachsenen Erfahrungsschatz zusammenhängt, der eben nicht nur positiv erlebte Begegnungen bereithält oder auch Bewertungsmaßstäbe verändert hat.

Zahlenmäßige Relation von Flüchtlingen und Einheimischen wichtig für gelingende Begegnungen

Für die ausführlicheren Befragungen im November 2015 und Mai 2016 lassen sich die Erfahrungsbewertungen nach der wahrgenommenen Anzahl der Flüchtlinge in der eigenen Gegend aufgliedern. Die Ergebnisse bestätigen zumindest indirekt, dass die dezentrale Unterbringung dieser Schutzsuchenden als ein entscheidender Faktor für ihre Akzeptanz und Integration in die einheimische Bevölkerung zu betrachten ist: Wenn aus Sicht der Befragten nur wenige oder auch keine (!) Flüchtlinge in der eigenen Gegend untergebracht sind, überwiegen die positiven Bewertungen der direkten Kontakte besonders stark.



Herausragend sind die im Mai 2016 ermittelten Werte für die Variante „nur wenige Flüchtlinge in der eigenen Gegend“, aus denen sich eine Relation von sogar acht positiven Erfahrungen zu einer negativen Erfahrung ergibt.

Die Ergebnisse für die Perspektive der einheimischen Bevölkerung könnten kaum eindeutiger sein. Aber wie stellen sich die Wahrnehmungen der nach Deutschland geflüchteten Menschen in dieser Hinsicht dar? Ohne Zweifel kann davon ausgegangen werden, dass eine Massenunterbringung, wie in vielen Aufnahmeeinrichtungen zur Erstversorgung – zum Teil aus der Not heraus – praktiziert, zumindest auf längere Sicht ohnehin kaum erträglich ist. Das Erlernen einer neuen Sprache und die Akzeptanz der für viele fremden hiesigen Lebenskultur gelingen wohl am schnellsten, wenn eine Verständigung im eigenen Umfeld dies nötig macht. Aber es ist sicher auch nicht leicht, nur wenig oder gar keinen Kontakt zu Menschen mit der eigenen Sprache und den vertrauten Gepflogenheiten im eigenen Umfeld zu haben. In einer qualitativen Studie, die anhand leitfadengestützter Interviews mit Geflüchteten zwischen Dezember 2015 und März 2016 durchgeführt wurde, finden sich erste Hinweise auf die überwiegend hohe Motivation zum Sprachwerb und zur gesellschaftlichen Integration.²⁰ Darüber hinaus lässt sich aus einer schriftlichen Befragung von Flüchtlingen in Berliner Unterkünften schließen, dass viele gerne deutsche Nachbarn hätten.²¹ Doch bedarf es dringend weiterer Forschungen, um die Perspektive(n), die diese Menschen mit ihrem Leben in Deutschland verbinden, genauer einzufangen.

Positive Erfahrungen mit Flüchtlingen kein Garant für zuversichtliche Perspektive

Aus der ersten Befragungswelle schälte sich als wichtiges Ergebnis heraus: Die Bewertung der eigenen Erfahrungen mit Flüchtlingen spielt eine weitaus größere Rolle als die jeweiligen Sorgen, wenn es um eine skeptischere oder zuversichtlichere Sicht zur Bewältigung der Herausforderungen geht. Wer die eigenen Erfahrungen positiv beurteilt, äußert sich erheblich zuversichtlicher.²² Dieses Ergebnis bestätigt sich im Mai 2016. Allerdings hat die Stärke der Effekte etwas nachgelassen.²³

Gleichzeitig lässt sich eine entscheidende Veränderung beobachten: Im November 2015 war die Bedeutung der Sorgen bei den Befragten mit eigenen Erfahrungen – unter Berücksichtigung der Erfahrungsbewertungen – deutlich geringer als unter den Befragten, die noch keinen eigenen Kontakt hatten. Verkürzt formuliert: Eigene Erfahrungen mit Flüchtlingen können Sorgen reduzieren; denn diese Erfahrungen werden überwiegend positiv bewertet. Allein die Befürchtungen, dass Behörden und Polizei die Situation nicht bewältigen, und dass man sich in bestimmten Gegenden nicht so mehr frei bewegen kann, waren davon ausgenommen: Bei ihnen machte es keinen Unterschied, ob die Befragten selbst schon Kontakt zu geflüchteten Menschen hatten oder nicht.

Im Mai 2016 ergibt sich aber, dass – umgekehrt – die Mehrzahl der Sorgen bei den Befragten ohne eigene Erfahrungen erheblich geringer zu Buche schlagen als bei der Vergleichsgruppe. Begegnet man hier inzwischen einer Form der Ausblendung der Probleme, die im Zusammenhang mit der so genannten Flüchtlingskrise diskutiert werden? Dies

20 Vgl. Herbert Brücker et al., a.a.O., 4ff.

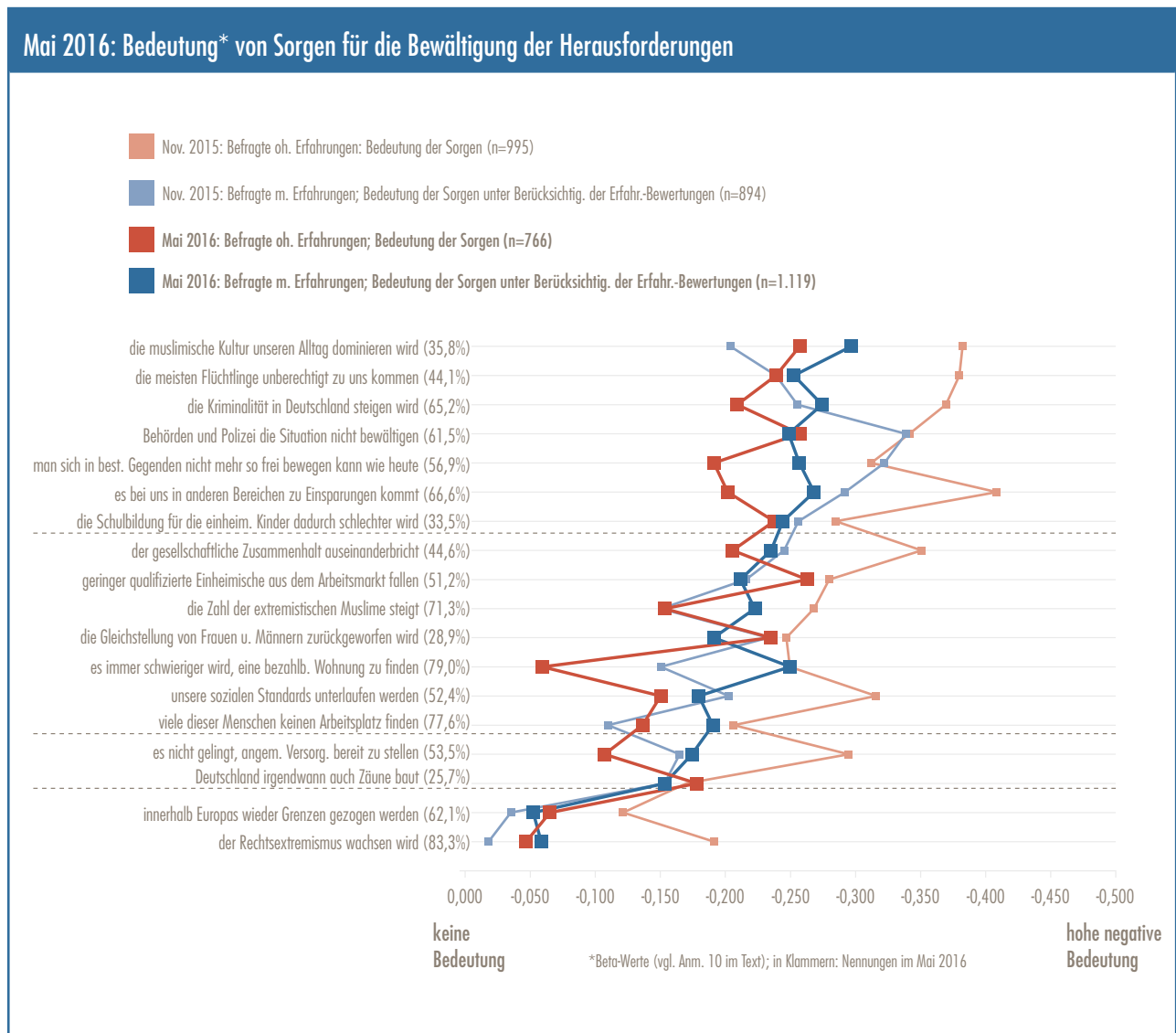
21 Genauer: „eine deutsche Familie mit vielen Kindern“. Allerdings wurde diese Frage in einen anderen Kontext eingebunden mit Vergleich zu Familie aus Afrika mit dunkler Hautfarbe und zu jüdischer Familie aus Israel. Vgl. Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft, 2016, 13.

22 Vgl. Ahrens (2016), 20.

23 Befragte mit Erfahrungen im Mai 2016: Beta Werte für Erfahrungsbewertungen zwischen 0,350 und 0,450, Beta-Werte für Sorgen zwischen -0,058 und -0,297.

ist ja gerade dann wahrscheinlich, wenn diese Menschen im eigenen Alltag gar nicht vorkommen. Dafür spricht, dass die Relevanz der Sorgen bei diesen Befragten nahezu durchgehend gesunken ist.

Vielleicht ist rückblickend auch zu folgern, dass sich in den Ergebnissen vom Herbst 2015 vor allem die ‚Willkommenskultur‘ derjenigen niedergeschlagen hat, die aktiv den Kontakt zu den nach Deutschland Geflüchteten gesucht haben. Schließlich mag es auch eine inzwischen differenziertere Sicht bei den Befragten mit Kontakt sein, in der die eigenen überwiegend positiven Erfahrungen mit diesen Menschen weniger als Gegenüber zu den Sorgen fungieren.



In Richtung dieser Interpretationsmöglichkeiten könnte das Ergebnis weisen, dass bei den Befragten mit eigenen Erfahrungsbewertungen mehrere Sorgen erheblich stärker für eine skeptischere Perspektive zu veranschlagen sind, als dies noch im November 2015 der Fall war: Dass es für einkommensschwache Menschen immer schwieriger wird, eine bezahlbare Wohnung zu finden, dass viele dieser Menschen keinen Arbeitsplatz finden, dass die muslimische Kultur unseren Alltag dominieren wird, und dass die Zahl der extremistischen Muslime steigt.

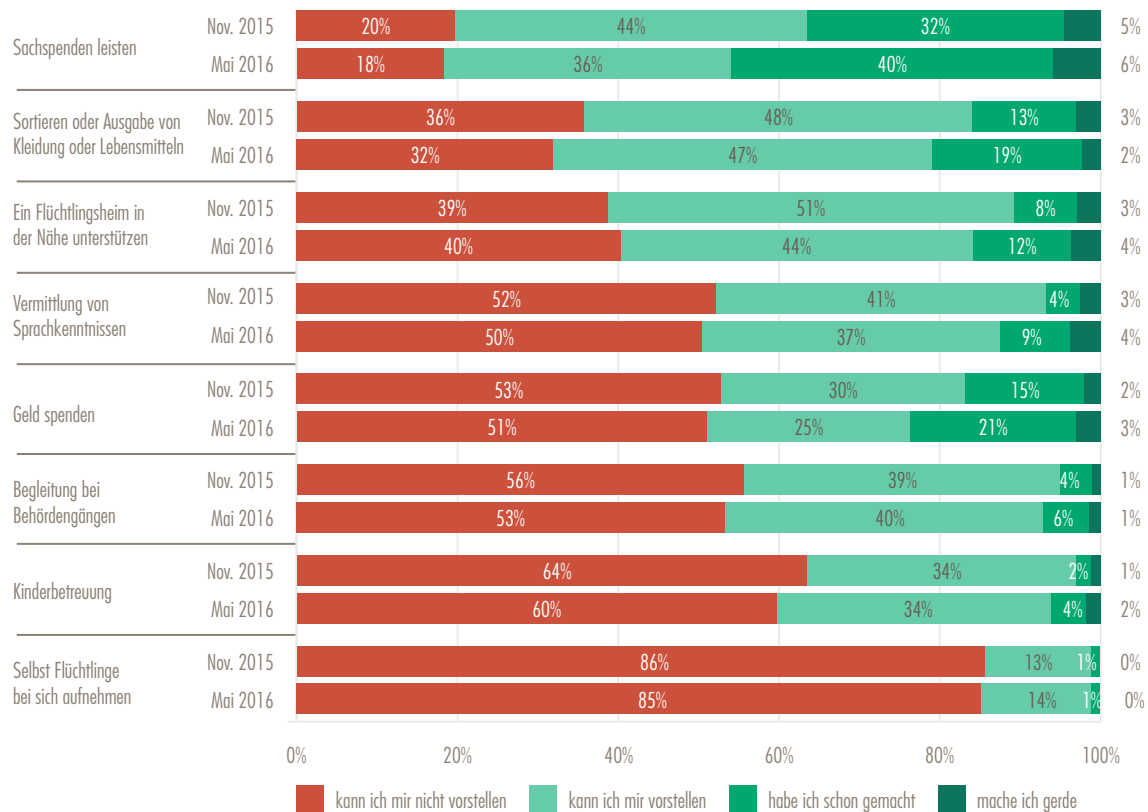
Im Vergleich zum Ergebnis der ersten Befragungswelle unverändert ist im Mai 2016 nur die bei beiden Teilgruppen der Befragten praktisch deckungsgleiche Relevanz der Sorge, dass Behörden und Polizei die Situation nicht bewältigen – allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau. Zu ergänzen ist an dieser Stelle, dass sich daran auch im August 2016 – nun allerdings wieder auf höherem Niveau – nichts geändert hat.²⁴

²⁴ Beta-Wert für Befragte mit Erfahrungen (inklusive Erfahrungsbewertungen): -0,348; für Befragte ohne Erfahrungen: -0,350.

6 Engagement für Flüchtlinge noch angestiegen

Das Engagement für Flüchtlinge wurde mit der Frage erhoben „Haben Sie sich in den letzten Jahren schon einmal auf folgende Weisen für Flüchtlinge eingesetzt oder können Sie sich vorstellen, das zu tun?“²⁵ Diese eher weite Formulierung wurde bewusst gewählt, da im Herbst letzten Jahres davon auszugehen war, dass viele Menschen von sich aus spontan ihre Hilfe angeboten haben, auch ohne dabei strukturell eingebunden zu sein, wie zum Beispiel in eine Hilfsorganisation, einen Verein oder ein Projekt.

Haben Sie sich in den letzten Jahren schon einmal auf folgende Weisen für Flüchtlinge eingesetzt oder können Sie sich vorstellen, das zu tun?



Abweichungen von 100% durch Rundung der Werte; Aktuelles Engagement: Nov. 2015 10,9%; Mai 2016 11,9%; oh. Geld- u. Sachspenden: Nov. 2015 7,3%; Mai 2016 8,7%

²⁵ Im Unterschied zu anderen Befragungen, wie etwa dem Freiwilligensurvey verzichtet diese Frage auf die Voraussetzung, dass dieser Einsatz im Rahmen einer ehrenamtlich ausgeübten Funktion erfolgt oder an Vereine, Initiativen, Projekte oder Selbsthilfegruppen gebunden ist. Vgl. BMFSFJ, 2016, 30f.

Die Ergebnisse fielen beeindruckend aus. Insgesamt setzten sich bundesweit 10,9 Prozent der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren aktuell für die Geflüchteten ein. Lässt man die besonders häufig geleisteten Sach- und die Geldspenden außen vor, so engagierten sich immer noch 7,3 Prozent in der einen oder anderen Weise. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass die Antwortvorgaben gewiss nicht alle Formen der konkreten Einsatzmöglichkeiten abdecken²⁶: Neben den Sach- und Geldspenden wurden sechs Einsatzfelder abgefragt (siehe Grafik). Immerhin 0,2 Prozent der Befragten gaben sogar an, selbst Flüchtlinge bei sich aufzunehmen. Grob hochgerechnet ergibt sich daraus, dass in dieser Zeit etwa 140.000 Menschen (ab 15 Jahren) eine so weitgehende Hilfe geleistet haben.²⁷

Manche vermuteten, dass dieses große Engagement auf eine anfängliche Welle der Hilfsbereitschaft begrenzt bleiben würde. Die Ergebnisse für Mai 2016 zeigen jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Vielmehr ist das aktuelle Engagement angestiegen auf insgesamt 11,9 beziehungsweise 8,7 Prozent (ohne Berücksichtigung von Geld- oder Sachspenden) der Befragten. Und selbst für die Aufnahme von Flüchtlingen kann mit inzwischen 0,3 Prozent noch ein Plus verzeichnet werden.

Bemerkenswert ist, dass Geldspenden – ihnen wird ja häufig eine entlastende Funktion für das ‚soziale Gewissen‘ beigemessen – keineswegs zu den vorrangigen Formen der aktuellen Unterstützung von Flüchtlingen zählen. Hier stehen, wie bereits angemerkt, die Sachspenden an vorderster Stelle. Hinzu kommt, dass die Mehrheit ihr Engagement eben nicht auf diese beiden Möglichkeiten beschränkt, sondern mit dem persönlichen Einsatz darüber hinausgeht. Es sind nur 3,3 (November 2015) beziehungsweise 3,9 Prozent (Mai 2016) der Befragten, die ausschließlich Geld- oder Sachspenden leisten.

Auch die Bereitschaft, sich für Flüchtlinge einzusetzen, ist nach wie vor sehr hoch: Insgesamt können sich in beiden Befragungswellen jeweils etwa drei Viertel der Befragten ein Engagement in dem einen oder anderen Bereich (ohne Berücksichtigung von Geld- oder Sachspenden) vorstellen. Zwar scheint diese Bereitschaft in einigen Bereichen abgesunken zu sein. Dies ist jedoch auf die Zuwächse bei den aktuell Engagierten bzw. denen, die bereits Hilfe geleistet haben, zurückzuführen.

Unbeschadet des insgesamt beeindruckenden Engagements und der hohen Bereitschaft der Bevölkerung, sich für Flüchtlinge einzusetzen: Aus den Ergebnissen lässt sich eine beachtliche Fluktuation in den verschiedenen Einsatzfeldern ableiten. Die Anteile derjenigen, die „habe ich schon gemacht“ angeben, sich aktuell also nicht mehr engagieren, liegen im Mai 2016 fast durchweg höher als im November 2015 – in den Bereichen Vermittlung von Sprachkenntnissen und Kinderbetreuung sind sie sogar um mehr als das Doppelte auf 8,7 beziehungsweise 4,4 Prozent gestiegen. Diese Abgänge werden aber ganz offensichtlich durch neu hinzugekommene Engagierte insgesamt mehr als ausgeglichen.

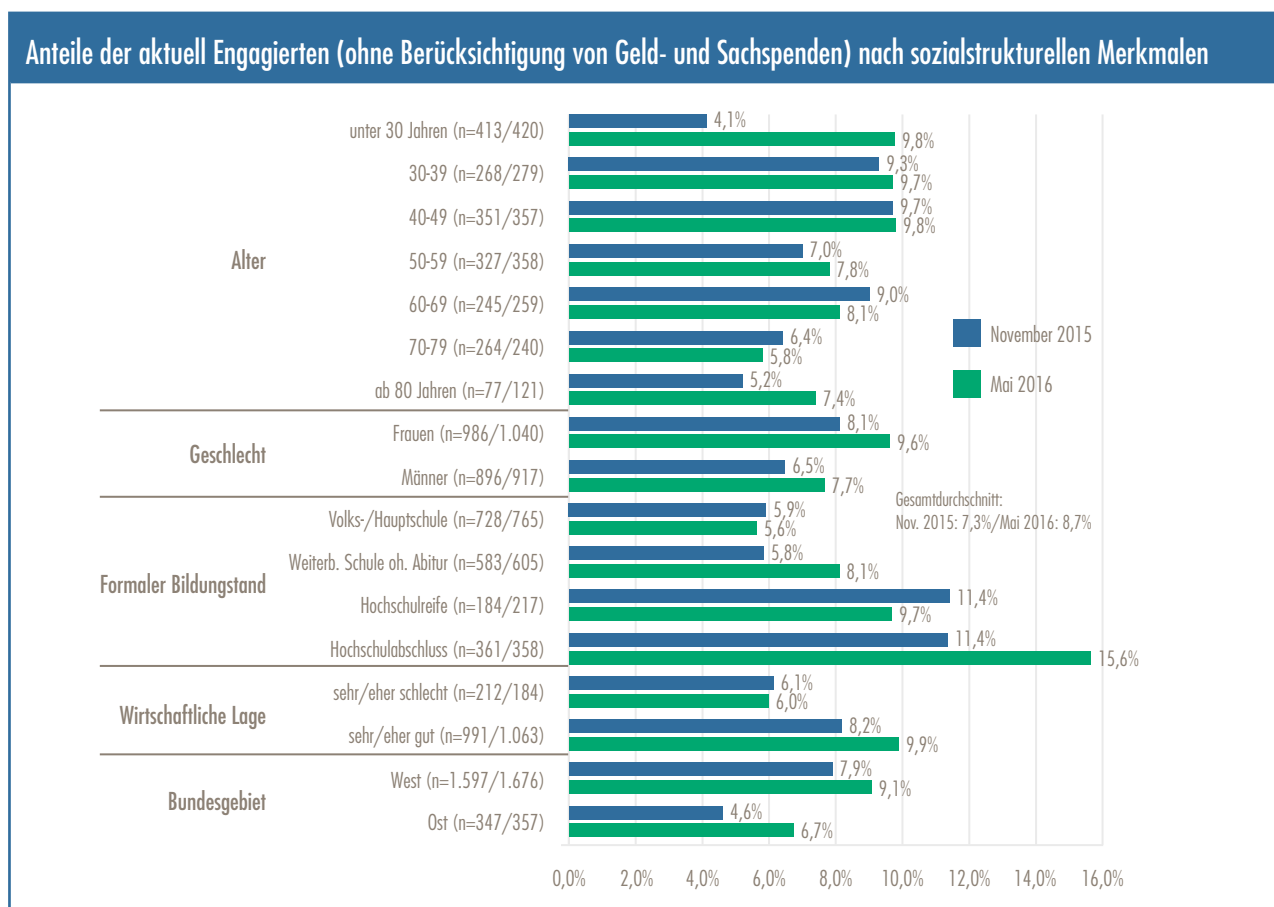
²⁶ Eine weitaus feinere und weiterreichende Differenzierung von Tätigkeiten findet sich in der Online-Umfrage unter ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierten, die vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung 2015 durchgeführt wurde. Abgesehen von Koordinations- und Vernetzungsaufgaben, die für die Ehrenamtlichen selbst hohe Bedeutung haben, sind in unserer kurzen Liste immerhin die besonders verbreiteten Einsatzfelder vertreten. Vgl. Karakayali, Serhat / Kleist, J. Olaf, 2016, 24.

²⁷ Datengrundlage Statistisches Bundesamt; Basis: Bevölkerung ab 15 Jahren 2015 (70.510.814).

Soziale Lage gewichtiger Faktor beim Engagement

Der formale Bildungsstand der Befragten spielt eine geradezu herausragende Rolle für das Engagement. Das geht aus der Aufgliederung der Ergebnisse nach sozialstrukturellen Merkmalen hervor: Unter seiner Berücksichtigung variieren die Anteile der Engagierten nämlich besonders breit. Und dieser Effekt hat sich im Mai 2016 noch erheblich verstärkt. Das liegt in erster Linie daran, dass vor allem die Hochschulabsolventen ihr Engagement inzwischen noch erheblich gesteigert haben: Von den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss setzen sich aktuell 5,6 Prozent ein, von denen mit Hochschulabschluss sind es 15,6 Prozent; das ist fast das Dreifache.²⁸

Gleichzeitig fallen die Abweichungen nach (subjektiver) wirtschaftlicher Lage beträchtlich aus. Hier sind es die wirtschaftlich besser Gestellten, die sich überproportional für die Flüchtlinge einsetzen und dies inzwischen noch häufiger tun (9,9 %) – im Unterschied zu den wirtschaftlich schlechter Gestellten (6,0 %). Zusammen mit den Ergebnissen zum Bildungsstand muss demnach die soziale Lage als entscheidender Faktor beim Engagement für Flüchtlinge betrachtet werden.



²⁸ Auch andere Studien zum zivilgesellschaftlichen Engagement arbeiten beträchtliche Bildungsunterschiede heraus; zuletzt der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Vgl. BMFSFJ, a.a.O., 439. Allerdings haben solche Größenordnungen in der Gesamtbetrachtung des Engagements zumindest Seltenheitswert, beschränken sich zumeist auf besonders bildungsaffine Einsatzbereiche.

Des Weiteren setzen sich die Jüngeren bis hin zu denen in der Lebensmitte überdurchschnittlich ein, wobei auch hier die Bildung eine Rolle spielt²⁹: Höhere formale Bildungsabschlüsse sind in den jüngeren Generationen – anders als bei den Älteren – mittlerweile eine Normalität. Eine sehr auffällige Steigerung lässt sich bei den unter 30-Jährigen ausmachen – von etwa vier auf 9,8 Prozent. Ein genauerer Blick zeigt, dass dieser Effekt auf die Teilgruppe der 20- bis 29-Jährigen zurückzuführen ist (November 2015: 2,2 %, Mai 2016: 11,0%). Offenbar hat ihr Engagement häufig erst mit einer zeitlichen Verzögerung eingesetzt.

Einen annähernd spiegelbildlichen Befund ermittelt die bereits angesprochene quantitative Befragung unter Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit, die im November und Dezember 2015 durchgeführt wurde: Hier war der Anteil der unter 30-Jährigen im Vergleich zum gleichen Zeitraum in 2014 drastisch gesunken. Außerdem wurde ein erheblicher Rückgang der Studierenden beobachtet.³⁰ Möglicherweise stellt sich also auch für unsere Untersuchung eher die Frage, wie es zu dem in dieser Altersgruppe besonders niedrigen Anteil Engagierter im November 2015 gekommen ist.

Das Engagement der Älteren ab 70 Jahren fällt niedriger als bei den anderen Altersgruppen aus. Allerdings ist hier der umgekehrte Bildungseffekt zu beachten: Höher Gebildete sind unter ihnen vergleichsweise selten anzutreffen. Umso mehr Beachtung verdient der deutliche Zuwachs an Engagierten bei den Ältesten, den mindesten 80-Jährigen: Im Mai 2016 geben 7,4 Prozent von ihnen an, sich auch abgesehen von Sach- oder Geldspenden auf die eine oder andere Weise für Flüchtlinge einzusetzen – selbst die Bereiche Vermittlung von Sprachkenntnissen und Unterstützung bei Behördengängen sind darunter vertreten.

Frauen engagieren sich häufiger als Männer. Entsprechende Ergebnisse ermittelt auch der Freiwilligensurvey, sofern es sich um Tätigkeiten im sozialen Bereich, in den Bereichen Schule und Kindergarten, Kirche und Religion oder Gesundheit handelt. In den anderen Feldern stellen sich die Relationen jedoch zumeist umgekehrt dar, was zu einer insgesamt geringeren Engagementquote bei Frauen führt.³¹ Es liegt nahe, gendergebundene Affinitäten – wie die eher weibliche Fürsorge für andere – auch beim Einsatz in der Flüchtlingsarbeit anzunehmen.³² Immerhin: Die im Zeitvergleich sichtbare Steigerung des Engagements gilt für Frauen und Männer gleichermaßen.

Schließlich ergeben sich beträchtliche Abweichungen zwischen westlichem und östlichem Bundesgebiet: Die Befragten im Osten engagieren sich seltener. Allerdings hat bei ihnen das Engagement stärker zugenommen als im Westen, so dass sich der Abstand im Mai 2016 mit 6,7 (Ost) beziehungsweise 9,1 Prozent (West) aktuell Engagierten verringert hat. Der Freiwilligensurvey zeigt eine dem weitgehend entsprechende Relation der Engagementquoten in Ost und West, und das für alle vier der seit 1999 durchgeführten Erhebungswellen.³³ Von daher darf das geringere Engagement im Osten nicht einfach auf die hier skeptischere Perspektive zur Aufnahme von Flüchtlingen zurückgeführt

²⁹ Korrelationskoeffizient (Kendall-Tau-b): -0,256.

³⁰ Vgl. Karakayali, Serhat/Kleist, J. Olaf, a.a.O., 13f.

³¹ Vgl. BMFSFJ, a.a.O., 97, 116, 122ff.

³² Dies unterstreichen auch die Ergebnisse der Umfrage unter Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit. Allerdings mag die dort mit drei Vierteln besondere Dominanz von Frauen zum Teil auch der Stichprobengewinnung geschuldet sein. Die nicht repräsentative Online-Befragung stützt sich auf die Vermittlung ehrenamtlich Tätiger durch Organisationen und Initiativen, die in der Flüchtlingsarbeit aktiv sind. Vgl. Karakayali, Serhat/Kleist, J. Olaf, a.a.O., 5. In unserer Stichprobe ergibt sich bei den aktuell Engagierten eine Relation von 56 bzw. 57 Prozent Frauen zu 44 bzw. 43 Prozent Männern.

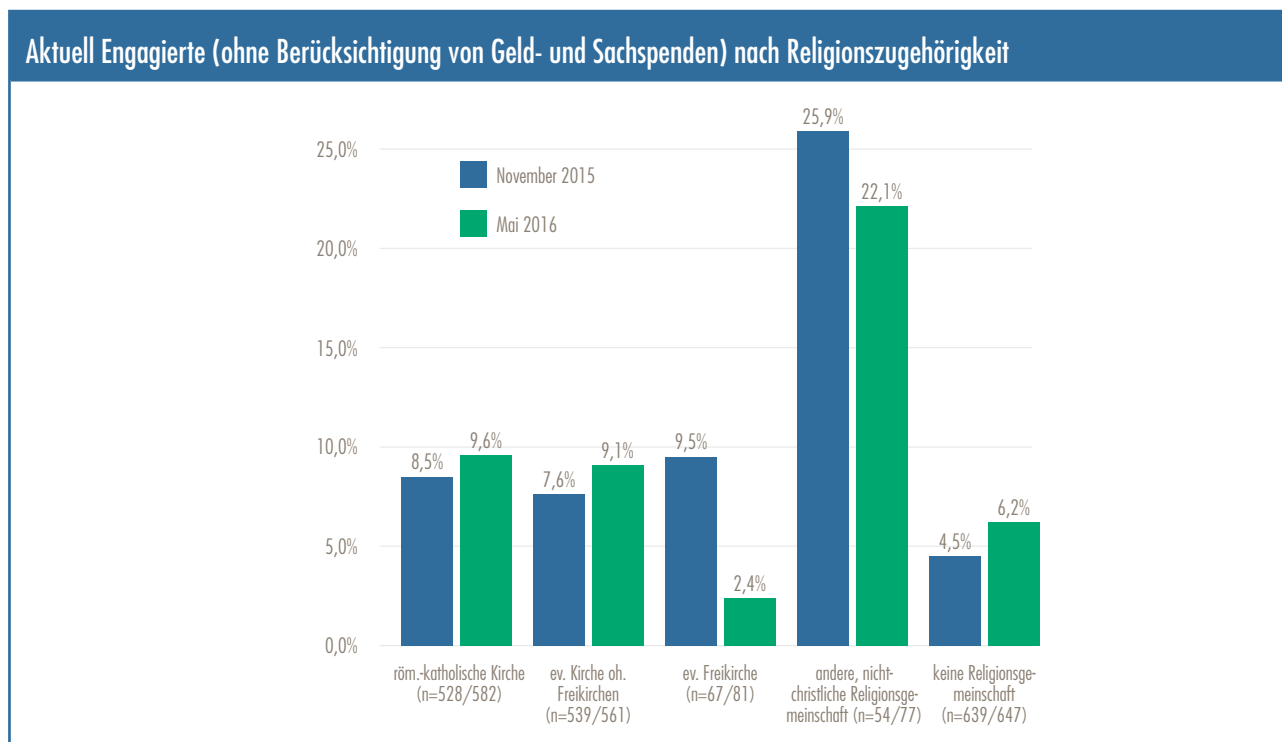
³³ Vgl. BMFSFJ, a.a.O., 563.

werden. Vielmehr ist der Einsatz der Engagierten im östlichen Bundesgebiet gerade angesichts der hier skeptischeren Stimmungslage bemerkenswert, weil er weniger auf soziale Anerkennung rechnen kann.

Religionszugehörige häufiger engagiert

Normalerweise sind es Evangelische und Katholiken, die am häufigsten ehrenamtlich beziehungsweise freiwillig tätig sind – mit geringem Abstand belegen die Evangelischen dabei den ersten Platz. Konfessionslose und insbesondere Muslime stehen deutlich dahinter zurück.³⁴

Im Vergleich zu den Konfessionslosen sind die Mitglieder der beiden großen Konfessionen beim Einsatz für Flüchtlinge in unserer Befragung ebenfalls erheblich häufiger engagiert. Hier stehen die Katholiken mit geringem Abstand an vorderster Position. Es sind jedoch die Zugehörigen nicht-christlicher Religionsgemeinschaften, zumeist Muslime, die sich im Feld der Flüchtlingsarbeit weitaus stärker als alle anderen engagieren. Zwar erlauben die niedrigen Fallzahlen keine Verwendung der genauen Prozentwerte, doch die Abweichungen zu den anderen Teilgruppen sind hoch signifikant.³⁵



34 Vgl. Seidelmann, 2012, 12ff. Laut Freiwilligensurvey 2014 engagieren sich 49,4 % der Evangelischen, 48,6 % der Katholiken, 36,2 % der Konfessionslosen und 26,5 % der Muslime. Vgl. BMFSFJ, a.a.O., 239.

35 Signifikante Unterschiede mit Chi-Quadrat-Tests (Werte zwischen 11 und 17, $p \leq 0,001$) ermittelt.

Zum Teil mag dieses Ergebnis mit der gewählten Frageformulierung zusammenhängen, die auf eine strukturelle Verankerung des Einsatzes in diesem Feld verzichtet hat. Diese ist bei den Mitgliedern der beiden großen Konfessionen weitaus stärker.³⁶ Vielleicht kommt hier aber auch die eigene Migrationserfahrung oder die nahestehender Angehöriger zum Tragen. Sie könnte die Unterstützung der aktuell geflüchteten Menschen fördern, die in einem zunächst fremden Land angekommen sind.

Bei den Mitgliedern evangelischer Freikirchen ist zwar prozentual ein auffälliger Rückgang der Engagierten im Mai 2016 zu erkennen. Hier mögen Vermutungen über zunehmende Abgrenzungen gegen die überwiegend muslimischen Flüchtlinge naheliegen. Wegen der geringen Fallzahl erreicht dieser Unterschied jedoch keine statistische Signifikanz.

Abgesehen davon fallen die Anteile der Engagierten bei den Konfessionslosen mit Abstand am niedrigsten aus. Damit steht die Frage im Raum, inwieweit die Bindung an eine Religionsgemeinschaft für das Engagement zu veranschlagen ist. Im Blick auf die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft sprechen die Ergebnisse dafür, dass es tatsächlich diese Bindung ist, die eine positive Rolle spielt. Andere Studien zeigen, dass dieser Effekt offensichtlich nicht auf das Engagement für Flüchtlinge begrenzt ist.³⁷

Gerade das besonders häufige Engagement der Zugehörigen nicht-christlicher Religionen könnte darauf hindeuten, dass außerdem die subjektive Verbundenheit mit der eigenen Religionsgemeinschaft von Bedeutung ist. Zudem liegen die Werte bei den Evangelischen, die sich im Vergleich immer wieder als kirchlich weniger stark verbunden ausweisen, etwas niedriger als bei den anderen Religionszugehörigen.

Tatsächlich aber ergibt sich, dass dieses Gefühl der Verbundenheit³⁸ ausschließlich bei den Evangelischen zu Buche schlägt: Die Engagierten unter ihnen fühlen sich signifikant stärker mit ihrer Kirche verbunden als die aktuell nicht Engagierten.³⁹ Weder bei Katholiken noch bei den Zugehörigen nicht-christlicher Religionen lässt sich die leichte Tendenz in diese Richtung nachweisen.

Entsprechende Ergebnisse wurden in einer aufwändigeren Analyse zum allgemeinen Engagement mit Daten des Sozioökonomischen Panels ermittelt. Danach scheinen es die evangelischen Gemeinden zu sein, die über ihre im Vergleich ‚horizontalere Organisation auch einen besonders fruchtbaren Nährboden für soziales Engagement und Beteiligung‘ bieten.⁴⁰ Wer in das Gemeindeleben eingebunden ist und sich – deshalb – stärker mit der Kirche verbunden fühlt, engagiert sich auch häufiger. Oder, wie es die kirchliche Sonderauswertung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD zum dritten Freiwilligensurvey formuliert: „Kirche ist nicht nur Plattform, sondern auch Motor zivilgesellschaftlichen Einsatzes“.⁴¹

36 Vgl. ebd. 239f.

37 Vgl. Seidelmann, ebd.; Pickel, 2015, 286f.

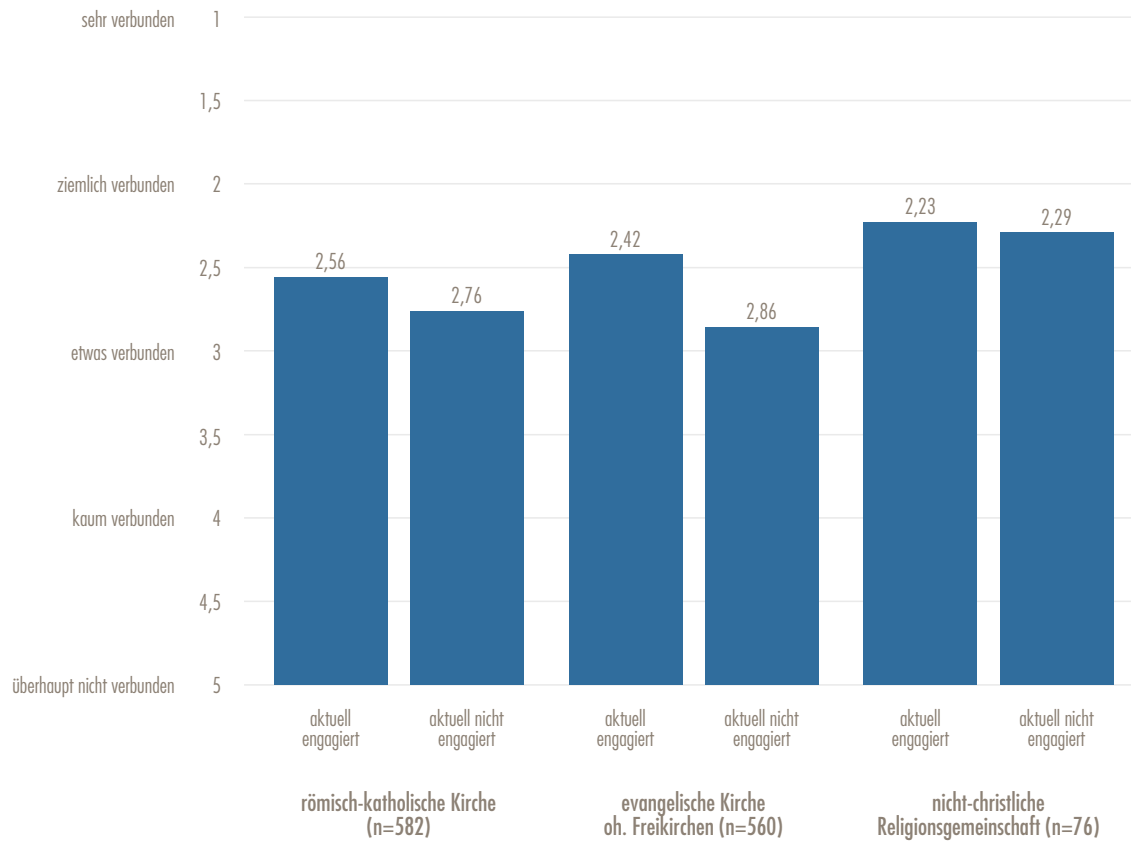
38 Die Frage lautete: „Wie verbunden fühlen Sie sich mit Ihrer Religionsgemeinschaft?“

39 T-Test: T-Wert: 2,55, p=0,01.

40 Traunmüller, 2008, Tabellen: 3, 20f.

41 So Gerhard Wegner im Vorwort zu Seidelmann, a.a.O., 7.

Mai 2016: Aktuelles Engagement nach Verbundenheit mit der eigenen Religionsgemeinschaft (Arithmetische Mittelwerte)



7 Wie sich die evangelische Kirche verhalten sollte

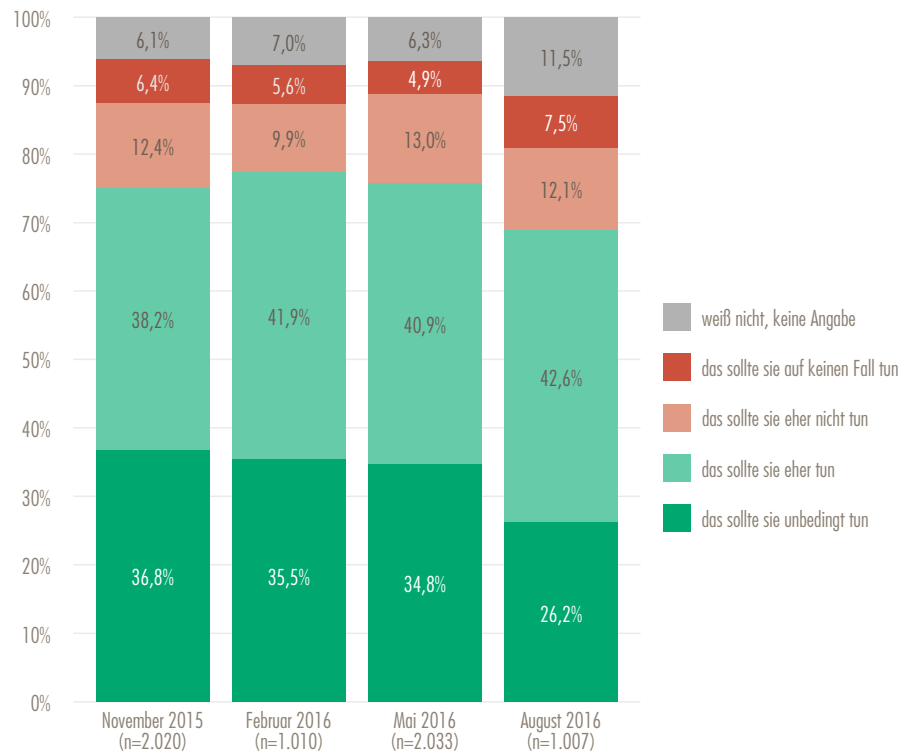
Ob und wie sich die evangelische Kirche aus Sicht der Bevölkerung für Flüchtlinge einsetzen, und sich darüber hinaus im Kontext eines interreligiösen Dialogs positionieren sollte, wurde im November 2015 und Mai 2016 erhoben. Für die in diesem Zusammenhang unter anderem gestellte Frage „Sollte sich die evangelische Kirche für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen?“ liegen Ergebnisse aus allen vier Befragungswellen vor.

Im Gesamtbild findet das Engagement der Kirche für die Flüchtlinge eine überaus breite Unterstützung in der Bevölkerung: Die Kirche soll sich für die Aufnahme der Flüchtlinge einsetzen und auch eigene Ressourcen dafür zur Verfügung stellen. Allerdings lässt sich in der Kurzbefragung im August 2016 eine Abschwächung dieser positiven Resonanz nachweisen. Es ist nicht auszuschließen, dass davon auch die anderen, im August nicht nachgefragten kirchlichen Verhaltensausrichtungen betroffen sind.

Position zur Aufnahme von Flüchtlingen

Im November 2015 votierten drei Viertel der Bevölkerung dafür, dass sich die evangelische Kirche für die Aufnahme der Flüchtlinge einsetzen soll. An diesem großen Zuspruch für die Position der evangelischen Kirche hat sich bis Mai 2016 nichts geändert. Für sich betrachtet fällt die Unterstützung dieser Position auch im August 2016 mit mehr als zwei Dritteln beeindruckend aus. Im Zeitvergleich ergibt sich daraus jedoch, dass die Zustimmung nachgelassen hat, und zwar in erster Linie zugunsten einer gewachsenen Unsicherheit: Fast zwölf Prozent können oder wollen sich dazu nicht äußern. Zudem ist in dieser jüngsten Befragungswelle erstmals auch der Anteil derjenigen gestiegen, die sich sogar entschieden gegen einen Einsatz der Kirche für die Aufnahme von Flüchtlingen aussprechen (auf 7,5%). Diese Abweichungen weisen wohl weniger auf veränderte Erwartungen an die gesellschaftspolitische Rolle der Kirche hin, als vielmehr auf eine veränderte Haltung zur Flüchtlingsaufnahme selbst.

„Sollte sich die evangelische Kirche für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen?“



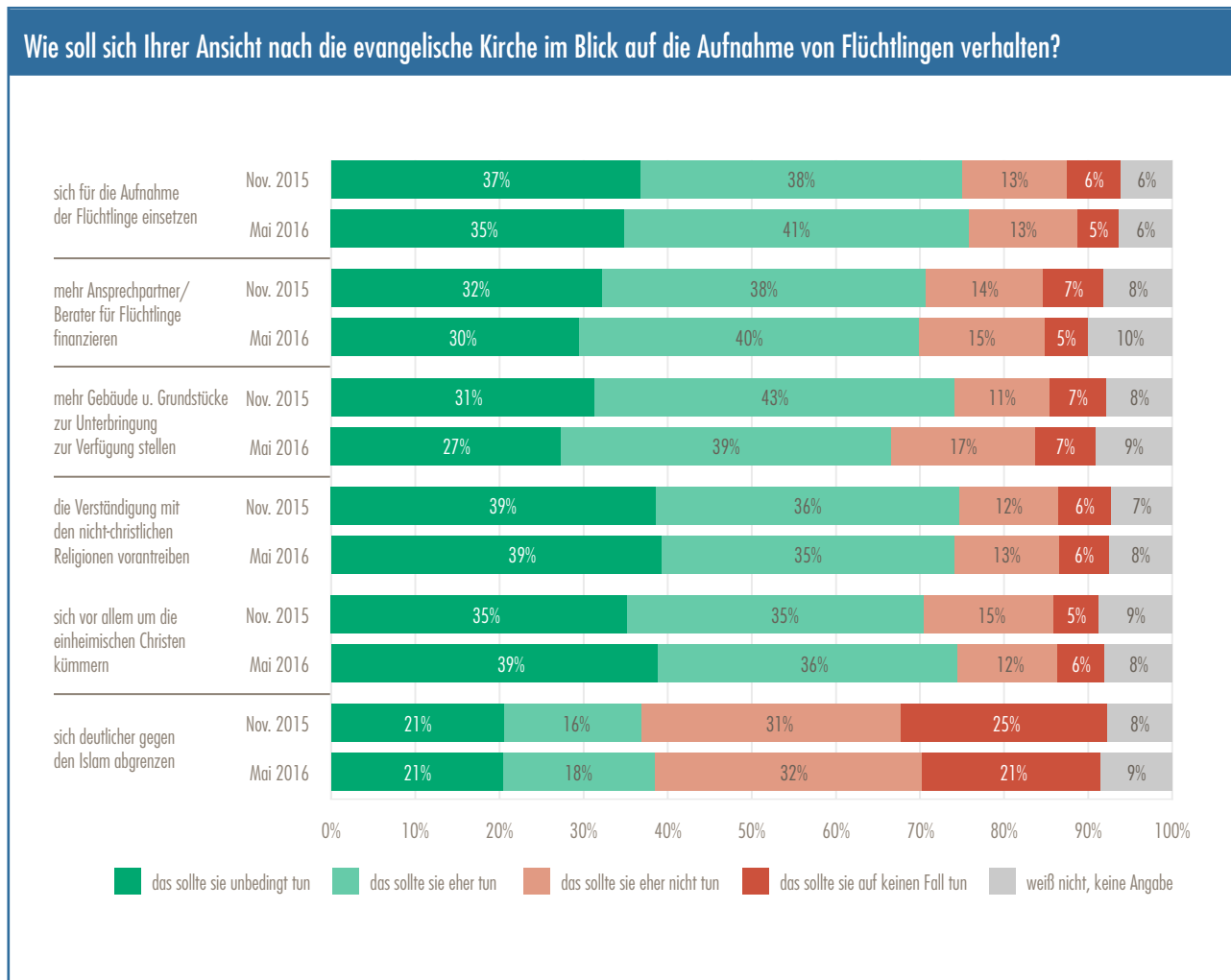
Gemessen an der intensiv geführten öffentlichen Debatte über eine Begrenzung der Zugangszahlen Geflüchteter nach Deutschland ist das inzwischen knappe Fünftel, das sich in dieser Richtung äußert, immer noch relativ klein. Zusammen mit der deutlich gestiegenen Unsicherheit scheinen sich inzwischen aber doch erkennbare Spuren dieser Debatte in der Bevölkerung abzuzeichnen, wozu die Anschläge im Juli 2016 beigetragen haben mögen.

Kaum veränderte Erwartungen zwischen November 2015 und Mai 2016

Der im November 2015 wie im Mai 2016 unverändert große Zuspruch dafür, dass sich die Kirche für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen soll, ist bereits angesprochen worden. Weitgehend deckungsgleich fallen die Ergebnisse aus, wenn es um die Bereitstellung kirchlicher Ressourcen zur Unterstützung der Geflüchteten geht – sieht man einmal von dem eher leichten Rückgang der positiven Voten bei kirchlichen Gebäuden und Grundstücken für die Unterbringung ab, der sich im Mai 2016 zeigt: Er ist unschwer in Verbindung zu bringen zu den in dieser Zeit schon seit längerem nur noch geringen Zahlen von neu ankommenden Flüchtlingen zu bringen.

Eine gleichbleibend hohe Zustimmung findet im November 2015 und im Mai 2016 auch die Frage nach der Verständigung mit den nicht-christlichen Religionen.

Dabei gilt, dass alle bisher genannten Verhaltensorientierungen der evangelischen Kirche zusammen ein Orientierungsmuster bilden⁴²: Wer der Auffassung ist, dass sich die Kirche für die Aufnahme der Flüchtlinge einsetzen soll, vertritt auch die Meinung, dass sie eigene Ressourcen zur Unterstützung einsetzen und die Verständigung mit den nicht-christlichen Religionen vorantreiben soll – und umgekehrt.



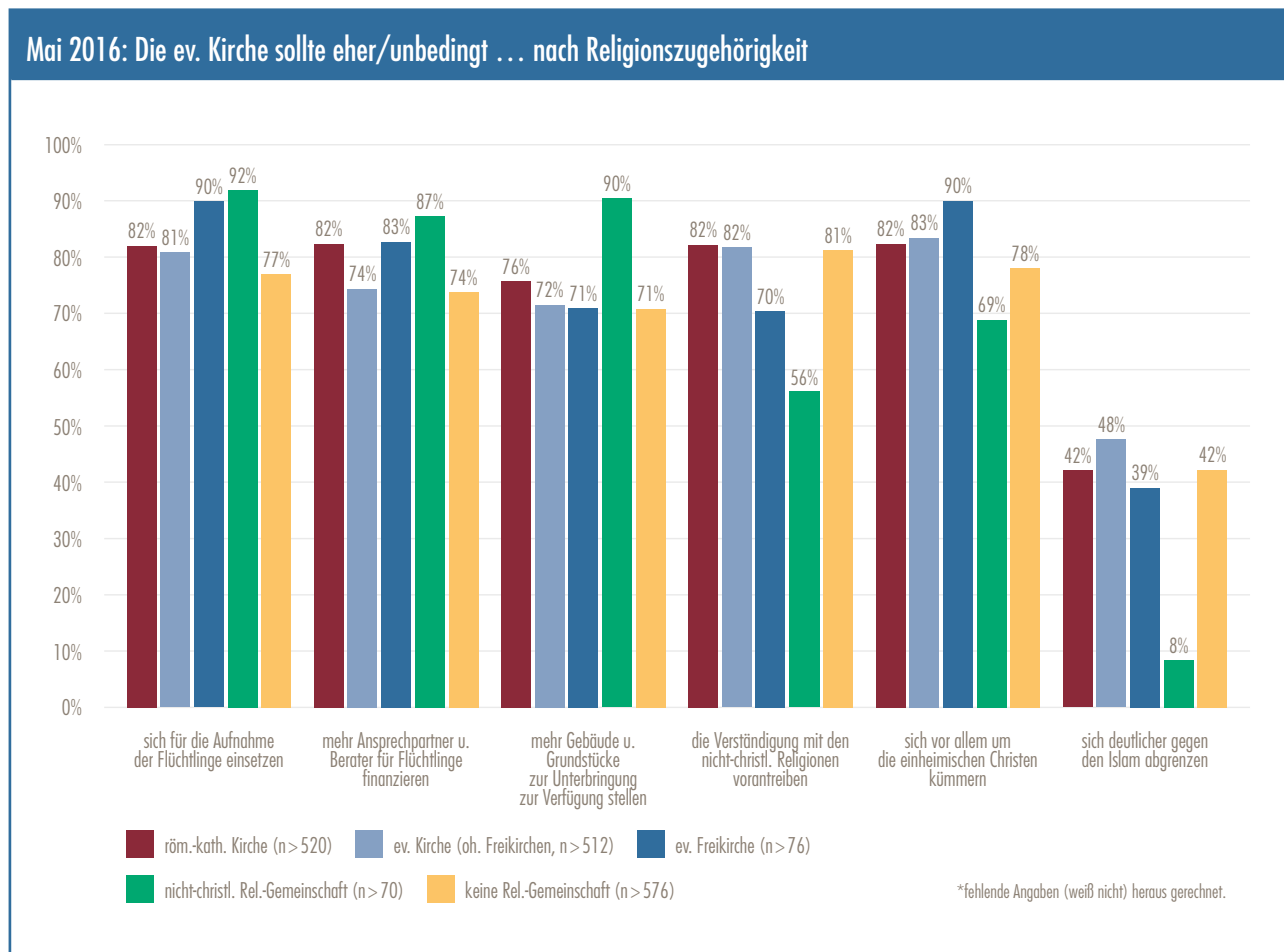
Genauso breit fällt aber auch die Zustimmung zur Aussage aus, dass sich die evangelische Kirche vor allem um die einheimischen Christen kümmern soll. Und sie ist im Mai 2016 noch etwas gewachsen. Zu denken gibt insbesondere, dass diese Haltung zusammen mit dem Wunsch, dass sich die Kirche stärker gegen den Islam abgrenzen soll, ein zweites Orientierungsmuster bildet: Beide koppeln eng aneinander an. Zwar spricht sich im Unterschied zu allen sonstigen Antwortvorgaben nur eine Minderheit für eine Abgrenzung gegen den Islam aus. Jedoch erreicht

⁴² Eine Faktorenanalyse über alle vorgegebenen Antwortmöglichkeiten ermittelt jeweils zwei im November 2015 und Mai 2016 identische Orientierungsmuster (Faktoren) mit einer Varianzaufklärung von 65 % bzw. 64 %.

sie mit 37 Prozent im November 2015 und 39 Prozent im Mai 2016 einen beachtlichen Anteil. Immerhin: Viele derjenigen, die der Kirche die Aufgabe zuweisen, sich um die einheimischen Christen zu kümmern, sind gleichzeitig auch dafür, dass sie sich für die Flüchtlinge einsetzt: Die Kirche soll beides tun. Wer allerdings für eine Abgrenzung gegen den Islam votiert, spricht sich auch (eher) gegen eine kirchliche Unterstützung der Geflüchteten aus.

Abweichende Haltungen nach Religionszugehörigkeit

Der Vergleich nach Religionszugehörigkeit⁴³ weist zum Teil durchaus überraschende Abweichungen aus: Beim Einsatz der evangelischen Kirche für die Aufnahme von Flüchtlingen stehen trotz jeweils hoher Zustimmungsraten von etwas mehr als vier Fünfteln nicht die Mitglieder der beiden großen Konfessionen an vorderster Stelle, sondern die evangelischer Freikirchen sowie die Zugehörigen nicht-christlicher Religionen.



43 Für die Aufgliederung der Antworten zu den verschiedenen Aussagen im Mai 2016 nach Religionszugehörigkeit wurden die fehlenden Angaben heraus gerechnet. Deshalb ergeben sich hier etwas abweichende Zustimmungquoten. Wegen relativ kleiner Fallzahlen sind die Prozentwerte bei den Mitgliedern evangelischer Freikirchen und den Zugehörigen nicht-christlicher Religionen (zu drei Vierteln Muslime) mit Vorsicht zu behandeln.

Unter den Konfessionslosen fällt der Zuspruch zwar weniger überragend aus, mit mehr als drei Vierteln aber doch sehr deutlich. Hier schlagen sich vor allem Unterschiede zwischen westlichem (80,2 %) und östlichem Bundesgebiet (71,6 %) nieder.

Wenn es um die Bereitstellung von Ressourcen für die Unterstützung der Geflüchteten geht, ist die positive Resonanz der Katholiken noch etwas breiter als bei den Evangelischen. Vielleicht spielt hier hinein, dass es nicht die Ressourcen der eigenen sondern die der evangelischen Kirche sind, die für die Unterstützung eingesetzt werden sollen.

Es verwundert kaum, dass die zumeist muslimischen Zugehörigen der nicht-christlichen Religionen bei der Unterstützung der – ebenfalls zumeist muslimischen – Geflüchteten an vorderster Stelle stehen. Allerdings: Die Mitglieder evangelischer Freikirchen stehen ihnen zumindest bei der Finanzierung von Ansprechpartner_innen und Berater_innen kaum nach.

Besonders eindruckliche Ergebnisse zeigen sich bei der Aussage zur Verständigung mit den nicht-christlichen Religionen: Die Mitglieder der beiden großen Konfessionen sowie die Konfessionslosen wünschen sich zu mehr als vier Fünfteln, die der evangelischen Freikirchen zu immerhin 70 Prozent, dass diese Verständigung vorangetrieben wird. Bei den Zugehörigen nicht-christlicher Religionen votiert jedoch nur etwas mehr als die Hälfte dafür: Auf ihrer Seite sind die Meinungen zur wechselseitigen Verständigung also eher geteilt. Zwar gilt es hier die recht kleinen Fallzahlen zu beachten. Doch erweist sich dieser Unterschied zu den Mitgliedern der beiden großen Konfessionen sowie zu den Konfessionslosen als hoch signifikant, selbst die Abweichung zu den Mitgliedern evangelischer Freikirchen verpasst wegen der bei ihnen ebenfalls geringen Fallzahlen den statistischen Nachweis nur knapp.⁴⁴

Schließlich: Häufig begegnet man der Vermutung, dass eine abgrenzende Haltung gegen den Islam vor allem unter Mitgliedern evangelischer Freikirchen verbreitet sei, weil diese eher für eine christlich-fundamentale Positionierung stehen. In unserer Befragung belegen bei dieser Einstellung im Mai 2016 aber die Evangelischen aus den Landeskirchen mit immerhin 48 Prozent den ersten Platz.

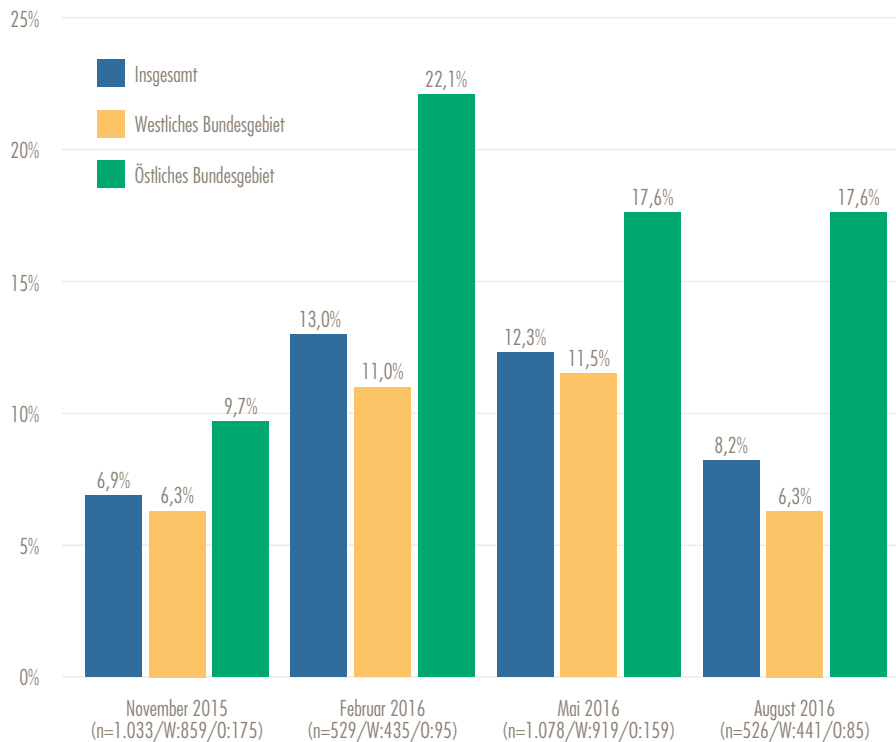
Exkurs zur Abgrenzung gegen den Islam: Spielt die Religionszugehörigkeit bei der Parteipräferenz „AfD“ eine Rolle?

Die offene Frage zur Parteipräferenz („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“) wurde in allen vier Befragungswellen gestellt. Zunächst gilt es hervorzuheben, dass über den gesamten Zeitraum hinweg diejenigen, die dies (noch) nicht zu sagen wissen, mit 29 beziehungsweise 31 Prozent den größten Anteil stellen. Rechnet man sie und die nach eigenen Angaben bereits entschiedenen Nichtwähler (zwischen 8 und 11 %) sowie die wenigen, die angeben, nicht wahlberechtigt zu sein (maximal 1,5 %), heraus, ergeben sich auch im Blick auf die Bundestagswahl hohe Anteile für die AfD.⁴⁵

44 T-Tests: T-Werte zwischen 3,8 und 5,2, $p=0,000$; bei Mitgliedern evangelischer Freikirchen: T-Wert=1,8, $p=0,075$.

45 Vgl. auch Kroh, Martin/Fetz, Karolina, 2016, 711-719.

Parteipräferenz „AfD“ für Bundestagswahl im Zeitvergleich



Dabei sind die Abweichungen zwischen Ost und West wie zu erwarten sehr groß. Die höchsten Werte werden – jedenfalls im östlichen Bundesgebiet – im Februar 2016 (22,1 %) erreicht. Zu dieser Zeit war hier auch die skeptische Stimmung zu den Herausforderungen durch die Aufnahme von Flüchtlingen besonders stark verbreitet.⁴⁶ Im Westen liegt der bis Mai 2016 auf 11,5 Prozent gestiegene Anteil im August wieder auf dem erheblich niedrigeren Niveau vom November 2015 (6,3 %).

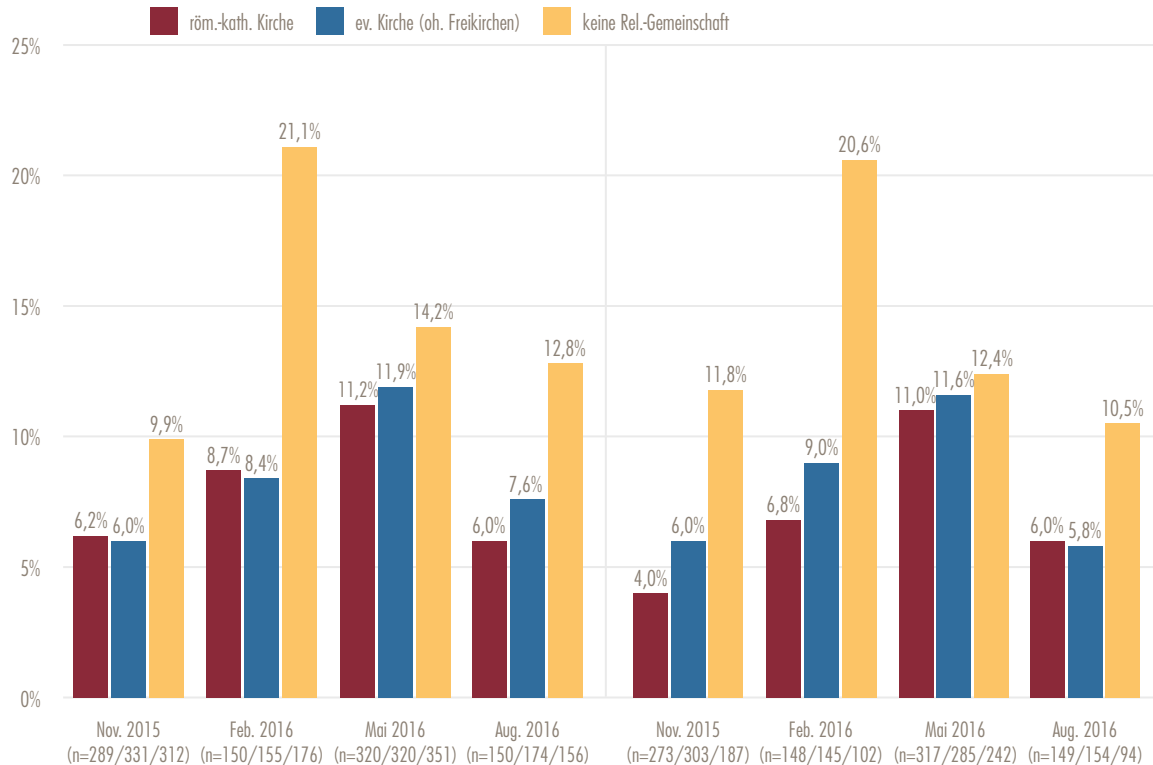
Auch die Religionszugehörigkeit spielt eine Rolle bei der Präferenz für die AfD: Es sind die Konfessionslosen, bei denen diese Partei die höchste Attraktivität genießt; das gilt auch für das westliche Bundesgebiet. So spricht viel dafür, dass die konfessionelle Struktur im östlichen Bundesgebiet, wo die große Mehrheit der Bevölkerung keiner Religionsgemeinschaft zugehört, einen eigenen Beitrag dazu leistet, dass die AfD hier einen höheren Stellenwert hat.⁴⁷

Unbeschadet dessen würden sich auch beachtliche Teile der Kirchenmitglieder in einer Bundestagswahl für die AfD entscheiden. In einigen Befragungswellen scheint sich dabei die Tendenz abzuzeichnen, dass Evangelische ihr noch ein wenig häufiger zuneigen als Katholiken. Für einen statistischen Nachweis fallen diese Abweichungen aber zu gering aus.

⁴⁶ Vgl. auch den Punkt „Bevölkerung im östlichen Bundesgebiet skeptischer“.

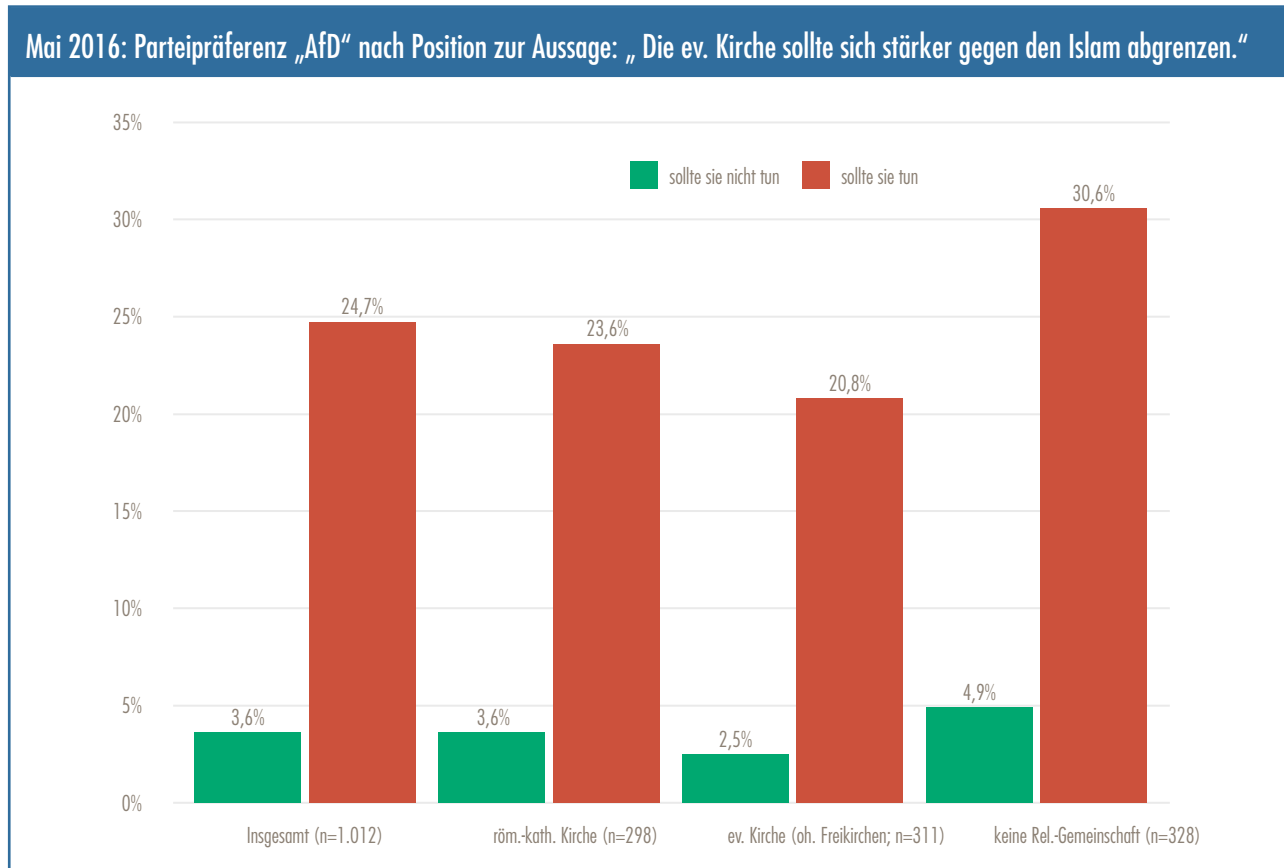
⁴⁷ Leider ist ein Vergleich mit den Kirchenmitgliedern im östlichen Bundesgebiet wegen zu geringer Fallzahlen nicht möglich.

Parteipräferenz „AfD“ für Bundestagswahl nach Religionszugehörigkeit



Schließlich bleibt noch die Frage, ob sich in dem Wunsch nach einer stärkeren Abgrenzung der evangelischen Kirche gegen den Islam auch eine politische Haltung ausdrückt: Die Anteile der potenziellen AfD-Wähler_innen bei den unterschiedlichen Positionen zu dieser Aussage sprechen für sich. Hier zeigen sich die Evangelischen mit knapp 21 Prozent unter denen, die diesen Wunsch äußern, selbst im Vergleich zu den Katholiken (fast 24 %) als noch etwas zurückhaltender, während die AfD-Präferenz unter den Konfessionslosen auf nahezu 31 Prozent steigt.

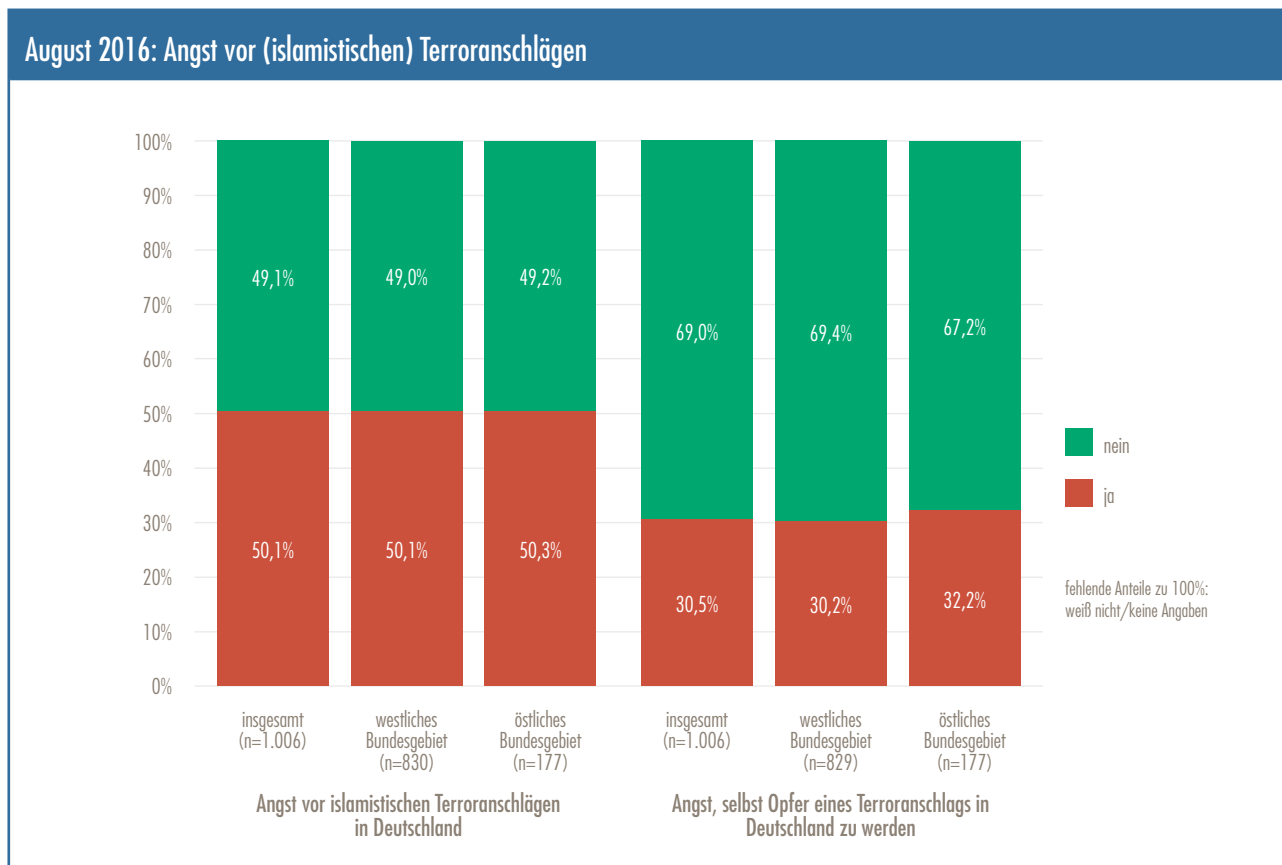
Viele verbinden mit diesem Wunsch offensichtlich weniger eine schärfere Profilierung der evangelischen Kirche gegenüber dem Islam, sondern geben hier ein politisches Votum ab. Allerdings darf auch nicht übersehen werden, dass die diejenigen, die gleichwohl für eine andere Partei stimmen würden, mit insgesamt knapp drei Vierteln die große Mehrheit bilden.



8 Thema: Angst vor Terroranschlägen

Drei Fragen befassten sich im August 2016 mit der Angst vor Terroranschlägen. Zunächst wurden die Befragten um Antwort gebeten, ob sie persönlich Angst vor islamistischen Anschlägen in Deutschland haben oder nicht, und anschließend, ob sie Angst davor haben, selbst Opfer eines Anschlags zu werden. Schließlich konnten sie sich offen, also ohne jede Vorgabe dazu äußern, was aus ihrer persönlichen Sicht dazu beitragen könnte, diese Angst zu verringern. Es waren bis zu drei verschiedene eigene Angaben möglich.

In unserer Befragung bejaht die Hälfte der Bevölkerung, persönlich Angst vor islamistischen Terroranschlägen in Deutschland zu haben. Der Wert im ARD-Deutschland-Trend vom selben Monat liegt mit drei Vierteln der Bevölkerung, die „fürchten .., dass es in nächster Zeit in Deutschland terroristische Anschläge geben wird“, erheblich höher.⁴⁸ Dies ist zum einen als Hinweis darauf zu werten, welche Bedeutung allein den konkreten Frageformulierungen beizumessen ist. Die Variante im ARD-Deutschland-Trend ist weiter gefasst (terroristische Anschläge) und betont das Eintreten eines solchen Falles stärker als die „Furcht“. In unserer Befragung liegt das Gewicht hingegen bei der „persönlichen Angst“.



48 Infratest-dimap, 2016.

Allerdings könnten auch die unterschiedlichen Erhebungszeiten eine Rolle spielen. Die Erhebung zum ARD-Deutschland-Trend fand in den ersten beiden Augusttagen, also nur eine Woche nach dem Anschlag in Ansbach (24. Juli 2016) statt. Unsere Feldphase (7. bis 12. August) hatte schon mehr als zwei Wochen Abstand dazu.

Ganz abgesehen von diesen methodischen Anmerkungen: Es stimmt bedenklich, wenn die Hälfte der Bevölkerung eine solche Angst bejaht. Das gilt auch für das Ergebnis, dass immerhin ein knappes Drittel die darüber hinausreichende Angst, selbst Opfer eines Anschlags zu werden. In beiden Punkten lassen sich keine Unterschiede zwischen Ost und West feststellen.

Des Weiteren fällt auf – hier am Beispiel der Angst vor islamistischen Terroranschlägen: Es sind die mittleren Altersgruppen, die sie häufiger als andere äußern. Dies gilt insbesondere für die 40–49-Jährigen, die hier mit 61 Prozent an erster Stelle stehen. Dazu mag die Sorge um die eigenen Kinder beitragen, die in der Lebensphase dieser Altersgruppen zumeist noch nicht eigenständig sind. Hochschulabsolvent_innen (43 %), aber auch Befragte mit Hauptbeziehungswise Volksschulabschluss (44 %) liegen mit ihren Werten unter dem Durchschnitt. Letztere sind zugleich vorwiegend unter den Älteren zu finden, die diese Angst ebenfalls seltener empfinden (mindestens 70-Jährige: 42 %). Schließlich ist der geschlechtsspezifische Unterschied bemerkenswert, mit knapp 61 Prozent der Frauen, die Angst vor islamistischen Anschlägen haben, im Vergleich zu 40 Prozent der Männer.⁴⁹

Wunsch nach stärkeren Sicherheitsmaßnahmen dominiert

Bei den offenen Angaben zu den Möglichkeiten, die eigene Angst vor Anschlägen zu verringern⁵⁰, dominiert der Wunsch nach einer Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen: Fast die Hälfte (48,6%) äußert, dass sich ihre Angst über stärkere Kontrollen bzw. Überwachung verringern ließe. Mit Abstand an erster Stelle steht dabei eine stärkere Polizeipräsenz (28 %).

Immerhin 21 Prozent sprechen von sich aus (eigene) Verhaltensänderungen an. Sie reichen im Konkreten vom Abbau von Vorurteilen über mehr Wachsamkeit beziehungsweise Zivilcourage bis zum Rückzug über die Meidung von Großveranstaltungen oder öffentlichen Plätzen (6,8%), die, bezogen auf die Bevölkerung, noch von 3,5 Prozent spontan genannt wird. Dieser Wert für unsere offenen Angaben fällt um ein Vielfaches geringer aus, als beim ARD-Deutschland-Trend vom August 2016: Er ermittelte mit der – zumindest verwandten – Antwortvorgabe „Ich meide große Menschenansammlungen, wie z.B. in Flughäfen oder in Bahnhöfen und bei Großveranstaltungen“ 41 Prozent Zustimmungen.⁵¹

49 Vgl. auch Info-Center der R+V Versicherung, a.a.O. sowie den Punkt „Gefühl der Unsicherheit und fürsorgliche Perspektive bei Frauen häufiger“.

50 Nur diejenigen, die die eine oder auch andere Angst bejahten, wurden danach gefragt. Die jeweiligen Anteile weichen kaum ab, wenn zwischen der Angst vor islamistischen Terroranschlägen und der Angst davor, selbst Opfer zu werden, differenziert wird.

51 Vgl. Infratest-dimap, a.a.O., 16.

Was könnte aus Ihrer persönlichen Sicht dazu beitragen, diese Angst zu verringern? Sie können bis zu drei Dinge nennen.

offene Nennungen	Befragte, die Angst haben (n=522)	Anteile in der Bevölkerung (n=1.006)
Polizei/ Polizeipräsenz verstärken	27,8%	14,4%
Politik verbessern	13,8%	7,2%
allg. mehr Kontrollen/mehr Überwachung (z. B. bei Veranstaltungen)	12,1%	6,3%
härtere Gesetze/Strafmaßnahmen/konsequente Abschiebung bzw. Ausweisung	10,7%	5,6%
Sicherheitsmaßnahmen verstärken/mehr Sicherheitskräfte einsetzen	10,3%	5,4%
Einreise-/Grenzkontrollen verstärken/mehr Sicherheitskräfte einsetzen	9,1%	4,7%
Flüchtlingsaufnahme/Zuwanderung begrenzen	7,9%	4,1%
Vorurteile abbauen, mehr aufeinander zugehen	6,9%	3,6%
Großveranstaltungen/öffentliche Plätze meiden	6,8%	3,5%
bessere Aufklärung/Integration von Flüchtlingen, Zuwanderern	6,0%	3,1%
stärkere Kontrollen von Personen mit Migrationshintergrund/von Muslimen	5,7%	2,9%
allgemein mehr Aufklärung	5,5%	2,8%
auf Beachtung unserer deutschen Werte/Gesetze bestehen	5,1%	2,7%
allg. mehr Wachsamkeit/Zivilcourage	4,6%	2,4%
mehr Kontrollen/Überwachung v. (Terror-) Verdächtigen	4,2%	2,2%
bessere Zusammenarbeit (der Länder) zur Verhinderung v. Anschlägen	4,0%	2,1%
Einstellung/eigenes Verhalten	3,8%	2,0%
konsequentes Vorgehen gegen Terroristen/radikale Islamisten	3,4%	1,8%
generelle Abneigung gegen Ausländer/Menschen m. Migrationshintergrund	2,2%	1,1%
Sonstiges	6,1%	3,2%
nichts, Terroranschläge lassen sich nicht verhindern	10,5%	5,4%
weiß nicht/keine Angabe	10,5%	5,4%

Knapp acht Prozent geben an, dass eine Begrenzung der Aufnahme von Flüchtlingen beziehungsweise Zuwanderung helfen kann; bezogen auf die Bevölkerung sind es vier Prozent. Diese Begrenzung scheint – jedenfalls im Kontext der Ängste vor terroristischen Anschlägen – nur bei Wenigen einen zentralen Stellenwert im Bewusstsein zu erreichen.

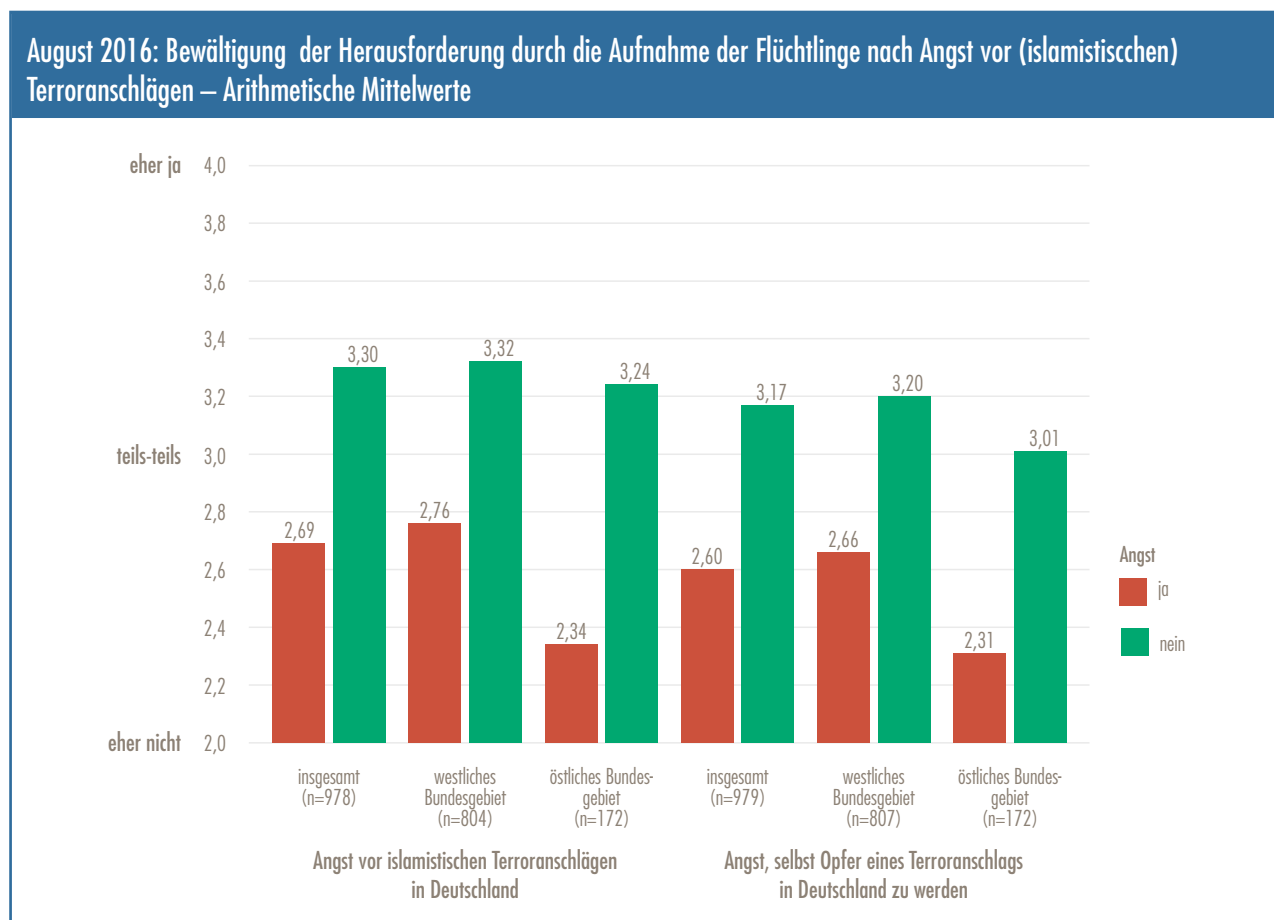
Die eher fatalistische Sicht, gegen diese Angst lasse sich wegen der Unmöglichkeit, terroristische Anschläge zu verhindern, auch nichts ausrichten, äußern knapp elf Prozent. Damit erkennt ein beachtlicher Anteil überhaupt keine Handlungsmöglichkeiten. Andererseits steht dem eine große Mehrheit gegenüber, die eine doch recht breite Palette an überwiegend konkreten Vorschlägen entwickelt.

Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, dass selbst in diesem Fragekontext zwei Prozent ganz offen ihre generelle Abneigung gegen Ausländer beziehungsweise – sogar mit der politisch korrekten Bezeichnung – gegen Menschen mit Migrationshintergrund ausgesprochen haben.

Überwiegend skeptische Perspektive bei Angst vor Terroranschlägen

Die Ängste vor (islamistischen) Terroranschlägen sind aus aktuellem Anlass neu in unsere jüngste Befragungswelle aufgenommen worden. Ob und in welcher Verbindung sie zur Stimmungslage der Bevölkerung in Bezug auf die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland steht, kann deshalb auch nur in Form einer Momentaufnahme geklärt werden.

Diese zeigt allerdings ein eindeutiges Ergebnis: Menschen mit Angst vor Terroranschlägen äußern sich eher skeptisch, wenn es um die Bewältigung der Herausforderungen durch die Aufnahme der Flüchtlinge geht, Menschen ohne diese Angst dagegen überwiegend zuversichtlich.



Diese bemerkenswerte Diskrepanz fällt im östlichen Bundesgebiet besonders stark aus. Das liegt in erster Linie an der hier noch deutlicheren Skepsis unter den Befragten, die die entsprechenden Ängste bejahen. Schon die Ergebnisse zu den Sorgen legten den Schluss nahe, dass im östlichen Bundesgebiet von einem regelrechten Gefühl der Bedrohung gesprochen werden kann, wenn es um die Aufnahme der Flüchtlinge geht.⁵² Mit den Fragen zur Angst vor Terror-

⁵² Vgl. Kapitel „Sorgen im östlichen Bundesgebiet zumeist stärker verbreitet“.

anschlägen wird ein solches Gefühl konkret thematisiert, und der Effekt ist offensichtlich. Es gibt zwar keinen Unterschied zwischen West und Ost in der Verbreitung dieser Angst, wohl aber in ihrer Bedeutung für die Stimmungslage.

Bei der Suche nach möglichen Gründen könnte ein Rückblick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten weiterhelfen: Es war das östliche Bundesgebiet, wo in kurzer Zeit die Transformationsprozesse, weniger neutral: die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche zur Anpassung an das westliche System vollzogen wurden. Dies ging für viele nicht nur mit starken Verunsicherungen, sondern auch mit schmerzlichen biografischen Einbrüchen wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit einher. Bis heute konnte eine völlige Gleichstellung der Bürger_innen in Ost und West nicht erreicht werden. Mit der Aufnahme vieler Flüchtlinge in recht kurzer Frist mag die Erwartung beziehungsweise Befürchtung verbunden werden, dass wieder weitgreifende Veränderungen anstehen. Und bei einem solchen Gefühl der Bedrohung kommt es kaum auf die faktische Verteilung der Geflüchteten an.

In diesem Zusammenhang darf jedoch nicht übersehen werden, dass auch im östlichen Bundesgebiet jeweils die Hälfte der Befragten keine Angst vor islamistischen Terroranschlägen äußert und mehr als zwei Drittel keineswegs befürchten, in einem solchen Fall selbst Opfer zu werden. Diese Befragten haben tendenziell bzw. sogar überwiegend eine zuversichtliche Perspektive .

Wie bereits angesprochen, sind die Ergebnisse unserer Befragung im August 2016 nur eine Momentaufnahme. Andere Befragungen zeigen allerdings, dass die Angst vor Terroranschlägen deutlich gewachsen ist.⁵³ Hierfür sind sicher auch die Juli-Anschläge in Deutschland eigens zu veranschlagen. Zwar finden sich in unserer jüngsten Befragungswelle nur wenige Hinweise auf veränderte Einschätzungen, die damit in Zusammenhang gebracht werden können. In der Stimmungslage zur Aufnahme von Flüchtlingen lässt sich jedenfalls keine Verschlechterung nachweisen. Mit den Ergebnissen zur Bedeutung der Angst vor solchen Terroranschlägen ist aber – umgekehrt – auch nicht auszuschließen, dass die Zuversicht im August 2016 sogar noch etwas weiter gewachsen wäre, wenn es diese Juli-Anschläge nicht gegeben hätte.

53 Infratest-dimap, a.a.O., 14; zuletzt auch: Institut für Demoskopie Allensbach, 2016, oh. S.

9 August 2016: Ängste vor Terroranschlägen nicht im Vordergrund

Mit Hilfe genauerer Analysen soll nun gezeigt werden, welchen Stellenwert die Ängste vor Terroranschlägen im Vergleich zu anderen Einschätzungen aus der jüngsten Befragungswelle einnehmen. Dafür wurden, jeweils getrennt, die positiven Erwartungen, die Sorgen sowie die Erfahrungen mit Flüchtlingen und deren Bewertung unter Berücksichtigung sozialstruktureller Aspekte getestet.⁵⁴

Das Ergebnis: Zwar kommt der Angst vor islamistischen Terroranschlägen sowie – in geringerem Maß – der Angst, selbst Opfer zu werden, eigene Bedeutung für eine skeptischere Perspektive zu. Allerdings fällt der – gegenläufige – Effekt des Bildungsstandes mindestens genauso stark aus: Formal geringer Gebildete sind skeptischer, höher Gebildete zuversichtlicher.⁵⁵

Dies ist bei den anderen Einschätzungen nicht der Fall. Zwar sind auch nach den für sie durchgeführten Analysen zugleich der Bildungsstand sowie das Bundesgebiet (West/Ost) durchgehend in bekannter Richtung zu veranschlagen. Doch ist ihre eigene Relevanz zumeist erheblich stärker ausgeprägt als die der Ängste vor terroristischen Anschlägen.

Den stärksten Effekt für eine skeptischere Perspektive hat mit Abstand die Sorge, dass Polizei und Behörden die Situation nicht bewältigen, gefolgt von der Befürchtung steigender Kriminalität. Beide stehen in weitaus engerer Verbindung zur Einschätzung über die Bewältigung der Herausforderungen als die Angst vor Terroranschlägen.

Von größter Bedeutung für eine zuversichtlichere Perspektive sind auch in der jüngsten Befragungswelle positive Erfahrungen im direkten Kontakt mit geflüchteten Menschen. Inzwischen verfügt die Mehrheit der Bevölkerung über solche eigenen Erfahrungen, und diese werden überwiegend auch positiv bewertet. Hinzugefügt sei an dieser Stelle, dass eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge für solche gelingenden Kontakte förderlich sein kann.⁵⁶

Im Weiteren trägt eine offene und zugewandte Haltung viel für eine zuversichtliche Perspektive aus. Sie äußert sich in der Erwartung „Die evangelische Kirche soll sich für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen“ sowie in den gesehenen Chancen, Neues und Bereicherndes für den eigenen Alltag zu entdecken.

Es reicht jedoch nicht, allein auf die positiven Erfahrungen zu setzen, um die Zuversicht zu stärken. Die an anderer Stelle bereits berichteten Ergebnisse haben gezeigt, dass sie sich nicht einfach gegen die Sorgen aufrechnen lassen: Positive Erfahrungen mit Flüchtlingen sind kein Garant für eine zuversichtliche Perspektive.⁵⁷ Dies gilt insbesondere, wenn es um die Bewältigung der Situation durch Behörden und Polizei geht. Hier macht es nämlich keinen Unterschied, ob Menschen auf positive Erfahrungen blicken können oder nicht.

54 Kontrollierte Korrelationen (Beta-Werte) für jede Aussage getrennt, unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Alter, Geschlecht, Bildung, Bundesgebiet (Ost/West), Ortsgröße (BIK) und Haushaltsgröße; vgl. auch Anm. 10.

55 Beta-Werte: Angst vor islamistischen Terroranschlägen -0,257 (Bildung 0,258); Angst, selbst Opfer zu werden -0,202 (Bildung 0,246).

56 Vgl. Punkt „Zahlenmäßige Relation von Flüchtlingen und Einheimischen wichtig für gelingende Begegnungen“

57 Vgl. auch den gleichlautenden Punkt in dieser Veröffentlichung.

August 2016: Angst vor (islamistischen) Terroranschlägen



10 Resümee

Die Ergebnisse aus unseren vier Befragungswellen bestätigen zum einen, was auch in der öffentlichen Debatte über den Leitsatz „Wir schaffen das“ immer wieder hervorgehoben wird: Die Stimmungslage in der Bevölkerung ist geteilt: Die Anteile der Zuversichtlichen und der Skeptischen halten sich bei der Einschätzung, ob Deutschland die Herausforderungen durch die Aufnahme der Flüchtlinge bewältigen wird, in etwa die Waage. Ein knappes Drittel äußert sich bei dieser Frage ambivalent beziehungsweise unentschieden. Und daran hat sich im Zeitvergleich kaum etwas geändert.

Zwar lässt sich insgesamt gesehen seit November 2015 kein „Kippen“ der Stimmung erkennen. Doch um die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Weg zur gesellschaftlichen Integration der Geflüchteten mitzunehmen, muss die Zuversicht gestärkt werden. Und dafür erweist sich vor allem das Vertrauen in die staatliche Handlungsmacht als entscheidender Faktor. Dies gilt insbesondere im östlichen Bundesgebiet, wo viele offenbar ein regelrechtes Gefühl der Bedrohung durch gesellschaftliche Veränderungen empfinden, die sie mit der Aufnahme der Flüchtlinge verbinden. Darüber hinaus spielen befürchtete Konkurrenzen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt eine erhebliche Rolle für eine eher skeptische Perspektive. Nachdenklich stimmt, dass der vieldiskutierte wachsende Rechtsextremismus sogar am häufigsten als Sorge genannt wird, gleichzeitig aber nicht etwa zu einer skeptischeren Perspektive beiträgt. Für die Bewältigung der Herausforderungen in Deutschland wird ihm offenbar kein eigener Stellenwert beigemessen.

Zum anderen verbindet eine Mehrheit der Bevölkerung auch positive Entwicklungen mit der Aufnahme der Geflüchteten. Und dies war in der öffentlichen Debatte bisher kaum präsent. Dabei erreicht die humanitäre Hilfeleistung für „Menschen in existenzieller Not“ in allen vier Befragungswellen die höchste Zustimmung. Mehr als vier Fünftel der Bevölkerung teilen diese Sicht. Allerdings scheint dieser Perspektive auch eher ein normativer Charakter innezuwohnen, der sie von konkreten positiven Erwartungen unterscheidet. Unter ihnen ist es der Blick auf die kulturelle Bereicherung durch die aufgenommenen Menschen, der am meisten für eine stärkere Zuversicht austrägt.

Von größter Bedeutung für eine zuversichtliche Einschätzung zur Bewältigung der Herausforderungen sind gelingende Erfahrungen im direkten Kontakt. Sie dominieren besonders dort, wo die Zahl der Geflüchteten im eigenen Wohnumfeld als überschaubar wahrgenommen wird. Dies unterstreicht zumindest indirekt die hohe Relevanz einer dezentralen Unterbringung.

Doch reichen die auch insgesamt weit überwiegend positiven Erfahrungen im direkten Kontakt allein für eine Stärkung der Zuversicht nicht aus. Die individuellen Erfahrungen fungieren nicht als einfaches Gegenüber zu den befürchteten Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene. Dazu trägt sicher bei, dass der Zeitraum, in dem sich die Aufnahme der bisher höchsten Zahl Geflüchteter in Deutschland⁵⁸ vollzogen hat, mit nur wenigen Monaten sehr kurz war.

Genau dies hat gleichzeitig eine Welle der Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ausgelöst, die sich auch in spontaner Unterstützung der Geflüchteten äußerte. Ohne diesen Einsatz wäre der Kraftakt, so vielen Menschen in so kurzer

⁵⁸ Vgl. auch Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2016, 3-5.

Frist ein Ankommen zu ermöglichen, kaum machbar gewesen. Die Ergebnisse unserer Befragung unterstreichen, dass dieses beeindruckende Engagement der Bevölkerung im Herbst 2015 kein Strohfeuer einer nur anfänglichen Willkommenskultur war. Vielmehr hat sich das Engagement bis Mai 2016 noch verstärkt. Und die Bereitschaft, sich auf die eine oder andere Weise für diese Menschen einzusetzen, ist nach wie vor sehr hoch. Es gilt, dies zu würdigen und die Möglichkeiten für eine sinnvolle Umsetzung weiter zu fördern.⁵⁹

Mit mehr als zwei Dritteln spricht sich auch im August 2016 eine große Mehrheit der Bevölkerung dafür aus, dass sich die evangelische Kirche für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen soll, was sich durchaus im Sinne eines generellen Votums zur Flüchtlingsdebatte in Deutschland verstehen lässt. Die weit überwiegend positive Resonanz auf diese Frage findet sich auch bei Zugehörigen anderer Konfessionen beziehungsweise Religionen sowie bei Konfessionslosen. Im Zeitvergleich ist allerdings zu erkennen, dass insbesondere die unsicheren, aber auch die ablehnenden Stimmen in der jüngsten Befragungswelle zugenommen haben. Es ist nicht auszuschließen, dass hier die islamistischen Terroranschläge in Bayern im Juli dieses Jahres eine Rolle spielen.

Jedenfalls ist die Angst vor Terroranschlägen eigens zu veranschlagen, wenn es um die Einschätzung geht, ob die Herausforderungen durch die Aufnahme der Flüchtlinge bewältigt werden. Die Stimmungslage bei den Menschen, die diese Angst teilen, und das ist in unserer Befragung die Hälfte der Bevölkerung, ist überwiegend skeptisch. Allerdings erreicht die Bedeutung dieser Angst für eine skeptischere oder zuversichtlichere Perspektive bei weitem nicht den Stellenwert, den insbesondere das Vertrauen in die staatliche Handlungsmacht und die individuellen Erfahrungen im direkten Kontakt zu den Geflüchteten in Deutschland einnehmen.

Schließlich zieht sich durch viele Ergebnisse der Befragungen ein Effekt, der auf die Bedeutung der sozialen Lage für die Einschätzungen zur Flüchtlingssituation verweist: Formal höher Gebildete und aus eigener Sicht wirtschaftlich besser Gestellte betrachten die Entwicklungen positiver beziehungsweise gelassener, als diejenigen, die weniger gut situiert sind: Es kommt also auch darauf an, inwieweit die sozio-ökonomischen Voraussetzungen gegeben sind, sich eine zuversichtliche Perspektive ‚leisten‘ zu können.

⁵⁹ Vgl. auch Bertelsmann-Stiftung, 2016.

Literatur

Ahrens, Petra-Angela, Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland, Hannover, Januar 2016 (2016a; [http://www.ekd.de/si/download/Fluechtlinge_\(27.1.16\).pdf](http://www.ekd.de/si/download/Fluechtlinge_(27.1.16).pdf))

Ahrens, Petra-Angela, Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und August 2016, Hannover, 1. September 2016 (2016b; <http://www.ekd.de/si/download/fluechtlingsstudie-2016.pdf>).

Brücker, Herbert et al., Geflüchtete Menschen in Deutschland. Warum sie kommen, was sie mitbringen und welche Erfahrungen sie machen. IAB-Kurzbericht 15/2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Aktuelle Zahlen zu Asyl, August 2016 (http://www.bamf.de/Shared-Docs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-august-2016.pdf;jsessionid=AC9C30462EC1D04727518D36D95990C1.1_cid286?__blob=publicationFile); abgerufen im Oktober 2016.

Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen, Qualitative Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung, Gütersloh 2016.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland, Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Berlin 2016.

Forschungsgruppe Durchgezählt, Statistik (<https://durchgezaehlt.org/pegida-dresden-statistik/>), abgerufen im Juli 2016.

Gerhards, Jürgen/Hams, Silke/Schupp, Jürgen, Einstellungen der BürgerInnen in Deutschland zur Aufnahme von Geflüchteten, DIW-Wochenbericht, Nr. 21, 2016, 470.

Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (Hrsg.), Flüchtlinge 2016. Studie der HMKW zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen, Berlin, August 2016, (<http://www.tagesspiegel.de/downloads/14016204/1/studie-hmkw.pdf>); abgerufen im August 2016.

Info-Center der R+V Versicherung, Die Ängste der Deutschen 2016, (<https://www.ruv.de/static-files/ruvde/downloads/presse/aengste-der-deutschen-2016/ruv-aengste-2016-ergebnisse.pdf>); abgerufen im September 2016.

Infratest-dimap, ARDDDeutschlandTREND August 2016, Eine Studie im Auftrag der tagessthemen, (<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-591.pdf>); abgerufen im September 2016.

Institut für Demoskopie Allensbach (Dr. Renate Köcher), Generation Mitte 2016, Berlin, 9. September 2016, oh. S. (<http://www.gdv.de/wp-content/uploads/2016/09/GenerationMitte-2016-Praesentation-Koecher-09-16.pdf>); abgerufen im September 2016).

Karakayali, Serhat/ Kleist, J. Olaf, EFA-Studie 2, Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland, Berlin, August 2016; (http://www.bim.hu-berlin.de/media/Studie_EFA2_BIM_11082016_V%C3%96.pdf), abgerufen im August 2016.

Kroh, Martin/Fetz, Karolina, Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, in: DIW-Wochenbericht, 34/2016

Pickel, Gert, Sozialkapital und zivilgesellschaftliches Engagement evangelischer Kirchenmitglieder, in: Bedford-Strohm, Heinrich/Jung, Volker (Hrsg.) Die fünfte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft. Vernetzte Vielfalt. Kirche angesichts von Individualisierung und Säkularisierung, Gütersloh 2015

Traummüller, Richard, Religion als Ressource sozialen Zusammenhalts? Eine empirische Analyse der religiösen Grundlagen sozialen Kapitals in Deutschland, SOEP-Papers 144, Berlin 2008.

Weber, Hannes, Mehr Zuwanderer, mehr Fremdenangst? Ein Überblick über den Forschungsstand und ein Erklärungsversuch aktueller Entwicklungen in Deutschland, Berliner Journal für Soziologie, Wiesbaden 2016 (online publiziert im Juni 2016).

Seidelmann, Stephan, Evangelische engagiert – Tendenz steigend. Sonderauswertung des dritten Freiwilligen-surveys für die evangelische Kirche, Hannover 2012.

Statistisches Bundesamt; Bevölkerung 2015, abgerufen und berechnet bei: http://www.gbe-bund.de/oo-wa921-install/servlet/oowa/aw92/dboowasys921.xwdevkit/xwd_init?gbe.isgbetol/xs_start_neu/&p_aid=3&p_aid=81188881&nummer=17&p_sprache=D&p_indsp=-&p_aid=87031961), September 2016.



Inklusion nebenbei

Wie sieht es mit der nachbarschaftlichen Wahrnehmung aus? Wie gelingt inklusive Veränderung im Quartier? Wie reagieren Menschen mit Beeinträchtigungen auf den Umzug in ein stadtnahes Umfeld? Die Evaluation des Wohnprojektes der Diakonie Himmelsthür bringt neue Erkenntnisse zutage. Provozierend gesagt: Inklusion gelingt auch in einem Kontext der Indifferenz. Inklusion funktioniert hier in einem radikalen Sinne „nebenbei“. Erstaunlich ist, dass die neuen Anwohner offensichtlich gut mit dieser Situation zurecht kommen und gern Auskunft geben. Neben deren Perspektive kommen in der Broschüre auch Nachbarn und Experten zu Wort und es gibt Empfehlungen für Inklusionsprojekte.

Erschienen bei **creo-media**
ISBN 978-3-9814883-6-4
(32 Seiten)
4,00 € (zzgl. Porto)

Zu bestellen per Mail: info@si-ekd.de



Die Angst vorm Sterben

Die jüngst geführten Debatten lassen den Eindruck entstehen, eine Mehrheit der Deutschen spreche sich für eine Legalisierung des ärztlich assistierten Suizids aus. Über die Hintergründe jedoch ist viel zu wenig bekannt. Die Studie des SI schafft hier Abhilfe. Sie gibt Hinweise zu den Ängsten der Menschen, die sich einen ärztlich assistierten Suizid wünschen. Viele fürchten sich vor einem langen Sterben, vor Schmerzen und Atemnot. Diese Ängste müssen ernstgenommen und es muss eine gesellschaftliche Debatte geführt werden.

Erschienen bei **creo-media**
ISBN 978-3-981-4883-8-8
(28 Seiten)
4,00 € (zzgl. Porto)

Zu bestellen per Mail: info@si-ekd.de



Familienorientierte Personalpolitik

Die Förderung einer größeren Familienfreundlichkeit ist aus den verschiedensten Gründen sinnvoll. Die vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Auftrag gegebene Studie untersucht Ausprägung, Gestaltung und betriebswirtschaftliche Effekte familienorientierter Personalpolitik in Kirche und Diakonie. Die Studie bestätigt, dass Familienfreundlichkeit ein wichtiger Faktor „Guter Arbeit“ ist und zu höherer Produktivität beitragen kann.

Erschienen bei **creo-media**
 ISBN 978-3-981488333
 (90 Seiten)
 8,50 € (zzgl. Porto)

Zu bestellen per Mail: info@si-ekd.de



Wer sind die Konfessionslosen?

Der Berliner Osten gilt als besonders stark säkularisierte Gegend in Deutschland. Die Konfessionslosen stellen hier mit 90 Prozent den Löwenanteil der Bevölkerung. Wer sind diese Menschen? Was ist ihnen wichtig? In der Broschüre werden die Ergebnisse des SI-Forschungsprojektes zu Konfessionslosen, die noch nie einer Kirche angehört haben, vorgestellt. Sie erfahren, wie diese Menschen ihr Leben bewältigen, welche Werthaltungen und Orientierungen sie haben, ob und wie sie sich ehrenamtlich engagieren, und ob es Bezugspunkte zu Religion und Kirche gibt.

Erschienen bei **creo-media**
 ISBN 978-3-946525-01-1
 (90 Seiten)
 8,50 € (zzgl. Porto)

Zu bestellen per Mail: info@si-ekd.de

**SOZIALWISSENSCHAFTLICHES
INSTITUT**

der Evangelischen Kirche in Deutschland 

Sozialwissenschaftliches Institut
der Evangelischen Kirche in Deutschland
Arnswaldtstraße 6, 30159 Hannover
Telefon 0511-55 47 41-0
Telefax: 0511-55 47 41-44
e-Mail: info@si-ekd.de
www.si-ekd.de

CREO
media
www.creo-media.de

ISBN 978-3-9465250-2-8



9 783946 525028